



BERLIN

SPD

#HERZENSSACHEBERLIN

**FÜR EINE SOZIALE
UND SICHERE METROPOLE**

**UNSER LANDESWAHLPROGRAMM 2021
LEITANTRAG FÜR DEN LANDESPARTEITAG**



PRÄAMBEL DER LANDESVORSITZENDEN DER SPD BERLIN

Liebe Berlinerinnen und Berliner,

unser Berlin gehört zu den attraktivsten Städten Europas und der Welt. Dazu hat die sozialdemokratische Politik, die diese Stadt seit vielen Jahren mit großer Erfahrung und Kompetenz gestaltet, einen entscheidenden Beitrag geleistet. Wir wollen an diesen Erfolg anknüpfen und Berlin als lebenswerte Metropole mit Herz und Verstand weiterentwickeln.

Wir arbeiten für eine Stadt der Innovation und Zukunftsfähigkeit, eine soziale und sichere Stadt, eine ökologische Stadt, für eine Stadt der großen Chancen für jedes Kind. Für eine Stadt, in der alle mobil sind, und zwar so, wie sie es wollen und brauchen. Wir arbeiten für eine Stadt der Gesundheit und der guten Jobs, die für alle bezahlbar bleibt. Eine Stadt, in der sich die Menschen einen Guten Tag wünschen, zusammen feiern, sich begegnen und ihren Müll dahin tun, wo er hingehört. Wir arbeiten für eine Stadt mit noch besseren Schulen, noch mehr Bildung und noch mehr Kultur. Berlin ist die Stadt der Freiheit und der Vielfalt. Berlin hat Anziehungskraft. Berlin ist spannend. Berlin bietet Chancen. Das ist ein Auftrag für uns, dafür zu sorgen, dass die guten Eigenschaften Berlins auch wirklich allen in Berlin zu Gute kommen. Wir sind vor Ort und packen an – bürgernah und lösungsorientiert.

Die Pandemie hat auch Berlin schwer getroffen. Unsere florierende Wirtschaft mit dem bundesweit stärksten Wachstum wurde ausgebremst. Besonders die Gastronomie, die Hotellerie, der Tourismus, die Veranstaltungs- und Kulturbranche, aber auch der Einzelhandel haben hohe Belastungen zu tragen. Viele Berlinerinnen und Berliner sind gestorben oder haben unter der Krankheit gelitten. Ihnen und ihren Angehörigen gelten unsere Gedanken und unsere Anteilnahme. Wir danken all denen, die im Gesundheitswesen und bei den Hilfsorganisationen Außergewöhnliches geleistet haben. Die wirtschaftlichen, aber auch die sozialen, gesundheitlichen und gesellschaftlichen Folgen der Krise und ihre Bewältigung werden die nächsten Jahre prägen. Wir brauchen einen neuen Aufbruch, ein Wiederaufbauprogramm für Berlin nach der Pandemie.

Unser Wahlprogramm nimmt genau das in den Blick und beschreibt unsere Vision für Berlin 2030: eine Stadt für alle, eine familienfreundliche Stadt, eine Stadt der Gleichstellung, eine engagierte Stadt, eine klimafreundliche Stadt, die Kulturhauptstadt Berlin, die Gesundheitsstadt Berlin und die Sportstadt



Berlin. Wir beschreiben unsere 5 großen inhaltlichen Schwerpunktsetzungen: die 5 B's für Berlin: BAUEN – BILDUNG – BESTE WIRTSCHAFT – BÜRGERNAHE VERWALTUNG und BERLIN IN SICHERHEIT.

Menschen ziehen begeistert nach Berlin und wir heißen sie willkommen. Attraktivität ist aber nur dann etwas Gutes, wenn diejenigen, die schon hier wohnen, deshalb nicht ihr Zuhause verlieren. Deshalb muss eine attraktive Stadt Wohnungen bauen. Nicht nur ein paar, nicht nur in die Dichte und in die Höhe, sondern in die Breite – mit gutem Anschluss ans Zentrum, Lebensqualität und kulturellen Angeboten auch am Stadtrand. Nicht nur Mietwohnungen, sondern auch Reihenhäuser und Einfamilienhäuser. Bis 2030 nehmen wir uns vor: 200.000 neue Wohnungen – in nur zehn Jahren.

Und damit all die Menschen, die in diesen Wohnungen wohnen, sich nicht in die gleiche Zahl an S-Bahnen, U-Bahnen, Straßenbahnen und Bussen drängen müssen, bauen wir auch hier aus. Wir verlängern die Linien, erhöhen die Taktzahl, bringen mehr Elektro-Busse und Elektroautos auf die Straße und verbessern die Ladeinfrastruktur, damit sich unsere Stadt weiter voran bewegt. All das ist auch ein Weg zu einer guten Zukunft. Denn mehr Menschen unterwegs mit Bus und Bahn, zu Fuß und auf dem Fahrrad sind Berlins großer Beitrag zum Schutz des Klimas. Wir wollen Vorreiter sein – mit neuen Technologien, Wissenschaft, Forschung und innovativen Ideen. Die große Stadt, die ihre Attraktivität in Qualität für alle verwandelt.

Bildung ist der Schlüssel zu allem – weil Bildung der Schlüssel zu einem selbstbestimmten und freien Leben ist. Weil Bildung der Schlüssel zu guter Arbeit und Wohlstand für alle ist. Wer mehr von der Welt versteht, hat so viel mehr Perspektiven und was gibt es Schöneres als einen weiten Blick? Deshalb ermöglichen wir allen Kindern und jungen Menschen – ob mit oder ohne Behinderungen – von der Kita bis zur Berufs- und Hochschule die besten Chancen – beim Lernen in Präsenz, aber auch digital. Wir stärken den Wissenschaftsstandort Berlin. Wir können es uns nicht leisten, dass auch nur ein Kind nicht genug in seinem Talent und Potential gefördert wird. Deshalb ist jeder Euro, der für Bildung ausgegeben wird, die beste Investition in die Zukunft. Dazu gehört, dass wir uns bewusst sind, dass wir mit ganz Deutschland um die besten Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer konkurrieren. Die kommen nicht zu uns wegen warmer Worte, sondern wegen der besten Arbeitsbedingungen im ganzen Land. Diese wollen wir schaffen.



Wir unterstützen die Wirtschaft, die gute Arbeitsplätze schafft und erhält – vom kleinen Handwerksbetrieb, über den Einzelhandel, das Start-up-Unternehmen, die Dienstleistungsbranche bis hin zum Industriestandort. Wenn es der Wirtschaft gut geht, ist das ein Gewinn für die Stadt. Wir wollen, dass es in Berlin gute Jobs gibt. Gut bezahlt, ohne Ausbeutung und mit sozialer Sicherheit. Denn nur wo es gute Arbeit gibt, können sich die Bürgerinnen und Bürger und die Stadt etwas leisten. Wir werden dafür sorgen, dass in unserer Stadt noch mehr gute Jobs entstehen und die Wirtschaft wächst.

Wir sorgen für Bürgernähe und gute Dienstleistungen in der Verwaltung, für eine funktionierende Stadt und eine gute öffentliche Daseinsvorsorge. Wir sind für die alltäglichen Belange der Menschen da. Ihre Probleme sind unser Auftrag. Wir wollen eine gut ausgestattete, gut organisierte, digitalisierte und gestärkte Stadtverwaltung. Wir wollen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Stadt dabei unterstützen, noch besser für alle in Berlin arbeiten zu können, egal ob vor Ort, im Büro oder im Home Office. Wir wollen gemeinsam dafür sorgen, dass wir mehr Zeit auf das Richtige verwenden und dass die Stadt funktioniert, auch in Krisenzeiten.

Wer in Berlin lebt, muss sich sicher fühlen können. Deshalb stärken wir den Ordnungsämtern, der Polizei und allen, die in dieser Stadt für Sicherheit sorgen den Rücken, genauso wie der Zivilgesellschaft, die für unsere Demokratie eintritt. Der starke Staat muss sein Versprechen halten: Wir weichen vor keiner Gewalt. Wir beugen uns nicht privater Willkür. Wir treten dafür ein, dass in Berlin an jedem Ort nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts gilt. Dass wir besser organisiert sind, als die organisierte Kriminalität. Wir bieten jeder Form von Extremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit, Hass und Hetze die Stirn. Demokratie wird vor Ort gelebt und wir treten für eine starke Demokratie ein.

Zu den Traditionen der SPD gehört die Verteidigung von Recht und Freiheit, das Eintreten für Arbeitnehmerrechte, der Kampf um soziale und demokratische Teilhabe. Soziale Gerechtigkeit kann es nur geben, wenn wir in unserer Gesellschaft den Zusammenhalt stärken. Dafür brauchen wir einen Staat, der die soziale Infrastruktur bereithält und garantiert.



Allerdings war die SPD in ihrer Geschichte nicht in erster Linie die Partei der Umverteilung, sondern die Partei der Stärkung des Individuums. Zu unserem Verständnis von sozialer Gerechtigkeit gehört, dass wir das Aufstiegsversprechen immer wieder erneuern: Unseren Kindern soll es einmal besser gehen. Wir wollen, dass mehr Chancengerechtigkeit herrscht, dass der spätere Erfolg im Leben nicht allein vom Elternhaus geprägt wird, sondern dass alle die Chance erhalten, aus ihrem Leben das zu machen, was sie sich erträumen. Wir wollen die Startchancen derjenigen verbessern, die es schwerer haben, wir wollen die belohnen, die mit Fleiß und Engagement nach einem besseren Leben streben.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass Berlin dieses Aufstiegsversprechen erneuert. Wir wollen Bildung und Ausbildung für alle so zur Verfügung zu stellen, wie sie es für ihr künftiges Leben brauchen.

Wir wissen, dass soziale Gerechtigkeit durch staatliche Mittel nur Stück für Stück realisiert werden kann, wenn die Mittel hierfür zur Verfügung stehen. Und wir wissen, dass die Chancen der Menschen vor allem darin bestehen, dass eine starke Wirtschaft für Ausbildung und Arbeit sorgen kann. Wir wissen: Ein erfolgreicher Sozialstaat kann nur bestehen, wenn die Gesellschaft die Mittel hierfür erwirtschaftet und Arbeits- und Ausbildungsplätze für alle bereitstehen. Deshalb ist unser Ziel, dass Berlins Wirtschaft auch nach der Pandemie wieder kräftig wächst.

Wir betrachten die Unternehmen, die Handwerksbetriebe, die Gewerbetreibenden, die freien Berufe als Partner, um unsere Stadt lebenswert und zukunftsfähig für alle zu machen. Die historische Aufgabe der Sozialdemokratie war und ist es, die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu erkämpfen und zu verteidigen. Dies haben wir an der Seite starker Gewerkschaften erreicht und das wollen wir mit ihnen bewahren. Soziale Teilhabe und die Einlösung des Aufstiegsversprechens können umso besser verwirklicht werden, je erfolgreicher wir die wirtschaftlichen Perspektiven für Berlin gestalten.

Franziska Giffey und Raed Saleh, Landesvorsitzende

Antrag 01/I/2021**Landesvorstand****Der Landesparteitag möge beschließen:****#HerzenssacheBerlin: Für eine soziale und sichere Metropole****1 TEIL I – LEBENSWERTE STADT BERLIN****2 Kapitel 1: Berlin – Stadt für alle**

3

**4 1.1. Internationale Stadt der Freiheit, des Respekts und
5 der Solidarität**

6 Berlin ist Hauptstadt mit internationaler Ausstrahlung
7 und internationalen Partnern und Städtepartnern, Regie-
8 rungssitz der Bundesrepublik Deutschland und Metropo-
9 le im Herzen Europas. Hier kommen die unterschiedlich-
10 ten Lebensentwürfe zusammen. Das, was Berlins Anzie-
11 hungskraft ausmacht, ist die Möglichkeit hier frei leben
12 zu können, egal woher man kommt, wen man liebt, wel-
13 che Sprache man spricht, wie man aussieht oder ob man
14 eine Beeinträchtigung hat. Berlin ist die Stadt der Berline-
15 rinnen und Berliner, egal ob sie seit zwei Tagen oder seit
16 zwei Generationen hier leben. Diese **Freiheit zu erhalten**
17 **und für eine tolerante, weltoffene und solidarische Stadt**
18 **für alle zu sorgen ist wesentlicher Kern sozialdemokrati-
19 scher Politik.**

20

21 Berlin hat einen weltweiten Ruf als „the place to be“, als
22 ein **Ort der Freiheit und des Respekts**. Die Möglichkeiten,
23 die sich damit verbinden, wollen wir nutzen. Berlin als **le-
24 benswerte Stadt aktiv mitzugestalten** ist unser aller Auf-
25 gabe. Berlin ist dann lebenswert, wenn es für alle funkto-
26 niert, wenn sozialer Zusammenhalt und das Miteinander
27 zählen.

28

29 **Gerechtigkeit, Teilhabechancen und ein sicheres Leben für
30 alle sind die Ziele**, für die sich die SPD in Berlin kontinu-
31 ierlich einsetzt. Dieses Versprechen gilt für alle Menschen,
32 unabhängig ihres persönlichen Hintergrundes. Ein Berlin,
33 das zusammenhält braucht Vertrauen – Vertrauen in die
34 Mitmenschen und Vertrauen in das Gemeinwesen. Dieses
35 zu stärken wird nach den Anstrengungen der Coronavirus-
36 Pandemie insbesondere die persönliche Begegnung der
37 Berlinerinnen und Berliner, den persönlichen Austausch
38 unterschiedlichster Menschen brauchen. Das werden wir
39 fördern.

40

41 Berlin ist eine Stadt, mit der Menschen nicht weniger ver-
42 binden, als die Hoffnung, hier ihre Ziele und Träume ver-
43 wirklichen zu können. Eine Stadt, in die Menschen aus al-
44 len Ecken Deutschlands und der Welt kommen, weil sie
45 wissen, dass sie hier ein **selbstbestimmtes Leben** führen
46 können. Eine europäische Stadt, die bewiesen hat, dass
47 Herausforderungen besser gemeinsam als alleine bewäl-
48 tigt werden. Eine Stadt des positiven Lebensgefühls, in

49 der die nächste große Chance oft nur eine U-Bahn-Station
50 entfernt liegt. Dieses Miteinander und dieser Optimismus
51 sind der Herzschlag unserer Stadt. Wir Sozialdemokratin-
52 nen und Sozialdemokraten sorgen dafür, dass das erhal-
53 ten bleibt.

54

55 **1.2. Stadt der Innovationen und der Zukunftsfähigkeit**
56 Berlin ist ein Zentrum des gesellschaftlichen, kulturellen,
57 wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Le-
58 bens in Deutschland und Europa. Es ist Motor und Im-
59 pulsgeber für neue Ideen, Technologien und Innovationen
60 und Ausgangspunkt für ökologische Innovationsfähigkeit.
61 **Wir fördern und gestalten Berlin als Trendsetter für eine**
62 **zukunftsfähige Entwicklung Deutschlands und Europas**
63 **und entwickeln die Stadt zum führenden Wirtschafts- und**
64 **Wissenschaftsstandort.** Getragen wird das Innovations-
65 und Wissenspotenzial Berlins von einem breiten Bildungs-
66 und Forschungsangebot, von einer guten sozialen und
67 technischen Infrastruktur, renommierten wissenschaftli-
68 chen Einrichtungen mit hoch qualifizierten Forscherinnen
69 und Forschern und weit über Berlin hinausreichenden Ko-
70 operationen für Wissenschaft, Forschung und Entwick-
71 lung. Kleine und mittlere Unternehmen und Start-ups
72 sind ebenso Entstehungsort für innovative Ideen. Berlin
73 ist Anziehungspunkt für qualifizierte Arbeitskräfte, Unter-
74 nehmen und Institutionen aus aller Welt, die hier ihre Ide-
75 en erfolgreich realisieren wollen.

76

77 Wir arbeiten dafür, diese großen Chancen und Potenziale
78 künftig noch stärker zu nutzen und zu fördern und **Unter-**
79 **nehmerinnen und Unternehmern und Investorinnen und**
80 **Investoren gute Voraussetzungen zu bieten, Betriebe zu**
81 **gründen und mit ihren Unternehmen zu wachsen**, damit
82 gute, attraktive Arbeitsplätze erhalten und neue geschaf-
83 fen werden können. **Wir stärken Wirtschaft, Wissenschaft**
84 **und Forschung.**

85

86 Wir entwickeln Berlin zur Smart City und fördern Modell-
87 lösungen urbaner Technologien und Prozesse, um in Zu-
88 kunft **im Bereich Digitalisierung und Künstliche Intelli-**
89 **genz** deutschland- und europaweit wettbewerbsfähig zu
90 sein und zur Weltspitze zu gehören. Um eine anschlussfä-
91 hige Digitalisierung und Innovationen innerhalb einer zu-
92 nehmend vernetzten Welt weiter zu fördern, unterstützen
93 wir auch Open-Source-Lösungen.

94

95 Wir sorgen dafür, dass unsere Unternehmen auf kür-
96 zestem Weg von den technischen und geistigen Inno-
97 vationen der hervorragenden Wissenschafts- und For-
98 schungseinrichtungen Berlins profitieren können. Wir för-
99 dern die **Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirt-**
100 **schaft, um unsere Wettbewerbsfähigkeit** vor allem in
101 den Bereichen Elektrotechnik, Energieerzeugung und -

102 **Verteilung, Pharmazie, Medizintechnik, Biotechnologie, Fahrzeugbau, Informations- und Kommunikationstechnologie, Medien, Kreativwirtschaft, Logistik, Optik und innovative Industrie zu stärken und Talente und Fachkräfte aus aller Welt anzuziehen.**

107

108 **Wir fördern den Gründungsstandort Berlin** mit Ausgründungen aus den 11 staatlichen und 30 privaten Hochschulen, der Charité und den über 70 außeruniversitären Forschungseinrichtungen, um Absolventinnen und Absolventen erstklassige Perspektiven zu bieten und die Schaffung neuer, guter Arbeitsplätze voranzubringen. Wir setzen den **Masterplan Industriestadt Berlin, den Stadtentwicklungsplan Wirtschaft und die Gemeinsame Innovationsstrategie der Länder Berlin und Brandenburg** um und entwickeln diese weiter.

118

119 1.3. Stadt der Vielfalt

120 Berlin ist eine Einwanderungsstadt. Diese **Vielfalt ist Stärke und Markenzeichen Berlins**. Wir arbeiten dafür, dass allen Berlinerinnen und Berlinern die gleichen Lebenschancen zuteilwerden. Unser sozialdemokratisches Aufstiegsversprechen gilt für alle Berlinerinnen und Berliner.

125

126 Mit dem ersten Partizipationsgesetz und dem ersten Landesantidiskriminierungsgesetz haben wir bundesweit Maßstäbe in der Teilhabe- und Antidiskriminierungspolitik gesetzt. Darauf wollen wir weiter aufbauen und unser **Ziel einer diskriminierungsfreien Stadt** in allen Lebensbereichen wie Schule, Verwaltung, Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie in unserer eigenen Partei mit geeigneten Maßnahmen weiterverfolgen. Mit unserer Politik wollen wir zu einer **Vielfalt wertschätzenden Stadtkultur** beitragen und den Diskriminierungsschutz beständig weiterentwickeln. Von Diskriminierung Betroffene müssen durch Hilfsangebote darin unterstützt werden, die eigenen Diskriminierungserfahrungen zu thematisieren, zu verarbeiten und ihr Recht auf Gleichbehandlung durchzusetzen.

141

142 Wir treten Rassismus entschieden entgegen. Daher wollen wir eine **Landesenquete-Kommission gegen Rassismus** einrichten. Sie soll die institutionalisierten und strukturellen Ausformungen von Rassismus analysieren, öffentlich diskutieren und Gegenmaßnahmen entwickeln, sowie Strukturen zur Umsetzung der Maßnahmen stärken. Darüber hinaus soll Rassismuskritik als zentraler Bestandteil von Prozessen und Entscheidungen etabliert werden.

151

152 Wir respektieren den individuellen Glauben unserer Mitbürger:innen und unterstützen die **Vielfalt der Religionen, Glaubengemeinschaften** und der nicht-religiösen

155 Weltanschauungsgemeinschaften. Wir setzen uns für den
156 interreligiösen Dialog zwischen Menschen christlichen,
157 muslimischen und jüdischen Glaubens ein. Das Landes-
158 konzept „**Gegen jeden Antisemitismus – Jüdisches Leben**
159 **in Berlin schützen**“ soll fortgeführt werden. Für die Stär-
160 kung der Teilhabe von Muslim:innen soll ein **Konzept Mus-**
161 **limisches Leben in Berlin** entwickelt werden. Wir knüpfen
162 an die Erfolge bei der Umsetzung der UN Dekade für Men-
163 schen afrikanischer Herkunft an. Wir treten der Ausgren-
164 zung von Sinti und Roma entgegen und fördern ihre ge-
165 sellschaftliche Teilhabe.

166 Der öffentliche Dienst soll Vorbild und Impulsgeber sein.
167 Wir wollen unsere Vorreiterrolle hier weiter ausbauen
168 und mit einer **Diversitätsoffensive die Berliner Verwal-**
169 **tung** weiterentwickeln und modernisieren. Wir setzen uns
170 dafür ein, dass **mehr Menschen mit Migrationsgeschichte**
171 **im öffentlichen Dienst** auf allen Ebenen beschäftigt wer-
172 den.

173

174 Wir wollen aktiv **für mehr Einbürgerungen werben, den**
175 **Prozess beschleunigen** und Ermessensspielräume in die-
176 sem Sinne nutzen. Deshalb sollen Einbürgerungen un-
177 abhängig vom Wohnort des Antragstellers oder der An-
178 tragstellerin in allen Bezirksämtern vorgenommen wer-
179 den können. Darüber hinaus wollen wir die Einrichtung ei-
180 nes landesweiten Einbürgerungszentrums prüfen.

181

182 Damit alle Menschen an kommunalen Entscheidungen
183 teilhaben können, werden wir uns im Bund und im Land
184 dafür einsetzen, dass das **komunale Wahlrecht auch für**
185 **Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger**, die in Berlin wohnen,
186 eingeführt wird. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Ber-
187 linerinnen und Berliner bei Volksentscheiden mitwirken
188 können.

189

190 Eine Politik der Anerkennung braucht sichtbare Symbole
191 in unserer Stadt. Deshalb setzen wir uns in Respekt und
192 Anerkennung vor unserer Einwanderungsgeschichte und
193 der Lebensleistung der so genannten Gastarbeitergenera-
194 tion dafür ein, ein **Migrationsmuseum** aufzubauen, wel-
195 ches sich mit der jüngeren Einwanderungsgeschichte be-
196 fasst.

197

198 **1.4. Inklusive Stadt für Menschen mit und ohne Behin-**
199 **derungen**

200 Inklusion bedeutet für uns, dass kein Mensch aus unserer
201 Gesellschaft ausgegrenzt oder an den Rand gedrängt wer-
202 den darf. Alle Menschen in unserer Stadt haben das Recht
203 auf eine selbstbestimmte und eigenständige Lebensfüh-
204 rung. **Unser Leitbild ist die inklusive Stadt.** Strukturellen
205 Ungleichheiten in allen Lebensbereichen wirken wir ent-
206 gegen. Die Aktivitäten für ein inklusives Berlin finden sich
207 deshalb im gesamten SPD-Wahlprogramm wieder.

208

209 Die **Verwirklichung einer umfassenden Barrierefreiheit** ist
210 ein wichtiger Schritt zu einer inklusiven, diskriminierungs-
211 freien und partizipativen Stadtgesellschaft und unserer
212 Anpassung an den demografischen Wandel. In Berlin le-
213 ben mehr als 600.000 Menschen mit Behinderungen. Um
214 gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Menschen mit
215 und ohne Behinderungen, psychischen oder chronischen
216 Erkrankungen zu schaffen, arbeiten wir für einen unge-
217 hinderten Zugang zu bestmöglicher Bildung in jedem Al-
218 ter, zu existenzsichernder Erwerbsarbeit und bezahlba-
219 rem Wohnraum sowie für **ungehinderte Teilhabe in allen**
220 **Lebensbereichen**.

221

222 Wir setzen uns dafür ein, dass der Berliner Aktionsplan
223 zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
224 auch weiterhin partizipativ zusammen mit Menschen
225 mit Beeinträchtigungen und ihren Selbstorganisatio-
226 nen als auch Vertretungsorganisationen umgesetzt,
227 evaluiert und fortgeschrieben wird. So können wir Hin-
228 dernisse ermitteln und beseitigen, denen sich Menschen
229 mit Behinderungen, chronischen Beschwerden oder
230 Beeinträchtigten gegenübersehen.

231

232 Unser Ziel ist „**Inklusion von Anfang an**“. Wir wollen
233 (vor-)schulische **Bildungs- und berufliche Ausbildungs-**
234 **stätten** der Stadt **barrierefrei gestalten**. Besonders Kitas
235 und Schulen werden noch stärker mit notwendigen the-
236 rapeutischen, pflegerischen und sächlichen Mitteln aus-
237 gestattet und die Aus- und Fortbildungen (früh)pädagogi-
238 scher Fach- und Lehrkräfte stärker auf den inklusiven Teil-
239 habegrundsatz ausgerichtet.

240

241 Im Sinne einer **barrierefreien Bau-, Wohnungs- und Stadt-**
242 **entwicklungs politik** streben wir Bezahlbarkeit, Barriere-
243 freiheit, Rollstuhlgerechtigkeit und Zugänglichkeit zu al-
244 len Bereichen des öffentlichen und privaten Wohnungs-
245 baus an. Dazu gehört auch ein barrierefreies Wohnumfeld
246 mit barrierefreien Zuwegungen. Wir tragen dafür Sorge,
247 dass die Datengrundlagen verbessert, das Bauordnungs-
248 recht reformiert, Förderprogramme modifiziert und ei-
249 ne passgenaue Wohnungsvermittlung eingerichtet wird.
250 Den barrierefreien öffentlichen Nahverkehr werden wir
251 weiter fördern. Noch existierende geschlechtsspezifische
252 Benachteiligungen für Frauen sind zu beheben. Integrati-
253 onsbetriebe werden wir weiterhin unterstützen und dafür
254 werben.

255

256 Wir setzen uns dafür ein, dass der **Übergang und der Zu-**
257 **gang zum ersten Arbeitsmarkt** noch professioneller be-
258 gleitet werden. Menschen mit Behinderungen und poten-
259 zielle Arbeitgeber müssen umfassend informiert, qualifi-
260 ziert und unterstützt werden, um eine:n für sie passenden

261 Arbeitsplatz oder Beschäftigte:n zu finden. Dafür wollen
262 wir geeignete Maßnahmen ergreifen und insbesondere
263 die landeseigenen Unternehmen und die Berliner Verwal-
264 tung in die Pflicht nehmen. Beim **Übergang von der Schule**
265 **zur Ausbildung** setzen wir uns für ein sowohl für Jugend-
266 liche mit Behinderungen als auch für Betriebe verlässli-
267 ches Unterstützungssystem ein und stellen dafür Mittel
268 zur Verfügung.

269

270 Wir wollen **berlinweit die medizinische und pflegeri-**
271 **sche Versorgung für Menschen mit Behinderungen si-**
272 **cherstellen.** Wir forcieren daher den barrierefreien Um-
273 bau von Krankenhäusern, Arztpraxen und Gesundheits-
274 dienstleistern sowie eine ausreichende Versorgung mit
275 Medizinischen Behandlungszentren für erwachsene Men-
276 schen mit Behinderungen. Wir schaffen mehr **barriere-**
277 **freie Schutzmöglichkeiten für Frauen** mit Behinderungen
278 vor Gewalt und bauen Hilfen für Menschen mit Migra-
279 tionsbiografie und Behinderungen aus. Wir fördern Mo-
280 dellprojekte, um die Selbstbestimmung von Menschen,
281 denen eine verbale Kommunikation nicht möglich ist, zu
282 wahren.

283

284 Wir unterstützen den Grundsatz „**Nichts über uns ohne**
285 **uns**“ mit einer breit angelegten Öffentlichkeitskampagne,
286 um öffentliches Bewusstsein für den Bedarf und die Chan-
287 cen einer barrierefreien Gesellschaft zu stärken. So stär-
288 ken wir auch das von Menschen mit und ohne Behinde-
289 rungen geleistete Ehrenamt und zivilgesellschaftliche En-
290 gagement.

291

292 **1.5. Regenbogenstadt Berlin**

293 Berlin gilt mit einer der größten queeren Gemeinschaf-
294 ten in Europa international als Regenbogenstadt und dar-
295 auf sind wir stolz. Unsere Stadt tritt ein für die Selbstbe-
296 stimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller
297 Vielfalt. Die SPD Berlin fühlt sich der queeren Communi-
298 ty verbunden, setzt sich weiterhin leidenschaftlich für ih-
299 re Emanzipation ein und unterstützt sie aktiv bei ihrem
300 Empowerment. Ihren Schutz vor Verdrängung aus dem öf-
301 fentlichen Raum, sowie vor Diskriminierung, Belästigung
302 und Gewalt, sehen wir als unsere Verpflichtung an. Mit
303 der **Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und**
304 **Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“** (IGSV)
305 hat der Berliner Senat einen außergewöhnlichen Maß-
306 nahmenplan initiiert. Diesen werden wir **umsetzen und**
307 **dauerhaft weiterentwickeln.**

308

309 Die Anzahl der in Berlin gemeldeten Übergriffe auf quee-
310 re Personen ist in den letzten Jahren leider angestiegen.
311 Das verurteilen wir aufs Schärfste und werden verstärkt in
312 **Präventions- und Sensibilisierungsarbeit** investieren, um
313 die queere Community effektiv zu schützen. Die Ressour-

314 cen für **Anlaufstellen von Gewaltopfern** werden wir er-
315 höhen. Im Öffentlichen Personennahverkehr werden wir
316 durch geeignete Methoden und Projekte der zunehmen-
317 den **Gewalt gegen queere Menschen entgegenwirken**.

318
319 **Angebote für queere Jugendliche** wollen wir weiter aus-
320 bauen. Jugend- und Sportangebote werden wir weiter
321 konsequent sichern und zu inklusiven Räumen entwi-
322 ckeln. Hierzu soll das Land Berlin Best-Practice-Beispiele
323 verstärkt auszeichnen und Projekte strukturell und fi-
324 nanziell unterstützen. Wir wollen außerdem die För-
325 derung von (lesbischen) Wohnprojekten und Trans*-
326 Selbsthilfegruppen weiter ausbauen.

327
328 **Zentren mit Schwerpunkt Regenbogenfamilien**, sowie
329 (Wohn-)Projekte, die sich an queere Senior:innen und de-
330 ren Bedürfnisse richten, werden wir finanziell fördern. Zu-
331 dem streben wir an, dass im stationären und ambulanten
332 Pflegedienst, sowie in Hospizen eine **queer-sensible Qua-**
333 **lifizierung und Zertifizierung** etabliert wird.

334
335 Die SPD Berlin setzt sich auf allen Ebenen dafür ein, den
336 aktuellen Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus so zu
337 erweitern, dass der **Schutz vor Diskriminierung** auf Grund
338 sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität vollum-
339 fänglich aufgenommen wird.

340
341 Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie und auch
342 der Gentrifizierung hat für die SPD Berlin die **Sicherung**
343 **von queeren Clubs, Bars, gastronomischen Betrieben und**
344 **nicht-kommerziellen Räumen** hohe Priorität. Projekte und
345 Vereine, die sich für vor allem für lesbische, bi-, trans*-
346 und intersexuellen Sichtbarkeit einsetzen, werden wir
347 verstärkt finanziell unterstützen, damit die queere Viel-
348 falt in der Regenbogenhauptstadt lebendig bleibt und die
349 Sichtbarkeit von queerem Leben erhöht wird.

350
351 Für **queere Geflüchtete** soll es niedrigschwellige Angebo-
352 te zur politischen und gesellschaftlichen Partizipation ge-
353 ben, damit sie sich für ihre Rechte einsetzen können. In der
354 **Lehrer:innenbildung**, insbesondere bei Quereinsteiger:in-
355 nen, und in der pädagogischen Forschung werden wir wei-
356 tere Angebote und Strukturen zur **Vielfalt im Unterricht**
357 schaffen und ausbauen. Die besonderen **Bedürfnisse von**
358 **queeren Menschen im Gesundheitsbereich**, vor allem die
359 Bedürfnisse von trans* Personen, werden wir verstärkt be-
360 rücksichtigen. Die SPD Berlin setzt sich weiterhin dafür
361 ein, dass die Diskriminierung bei der Blutspende von ho-
362 mosexuellen Männern und von trans* Personen beendet
363 wird. Auch im Sport unterstützen wir die Vielfalt aller se-
364 xuellen Lebensentwürfe, indem wir **Diversity- und Queer-**
365 **Kompetenzen in allen Bereichen des Sports** stärken und
366 entsprechende Projekte auch finanziell unterstützen.

367

368 Wir werden uns in allen städtischen und bezirklichen
369 **Städtepartnerschaften für die Verteidigung der Men-**
370 **schenrechte und den Schutz der queeren Community ein-**
371 **setzen.** Partnerschaften mit Städten, die queere Men-
372 schen diskriminieren, verfolgen und bedrohen, werden
373 wir dazu nutzen, um positive Veränderungen zu bewirken.
374 Partnerschaften, die queeres Leben schützen, werden wir
375 besonders würdigen.

376

377 Die SPD Berlin setzt sich für die **Abschaffung des Trans-**
378 **sexuellengesetzes** ein. Regelungen zur Unterstützung in-
379 formierter Entscheidungen von Personen, die ihren Per-
380 sonenstand ändern wollen, wollen wir schnellstmöglich
381 umsetzen.

382

383 Kapitel 2: Familienfreundliche Stadt

384

385 2.1. Gute Infrastruktur für Kinder und Familien

386 Berlin soll noch familienfreundlicher werden. Wir wollen,
387 dass Eltern **so viel Unterstützung wie möglich und so we-**
388 **nig Bürokratie wie nötig** erfahren, dass Kinder hier gut
389 aufwachsen und sich entwickeln können, dass Eltern Fa-
390 milie und Beruf gut miteinander vereinbaren können und
391 dass diejenigen, die ihre Angehörigen pflegen, Unterstüt-
392 zung bekommen. Wir verstehen **Familienpolitik als Quer-**
393 **schnittsaufgabe**, die in allen Politikbereichen mitgedacht
394 werden muss. Wir wollen, dass sich alle Kinder in unse-
395 rer Stadt wohl, sicher und zugehörig fühlen. Wir arbeiten
396 dafür, dass alle öffentlichen Leistungen allen Kindern glei-
397 chermaßen zur Verfügung stehen, dass Kinder nicht in Ar-
398 mut aufwachsen und dass sie genügend Räume zur freien
399 Entfaltung und selbständigen Beteiligung haben.

400

401 Die Armut von Kindern und Jugendlichen in Berlin ging
402 in den letzten Jahren leicht zurück, hält sich aber auf ei-
403 nem hohen Niveau: 27 Prozent der Berliner Kinder und Ju-
404 gendlichen leben aktuell von Grundsicherungsleistungen.
405 Kinderarmut ist immer Armut innerhalb der gesamten Fa-
406 milie, gleichzeitig hat sie aber auch ein „eigenes Gesicht“:
407 Im Aufwachsen erfahren arme und armutsbedrohte Kin-
408 der und Jugendliche Einschränkungen in ihrer materiellen
409 Teilhabe, Gesundheit, Bildung und bei ihren sozialen Kon-
410 takten. Die SPD Berlin hat dem immer entgegengewirkt,
411 um allen Kindern und Jugendlichen ein gutes Aufwach-
412 sen zu ermöglichen. Die Bemühungen werden wir stär-
413 ken und weiterentwickeln. Deshalb halten wir am **Grund-**
414 **prinzip der gebührenfreien Bildung von der Kita bis zur**
415 **Hochschule** fest. Deshalb wird es weiter die **gebührenfreie**
416 **BVG-Schülerfahrkarte, das gebührenfreie Mittagessen in**
417 **Grundschulen und die Lernmittelbefreiung bis Klassen-**
418 **stufe 6** geben.

419

420 Mit dem neuen und deutschlandweit einzigartigen **Fami-**
421 **lienfördergesetz** sichern wir die vielfältige Infrastruktur
422 für Familien in Berlin ab. **Wir wollen Familienzentren in**
423 **allen Bezirken ausbauen**. Die SPD steht für ein gut aus-
424 gebautes und wirksames Netzwerk der frühen Hilfen für
425 alle Berliner Familien vom ersten Tag an. In allen Bezir-
426 ken soll die Anzahl der **Familienzentren** erhöht werden.
427 Sie sollen als Begegnungsstätten, Bildungs-, Beratungs-
428 und Service- und Vernetzungsorte etabliert werden. Die
429 Zusammenarbeit der Familienzentren mit den Stadtteil-
430 müttern soll durch die Fortsetzung und den **Ausbau des**
431 **Landesprogramms Stadtteilmütter** gestärkt werden.

432

433 Kinder brauchen Orte in der Stadt, an denen sie sich frei
434 bewegen und draußen aufhalten können. Wir setzen uns
435 für eine Verkehrsinfrastruktur ein, die Kinder nicht ge-
436 fährdet und ihnen einen sicheren Platz zum Spielen und
437 frei bewegen schafft. Das muss für die Innenstadt ge-
438 nauso wie für die Außenbezirke gelten. Daher bauen wir
439 das **Spielplatzsanierungsprogramm** des Landes weiter aus
440 und legen ein Landesprogramm zur Sanierung von Schul-
441 höfen auf. Die Schulhöfe sollen, wo es möglich ist, in die
442 umliegenden Sozialräume geöffnet werden und die Spiel-
443 flächen auch an den Wochenenden zur Verfügung stehen.
444 Die schulische Nutzung hat dabei Vorrang. Durch geziel-
445 te **Förderung zum Neubau von Spielplätzen** werden wir
446 die Fläche, die allen Kindern in der Stadt zur Verfügung
447 steht, deutlich erhöhen. Dort, wo neue Quartiere gebaut
448 werden, werden wir einen Richtwert von 1 Quadratmeter
449 Spielplatzfläche pro Einwohner:in anstreben. Dort wo we-
450 nig Platz ist, werden wir kreative Lösungen im Bestand be-
451 sonders fördern. Wir wollen eine **Task-Force für Spielplät-**
452 **ze** einrichten, die den Reparaturbedarf von Spielplätzen
453 überblickt und bei Sperrungen schnell für Abhilfe sorgt.
454 Dabei haben wir auch die Barrierefreiheit im Blick, damit
455 alle Kinder die Spielplätze nutzen können.

456

457 Die SPD Berlin setzt sich auf Bundesebene für die Einfüh-
458 rung einer **Kindergundsicherung** ein. Dazu gehört eine
459 gute Infrastruktur in Kitas und Schulen und eine individu-
460 elle Geldleistung, die alle bisherigen finanziellen Leistun-
461 gen für Kinder zu einem „neuen Kindergeld“ bündelt. Das
462 Starke-Familien-Gesetz auf Bundesebene bildet mit dem
463 Kinderzuschlag und den erweiterten Leistungen aus dem
464 Bildungs- und Teilhabepaket bereits eine gute Grundlage
465 dafür.

466

467 **2.2. Stadt der Mehrgenerationen von Jung bis Alt**

468 Berlin ist eine Stadt für alle Generationen, deshalb stehen
469 wir für eine Gesellschaft, in der die Erfahrungen der Älte-
470 ren und die Dynamik der Jungen gleich viel gelten. Die Ber-
471 linerinnen und Berliner wollen auch im Alter gut vernetzt
472 und in vertrauter Umgebung bleiben. Bessere, bedarfs-

473 gerechte Pflegeangebote und mehr Teilhabemöglichkei-
474 ten, barrierefreies Wohnen, ein verlässlicher Nahverkehr,
475 Einkaufsmöglichkeiten, Sport- und Kulturangebote tragen
476 dazu bei, auch im Alter lange selbstbestimmt zu leben.
477 Wir wollen eine solidarische Gesellschaft, in der die Ge-
478 nerationen nicht gegeneinander ausgespielt werden, son-
479 dern Jung und Alt sich gegenseitig unterstützen. Der de-
480 mographische Wandel erfordert ein Mehr an Zusamme-
481 nhalt und Miteinander.

482

483 **Die Sozialdemokratie steht für die Schaffung von bezahl-
484 barem Wohnraum insbesondere für ältere Menschen und
485 junge Familien.** Knappheit an altersgerechtem und be-
486 zahlbarem Wohnraum trifft vor allem Berlinerinnen und
487 Berliner mit einer kleinen Rente und mit kleinem Fami-
488 lienbudget. Wir arbeiten dafür, bezahlbare Wohnungen
489 in allen Bezirken barrierefrei, altersgerecht und familien-
490 freundlich zur Verfügung zu stellen.

491

492 Auch ältere Menschen wollen ihre Erfahrungen und Kom-
493 petenzen einbringen und am gesellschaftlichen Leben be-
494 teiligt sein. Deshalb arbeiten wir daran, die **Seniorenver-
495 tretungen in den Bezirken zu stärken** und besser auszu-
496 statten. Wir setzen uns für eine **Ausweitung der Beteili-
497 gungsmöglichkeiten im Seniorenmitwirkungsgesetz** ein.

498

499 **Gutes Leben im Alter heißt immer auch gutes Leben im
500 Kiez.** Die sozialräumliche und sektorenübergreifende Ver-
501 sorgung der älteren Berlinerinnen und Berliner ist uns
502 wichtig. Die Wahlen der Bezirklichen Seniorenvertretun-
503 gen wollen wir künftig barrierefrei gestalten. Wir wol-
504 len bestehende Netzwerke stärker an die Bezirke binden
505 und nach einheitlichen Standards ausbauen. Die neue
506 **Altenhilfe- und Geriatrie-Koordination in den Bezirken**
507 bündelt die unterstützenden und pflegerischen Angebo-
508 te in den Bezirken und Stadtquartieren. Die SPD setzt sich
509 dafür ein, dass diese Arbeit sichtbar wird und Anerken-
510 nung erfährt.

511

512 **2.3. Stadt der guten Vereinbarkeit von Familie und Be-
513 ruf**

514 Berlin soll weiter Vorreiter beim Thema Vereinbarkeit von
515 Familie und Beruf sein. Die SPD steht für eine gute, quali-
516 tativ hochwertige, kostenlose, bedarfsgerechte und inku-
517 sive Kinderbetreuung. Wir werden deshalb den **Kitaaus-
518 bau weiter beschleunigen und die Zahl der Erzieherinnen
519 und Erzieher sowohl in der Ausbildung als auch im Beruf
520 weiter erhöhen.** Dafür nutzen wir sowohl Landesmittel als
521 auch die zusätzliche finanzielle Unterstützung des Bun-
522 des.

523

524 Mit dem Programm „MoKiS“ bietet Berlin einen öffent-
525 lich geförderten „Mobilen Kinderbetreuungsservice“ für

526 Eltern mit besonderen Arbeitszeiten. Wir wollen berlin-
527 weit die **flexible Kinderbetreuung für Alleinerziehende**
528 **und für Eltern, die im Schichtbetrieb arbeiten**, weiter aus-
529 bauen.

530

531 Wir werden ein besseres Verfahren bei der Vergabe von
532 Kitaplätzen schaffen und unterstützen Lösungen für die
533 Entwicklung und den Ausbau einer **Online-Platzvergabe**
534 **für die Kindertagesbetreuung**.

535

536 **Ganztagsbetreuung in der Schule** gibt es in Berlin seit vie-
537 len Jahren. Sie unterstützt und entlastet Familien wesent-
538 lich. Dieses Angebot soll in den nächsten Jahren qualitativ
539 weiterentwickelt werden.

540

541 Wir intensivieren zudem den Dialog mit der Berliner Wirt-
542 schaft, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die
543 **Familienfreundlichkeit von Unternehmen** zu stärken und
544 zu unterstützen.

545 **Kapitel 3: Berlin – Stadt der Frauen und der Gleichstel-
546 lung**

547

548 **3.1. Gleichberechtigte Teilhabe und mehr Frauen in Füh-
549 rungspositionen**

550 Berlin ist die Stadt der Gleichstellung, in der in ganz be-
551 sonderer Weise auf die Beseitigung bestehender Nach-
552 teile zwischen Frauen und Männern hingewirkt wird. Wir
553 setzen uns ein für die Gleichstellung aller Frauen – un-
554 abhängig ihres sozialen Geschlechts, der sexuellen oder
555 geschlechtlichen Identität, des Alters, des Gesundheitszu-
556 standes, einer Beeinträchtigung, des Familienstandes, des
557 Migrations- oder Fluchtstatus. Wir wollen darauf achten,
558 dass es bei den Landesförderprogrammen nach Möglich-
559 keit eine gleichberechtigte Verteilung von Förderung gibt.
560 Wir schützen Frauen vor allen Formen von Diskriminie-
561 rung, zum Beispiel Alter, Gewicht und sexuelle Orientie-
562 rung.

563

564 Berlin soll eine Vorreiterrolle auf dem Weg zur gleichbe-
565 rechtigten politischen Teilhabe von Männern und Frau-
566 en einnehmen. Wir setzen uns für ein **Berliner Paritäts-
567 gesetz** ein, weil wir wollen, dass Frauen und Männer glei-
568 chermaßen in unserem Parlament und in den Bezirksver-
569 ordnetenversammlungen vertreten sind. Wir setzen uns
570 für **Parität in allen Führungspositionen der Stadt** ein. Wir
571 werden Gleichberechtigung auf allen Hierarchie-Ebenen
572 vorleben. Deshalb wollen wir mit gutem Beispiel voran-
573 gehen und darauf hinwirken, dass mehr Führungspositio-
574 nen in landeseigenen Unternehmen, im Senat und in der
575 Verwaltung mit Frauen besetzt werden. Das schafft die
576 politischen Voraussetzungen, damit Berlin zu einer wirk-
577 lich gleichberechtigten Stadtgesellschaft in allen Berei-
578 chen des Zusammenlebens wird.

579

580 Frauen werden gleichberechtigte Teilhabe nur erreichen,
581 wenn eine **gerechtere Verteilung von Erwerbs- und Sor-
582 gearbeit** in den Familien unterstützt und gefördert wird.
583 Berlin wird hier als positives Vorbild voranschreiten, bei-
584 spielsweise durch den **Ausbau von Elternzeit und mobi-
585 ler und flexibler Arbeit** in der Verwaltung und in landesei-
586 genen Betrieben. Zudem werden wir mehr Anerkennung
587 für ehrenamtlich geleistete Care-Arbeit durchsetzen, zum
588 Beispiel durch die **Ausweitung von Ehrenamtspässen für
589 pflegende Angehörige**.

590

591 Die bestehenden **Frauenbeiräte der Bezirke** wollen wir fi-
592 nanziell so ausstatten, dass sie eine bessere Vernetzung
593 von Frauen und die Berücksichtigung ihrer Belange in al-
594 len Bereichen des Lebens weiter vorantreiben können. In
595 Bezirken ohne Frauenbeirat werden wir dessen Gründung
596 fördern.

597

598 3.2. **Schutz vor Gewalt gegen Frauen**

599 Wir können Gewalt nur erfolgreich bekämpfen, wenn wir
600 wissen, welche Probleme existieren. Dazu gehört eine ge-
601 naue Erfassung von Hassverbrechen gegen Frauen und
602 marginalisierte Gruppen in der Polizeistatistik und die
603 konsequente Verfolgung dieser Verbrechen online und
604 offline. Dazu werden wir das **Angebot der bestehenden
605 Beratungsstellen weiter ausbauen** und weiter spezialisie-
606 ren. Die **Gewaltschutzambulanzen** werden wir weiter för-
607 dern und zusätzliche Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit
608 bereitstellen, um sie bekannter zu machen. Wir stellen uns
609 entschieden gegen Übergriffe und gewaltförmige Sprache
610 im Netz in Form von „Hate Speech“.

611

612 Betroffene von häuslicher Gewalt brauchen einen ad-
613 äquaten Ersatzraum in Frauenhäusern oder in Zufluchts-
614 wohnungen für Frauen, damit ihr Schutz gewährleistet
615 ist. Berlin erfüllt zwar als einziges Land neben Hamburg
616 die Mindestanforderung der Istanbul-Konvention des Eu-
617 roparates, dennoch muss die **Anzahl der Frauenhäuser in
618 Berlin dem Bedarf entsprechend weiter erhöht werden**.
619 Uns ist wichtig, dass dabei die Barrierefreiheit berücksich-
620 tigt wird, damit alle Frauen gut versorgt werden können.

621

622 Um Obdachlosigkeit bei Frauen zu verhindern, wollen wir
623 bestehende Angebote und Konzepte wie „**Housing First**“
624 und neu entstandene Beratungsangebote weiter ausbau-
625 en und verstetigen. Dies gilt besonders für kieznahe An-
626 gebote für Frauen mit Kindern.

627

628 3.3. **Öffentliche Räume für Frauen und Männer gleicher- 629 maßen**

630 Die Nutzung öffentlicher Räume ist ein demokratisches
631 Grundrecht, das allen Menschen uneingeschränkt zur Ver-

632 fügung stehen muss. Dazu gehört, dass sich insbeson-
633 dere Frauen jederzeit im öffentlichen Raum sicher und
634 angstfrei bewegen können. Wir wollen, dass **Frauen in**
635 **die Planungen von öffentlichen Räumen mit einbezogen**
636 werden, um beispielsweise die Entstehung von Angsträu-
637 men zu verhindern, sichere Wege zu schaffen und eine ge-
638 rechte Nutzung für alle zu gewährleisten. Wir fördern ei-
639 nen **besseren Schutz vor Übergriffen im Öffentlichen Nah-**
640 **verkehr**, durch ein besseres und kostengünstiges Ange-
641 bot in den Außenbezirken, das auch in den Nachtstun-
642 den aufrechterhalten wird. Für einen besseren Öffentli-
643 chen Nahverkehr bedarf es neben Barrierefreiheit auch
644 ein auf den Bedarf von Schwangeren und Reisenden mit
645 kleinen Kindern zugeschnittenes Angebot, beispielsweise
646 in Form von Sitzplätzen für Schwangere.

647

648 **3.4. Starke Wirtschaft durch starke Frauen**

649 Wir unterstützen Gründerinnen in der Stadt. Wir wollen
650 den Anteil der Gründerinnen von derzeit 15,7 Prozent deut-
651 lich erhöhen und werden entsprechende Unterstützungs-
652 und Förderprogramme entwickeln. Diese Unternehmerin-
653 nen sind Vorbilder für die nächsten Generationen jun-
654 ger Frauen. Ihre Erfolge wollen wir sichtbar machen,
655 indem wir branchentypische Netzwerkveranstaltungen
656 auch finanziell unterstützen, sowie gründerinnenspezifi-
657 sche Coachingprogramme aufbauen bzw. stärken.

658

659 **Kapitel 4: Engagierte und demokratische Stadt Berlin**

660

661 **4.1. Bürgerschaftliches Engagement würdigen**

662 Freiwilliges Engagement ist der Kitt in unserer Gesell-
663 schaft und stärkt unsere Demokratie. Wir bedanken uns
664 bei allen Ehrenamtlichen für ihre wertvolle Arbeit. Mit ih-
665 rem Engagement machen sie Berlin sozialer, solidarischer,
666 lebens- und liebenswerter. Ihr Engagement zu wertschät-
667 zen, zu fördern und zu unterstützen ist unsere sozialde-
668 mokratische Herzensangelegenheit. Wir freuen uns über
669 die **Auszeichnung Berlins für das Jahr 2021 mit dem Ti-**
670 **tel der „European Volunteering Capital“**. Als **Europäische**
671 **Freiwilligenhauptstadt** zeigen wir, dass eine vitale Zivilge-
672 sellschaft unsere Demokratie von der kommunalen Ebene
673 bis hin zur europäischen Ebene stärkt.

674

675 **4.2. Ehrenamt fördern**

676 Die Förderung des Ehrenamtes hat für uns einen hohen
677 Stellenwert. Deshalb wollen wir die Engagementinfra-
678 struktur in den Bezirken untereinander und mit der Lan-
679 desebene besser vernetzen und damit eine **bezirks- und**
680 **landesweite Förderung von Engagementnetzwerken ver-**
681 **stetigen**. Die Handlungsempfehlungen der **Berliner Enga-**
682 **gementstrategie** werden wir weiter umsetzen.

683

684 **Freiwilliges Engagement braucht professionelle Un-**

685 **terstützung.** Besonders das soziale Netz an Stadtteil-,
686 Familien- und Nachbarschaftszentren, Kontaktstellen
687 PflegeEngagement, der Selbsthilfegruppen, Selbsthilfe-
688 kontaktstellen, Freiwilligenagenturen das Angebot in der
689 Jugend- und Seniorenarbeit wollen wir weiter ausbauen
690 und personell stärken.

691

692 Auch setzen wir uns für gute Qualifizierungsmaßnahmen
693 in Bereichen ein, in denen Aufgaben im öffentlichen Inter-
694 esse übernommen werden wie bei Schöffen, ehrenamt-
695 lichen Arbeits- und Sozialrichtern oder Prüfer:innen der
696 Kammern.

697

698 Die **Ehrenamtskarte werden wir** wirksamer bewerben und
699 weiterentwickeln. Die Chancen der Digitalisierung wollen
700 wir auch für freiwillig Engagierte heben. Deshalb fördern
701 wir die digitale Infrastruktur für das Ehrenamt mit Landes-
702 und Bundesmitteln. Auch die **Beteiligungsplattform des**
703 **Landes „meinBerlin“** wollen wir weiter ausbauen.

704

705 **4.3. Gute Rahmenbedingungen für Engagement schaf- 706 fen**

707 Wir wollen es allen Menschen ermöglichen, sich ehren-
708 amtlich zu engagieren. Dafür sind vielfältige, barriere-
709 freie, transparente und auf unterschiedliche Zielgruppen
710 ausgerichtete Angebote wichtig. Wir fördern deshalb die
711 hauptamtliche und ehrenamtliche Arbeit und sorgen für
712 eine sinnvolle Verzahnung. Wir wollen prüfen, ob **Auf-
713 wandsentschädigungen** im Ehrenamt in Teilen angehö-
714 ben werden können.

715

716 Wir halten fest an der Absprache zwischen dem Senat,
717 der BVG und der S-Bahn, im Jahr rund 13.000 **Einzel-
718 fahrscheine für einkommensschwache Menschen**, zur Un-
719 terstützung ihres freiwilligen Engagements bereitzustel-
720 len. Wenn möglich wollen wir die Anzahl erhöhen. Viele
721 Selbsthilfegruppen benötigen Räume für ihre Treffen. Um
722 die **Raumkapazitäten** zu erhöhen, werden wir uns dort,
723 wo es möglich ist, dafür einsetzen, dass in öffentlichen Ge-
724 bäuden Räume verfügbar gemacht werden können.

725

726 **Für junge Menschen wollen wir mehr Plätze** in den gesetz-
727 lich geregelten **Freiwilligendiensten** bereitstellen und mit
728 **Zuschüssen zu den Fahrtkosten** unterstützen. Ein sehr ho-
729 her Anteil an freiwilligem Engagement wird durch Seni-
730 or:innen erbracht. In vielen Bereichen ist ihr Ehrenamt un-
731 ersetzlich. Deshalb wollen wir die **bezirklichen Seniore-
732 vertretungen bei den Fahrtkosten entlasten**. Die bessere
733 Zusammenarbeit von bezirklichen Seniorenvertretungen
734 und den Sozialkommissionen wollen wir ermöglichen, um
735 ein aufsuchendes Netz für Ältere in den Bezirken zu ver-
736 stetigen.

737

738 Viele Geflüchtete können sich über ihr freiwilliges Engagement Netzwerke erarbeiten, welche sie bei der Integration und gesellschaftlichen Teilhabe unterstützen. Die Ehrenamtskoordinator:innen in Unterkünften für Geflüchtete wollen wir deshalb weiterhin einsetzen. Wir unterstützen und fördern auch das **freiwillige Engagement von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte**. Die Förderungen von ehrenamtlich Tätigen wollen wir weiterhin über das Budget der Integrationsbeauftragten verstetigen.

747

748 4.4. Demokratie fördern

749 Wir wollen Berlin zur **führenden Demokratiestadt** entwickeln. Wir setzen uns dafür ein, dass die Möglichkeiten der Mitbestimmung für alle Bürger:innen erweitert und erleichtert werden. Wir bekämpfen konsequent Demokratiefeindlichkeit, Menschenverachtendes Gedankengut, Rassismus, Diskriminierung, Hass, Antisemitismus, Rechtsextremismus und Islamfeindlichkeit und wollen unsere wehrhafte Demokratie stärken. Dazu gehört die **Absenkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre** ebenso, wie die **Verbesserung der Bürgerbeteiligung**. So wollen wir daran arbeiten, dass Online-Eintragungen für Volks- und Bürgerbegehren ermöglicht werden. Denn eine offene und inklusive Demokratie ist das beste Mittel gegen Politikverdrossenheit und Populismus.

763

764 Die **Berliner Landeszentrale für politische Bildung** ist für uns zentraler Baustein bei der Vermittlung von Demokratiebildung. Wir werden sie stärken, indem wir zusätzliche Angebote realisieren und einen **weiteren Standort in der City Ost** ermöglichen. **Berliner Kinder- und Jugendverbände** wollen wir in ihrem Selbstverständnis als „Werkstätten der Demokratie“ unterstützen. Zur besseren Wirksamkeit sollen ihre Angebote mit den Jugendbildungsstätten als Kompetenzzentren unter dem Dach der strategisch neu auszurichtenden Berliner Landeszentrale für politische Bildung koordiniert werden.

775

776 Kapitel 5: Klimafreundliche Stadt Berlin

777

778 5.1. Klimaschutz als Querschnittsaufgabe sozial gerecht gestalten

780 Der fortschreitende Klimawandel ist eine der zentralen gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen – auch für uns in Berlin. Um unsere Klimaschutzziele zu erreichen, werden wir **alle Politikfelder konsequent auf mehr Klimafreundlichkeit ausrichten**.

785

786 Wir wollen den **Ausstoß von CO2** und anderen Treibhausgasen in Berlin **bis 2030 um 65 Prozent reduzieren** und **Berlin bis spätestens 2050 zu einer klimaneutralen Stadt** machen. Wir wollen ein Berlin mit einer klimafreundlichen, sauberen Energieversorgung, mit sanierten Ge-

791 bauen und bezahlbaren Mieten. Mit einem **Mix aus E-**
792 **Mobilität, Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs**
793 **und Stärkung des Rad- und Fuß-Verkehrs** schaffen wir die
794 nötige Mobilitätswende. Wir wollen lebenswerte, klima-
795 robuste Kieze mit vielen naturnahen Grünflächen und
796 weniger Lärm und Müll. Wir werden dafür sorgen, dass
797 die Versorgung unserer Stadt mit sauberem Wasser auch
798 künftig gewährleistet ist.

799

800 In vielen Bereichen wird es weitreichende Veränderungen
801 geben, in der Wirtschaft, im Verkehrssektor, beim Bau-
802 en und Wohnen. Aber Berlin hat alle Möglichkeiten, die-
803 se Aufgabe zu bewältigen. Wir wollen die Chancen nut-
804 zen. **Bei den anstehenden Veränderungsprozessen muss**
805 **es sozial gerecht zugehen.** Wir brauchen einen **Social-**
806 **Green-Deal**, um Berlin zu einer sozialen und klimaneutra-
807 len Stadt machen. Wir achten darauf, dass Menschen mit
808 geringen und mittleren Einkommen nicht die Hauptlast
809 des Wandels tragen müssen. Mobilität und Wohnen müs-
810 sen für alle bezahlbar bleiben, ebenso die Gewerbemie-
811 ten.

812

813 Damit Klimaschutz gelingen kann, braucht er **Akzep-**
814 **tanz.** Wir wollen diesen Weg mit den Berlinerinnen und
815 Berlinern zusammen gehen. Deshalb werden wir neben
816 den ausgewiesenen Expertinnen und Experten im **Klima-**
817 **schutzrat** auch Bürgerinnen und Bürger zu Wort kommen
818 lassen.

819

820 **5.2. Klimaschutztechnologien als Motor für Innovation** 821 **und Beschäftigung**

822 Unsere Stadt verfügt über eine Fülle an **Unternehmen**
823 **und Forschungseinrichtungen**, die stark sind bei Lösungen
824 für die Herausforderungen von Klimawandel und Energie-
825 wende. Unternehmen mit 100-jähriger Tradition und ganz
826 neue Unternehmen. Sie sind Motor für Klimaschutz und
827 Beschäftigung. Sie bringen den Klimaschutz in Berlin vor-
828 an, gleichzeitig wächst eine **moderne Industrie mit neu-**
829 **en, gut bezahlten Arbeitsplätzen** – von der Energietechnik
830 bis zur Bahnindustrie, vom Handwerk bis zu den vielen
831 kleinen und großen Unternehmen rund um das Thema
832 Digitalisierung. Diese **Potenziale** wollen wir **stärken**.
833 Wir sehen hier den wichtigsten wirtschafts- und energie-
834 politischen Handlungsschwerpunkt für die nächsten zehn
835 Jahre.

836

837 Die **Solarenergie** ist einer der zentralen Bausteine für die
838 klimaneutrale Stadt. Damit wir dieses Ziel sicher errei-
839 chen, müssen wir bis 2050 den in Berlin erzeugten So-
840 larstromanteil auf 25 Prozent steigern. Daher werden wir
841 gemeinsam mit der Berliner Wirtschaft und dem Hand-
842 werk, den Berliner Stadtwerken und dem Berliner Solar-
843 Zentrum eine auf Berlin zugeschnittene **Solarkampagne**

844 **initiieren**, die gezielt **für den Wohngebäudesektor praktikable Lösungen** anbietet. Das gilt zum Beispiel für die
845 **Berliner Solarbox** mit unkomplizierten und preiswerten
846 Lösungen für Ein- und Zweifamilienhäuser, aber auch für
847 die Mieterstadt-typischen Mehrfamilienhäuser in den Be-
848 standsquartieren. Gerade hierfür werden wir das soge-
849 nannte „Mieterstrommodell“ mit Unterstützung der Ber-
850 liner Stadtwerke anwendungsfreundlicher gestalten und
851 die immer noch bestehenden gesetzlichen Hemmnisse
852 mit Bundesratsinitiativen beseitigen.
853

854 Um die Klima- und Energiewende in der Stadt gut und
855 sozial verträglich zu schaffen, brauchen wir leistungsfähi-
856 ge und sichere Infrastrukturen bei Wasser, Energie (Strom,
857 Wärme, Gas), Abfall, Grün, Mobilität, Telekommunikation,
858 die aufeinander abgestimmt betrieben werden müssen.
859 Die auf Initiative der Berliner SPD im Jahr 2014 gegrün-
860 deten Berliner Stadtwerke nehmen hierbei eine wichtige
861 strategische Funktion ein, die wir in den nächsten Jahren
862 stetig erweitern werden. Dabei sollte der Aufbau von in-
863 telligenten Netzen (Smart Grids) schnell vorangetrieben
864 werden. Langfristig werden wir die **Berliner Stadtwerke zu**
865 **einem städtischen Klimadienstleister ausbauen**, der sich
866 nicht nur um den Strom, sondern auch um die anderen
867 Energieträger kümmern wird. Eine **Schlüsselrolle** auf dem
868 Weg zur klimaneutralen Wärmeversorgung bis 2050 spie-
869 len die **Berliner Wärmenetze und die Stadtwärme**. Diese
870 Potenziale wollen wir heben. Deshalb werden wir uns im
871 **Berliner Wärmegegesetz** für den Ausbau der Fern- und Nah-
872 wärmenetze und die **schrittweise Dekarbonisierung der**
873 **Stadtwärme** mit überprüfbaren Quoten bis 2050 einset-
874 zen.
875

876 Ein wichtiger Beitrag für ein klimaneutrales Energiesys-
877 tem ist die Nutzung von Wasserstoff. In einer **Berliner**
878 **Wasserstoff-Strategie** werden wir deshalb die Marktrei-
879 fe und Anwendung dieses neuen Energieträgers voran-
880 treiben und in konkreten Projekten erproben, beispiels-
881 weise bei landeseigenen Betrieben. Dazu wird auch die
882 Bereitstellung eines allgemein verfügbaren **Wasserstoff-**
883 **Tankstellennetzes** bei Güterverteilzentren und Betriebs-
884 höfen und die Förderung der Wasserstofftechnologie in
885 der Binnenschifffahrt gehören. In diesem Zusammenhang
886 wollen wir auch das **Tankstellennetz für innovative Kraft-**
887 **stoffe, sogenannte E-Fuels, ausbauen**. Mit den Hochschu-
888 len, der Berliner Wirtschaft und den Energienetzbetrei-
889 bern werden wir ein **Kompetenz- und Anwendungsclus-**
890 **ter Wasserstoff** gründen und streben dazu auch eine en-
891 ge Kooperation mit Brandenburg an. Wir wollen ein ent-
892 sprechendes Netz an Wasserstoffspeichern aufbauen. So
893 werden wir die Metropolregion Berlin-Brandenburg zu ei-
894 nem **Leuchtturm in Sachen Wasserstofftechnologie** ent-
895 wickeln.
896

897

898 **5.3. Klimaschutz im Quartier bei Neu- und Bestands-
899 bauten**

900 Der Energiebedarf der Berliner Gebäude ist aktuell für
901 rund 40 Prozent der klimarelevanten Emissionen in Berlin
902 verantwortlich. Hier liegt deshalb einer der Schwerpunk-
903 te unserer Klimapolitik. Wir wollen, dass **neue Stadtquar-
904 tiere künftig ihren Beitrag zum Ziel der Klimaneutralität
905 leisten**. Dazu werden wir ökologisch wirksame und sozi-
906 al verträgliche Standards formulieren, die praxistauglich
907 und verpflichtend sind und zu Berlin passen: ein erhöh-
908 ter Effizienzhausstandard für Gebäude, mehr Solarener-
909 gie und mehr Gebäudebegrünung auf Dächern und Fassa-
910 den, Einsatz von klimaverträglichen Baumaterialien, wie
911 Holz, ein dezentrales Regenwassermanagement, Gemein-
912 schaftsgärten und klimafreundliche Mobilität.

913

914 Wir achten gleichzeitig darauf, dass **neue Bauvorhaben
915 flächen- und ressourcenschonend** umgesetzt werden. Für
916 Bestands- und Neubauten werden wir die Begrünung der
917 Dächer und Fassaden sowie auch Außenverschattungen
918 gegen Hitzeperioden weiter vorantreiben. Das dafür in
919 dieser Legislaturperiode eingeführte 1000-Grüne-Dächer-
920 Programm werden wir dafür deutlich besser umsetzen.
921 Bei der Planung neuer Stadtquartiere achten wir dar-
922 auf, neben Wohnungen auch soziale Infrastrukturen und
923 Einkaufsmöglichkeiten anzubieten, um eine Grundversor-
924 gung vor Ort, ohne lange Wege zu ermöglichen. Wir wol-
925 len den verkehrsarmen „Kiez der kurzen Wege“.

926 Der weitaus größte Teil unserer Stadt besteht aus Be-
927 standsgebäuden. Viele müssen deutlich energieeffizien-
928 ter werden. Um Kosten zu sparen, setzen wir möglichst
929 auf **serielle, standardisierte Sanierungen**. Durch eine **En-
930 ergieberatungsoffensive** sowie zusätzliche Landesförder-
931 programme wollen wir die Sanierungsrate im Gebäude-
932 bestand systematisch erhöhen. Das ist gut für das Klima
933 und schafft und sichert tausende Arbeitsplätze im lokalen
934 Handwerk. Um der vermehrten Verdrängung durch ener-
935 getische Sanierung, oftmals verbunden mit Luxussanie-
936 rungen entgegenzutreten, wird Berlin sich beim Bund für
937 eine weitere **Absenkung der Modernisierungsumlage** so-
938 wie eine Aufteilung des CO2-Preisanteils zu gleichen Tei-
939 len zwischen Mieter:innen und Vermieter:innen bei den
940 Heizkosten einsetzen.

941

942 **5.4. Grünflächen pflegen, Stadtnatur bewahren, Was-
943 serversorgung sichern**

944 Erste Auswirkungen des Klimawandels sind immer häu-
945 figer auch in Berlin zu spüren: langanhaltende Hitzeperi-
946 oden, heftige Starkregen und Stürme, vertrocknende Wäl-
947 der und eine drohende Wasserknappheit. Auch hier wer-
948 den wir handeln. So bleibt Berlin als Stadt zum Wohnen,
949 Leben und Arbeiten auch für die nächsten Generationen

950 attraktiv.

951

952 Gerade die Corona-Pandemie hat uns verdeutlicht, wel-
953 chen Stellenwert die öffentlichen grünen Infrastrukturen,
954 wie Parks, Grünflächen und der öffentliche Raum für ei-
955 ne Stadtgesellschaft haben. Die steigende Flächenknapp-
956 heit darf deshalb nicht einseitig zulasten des Stadtgrüns
957 gehen. **Grünanlagen sind ein Pfeiler der Umweltgerech-**
958 **tigkeit.** Sie tragen zu einem guten Stadtklima bei, neh-
959 men Regenwasser auf und leisten einen Beitrag zur Ar-
960 tenvielfalt in Berlin. Zugleich sind sie ein wichtiger Fak-
961 tor für mehr Lebensqualität in unserer Stadt. Wir wollen,
962 dass die zahlreichen **Parks und Gärten in den Kiezen at-**
963 **traktiv sind** und die Menschen sich gern dort aufhalten.
964 Unsere Parks sollen sicher und sauber sein. Deshalb wer-
965 den wir den **Modellversuch der Parkmanager** verstetigen
966 und nach Vorschlag der Bezirke auf weitere Parks auswei-
967 ten.

968

969 Durch diese und weitere Maßnahmen kann die **Um-**
970 **weltgerechtigkeit** in Berlin verbessert werden. Besonders
971 Menschen mit einem geringen sozialen Statusindex sind
972 überproportional häufig von negativen Umweltfaktoren
973 wie verschmutzter Luft, hoher Lärmbelastung, geringer
974 Verfügbarkeit von wohnortnahmen Grünflächen und einem
975 schlechten Bioklima betroffen. Es ist uns ein dringendes
976 Anliegen, dem entgegenzuwirken.

977

978 Wir werden einen „**Baumwasserdienst**“ einrichten, der
979 die bezirklichen Grünflächenämter in die Lage versetzt,
980 die Bewässerung der Stadtbäume im Sommer durchzu-
981 führen. Auch die Bürger und Bürgerinnen können sich an
982 diesem Baumwasserdienst beteiligen. Dafür wollen wir
983 die vielen Pump-Brunnen ertüchtigen. Sie sollen zentral
984 von den Berliner Wasserbetrieben betreut werden. Die er-
985 folgreiche **Stadtbaumkampagne** werden wir weiterfüh-
986 ren und mit den Bürgerspenden möglichst 2.000 Bäume
987 pro Jahr pflanzen. Wir wollen diese Kampagne auf die
988 Berliner Stadtforsten ausweiten. Bürger und Bürgerinnen
989 können dann auch für Waldbäume spenden und so den
990 klimagerechten Umbau unserer Wälder und das schon
991 laufende Mischwaldprogramm der Berliner Forsten aktiv
992 mit unterstützen.

993

994 Die **Berliner Kleingartenanlagen** wollen wir mit einem
995 Kleingartenflächensicherungsgesetz erhalten. Sie sind
996 mit ihren 2.900 Hektar Gesamtfläche unverzichtbare
997 Stadtoasen, Rückzugsräume und Selbstversorgungsmög-
998 lichkeiten. Die Entwicklung von Kleingärten für Woh-
999 nungsbau und Gewerbe schließen wir aus. Sofern der Bau
1000 von Schulen und Kitas sowie die Daseinsvorsorge eine In-
1001 anspruchnahme von Kleingartenflächen erfordern, ist der
1002 Verlust dieser Gärten möglichst eingriffsnah zu ersetzen.

1003 Wir werden aber auch die anderen Formen des **Gemein-**
1004 **schaftsgärtner** als Ausdruck des bürgerschaftlichen En-
1005 gagements in der Stadt unterstützen, wie beispielsweise
1006 die über 200 Gemeinschaftsgärten, Schulgärten, Mieter-
1007 gärten oder Pflegepatenschaften für öffentliche Grünflä-
1008 chen.

1009

1010 Die **Versorgung mit Trinkwasser** in ausreichender Qualität
1011 und Quantität ist eine essenzielle Lebensgrundlage und
1012 damit eine **Daseinsvorsorge, die ausschließlich in kom-**
1013 **munale Hand gehört.** Anders als viele andere Städte ge-
1014 winnt Berlin sein Wasser aus dem Grundwasser und Ufer-
1015 filtraten auf eigenem Stadtgebiet. Diese Wasserselbst-
1016 versorgung bedingt eine besondere **Sorgfalt gegenüber**
1017 **dem Grundwasser, den Berliner Oberflächengewässern**
1018 **und der Ufernatur.** Unsere Flüsse und Seen müssen sau-
1019 berer werden, indem Direkteinleitungen möglichst unter-
1020 bleiben und das Regenwasser besser zur Bewässerung
1021 des Stadtgrüns genutzt wird. Dazu werden wir die von
1022 der Berliner SPD initiierte bundesweit erste **Regenwasser-**
1023 **agentur** weiter fortführen und stärken. Und mit den Ber-
1024 liner Wasserbetrieben werden wir zusammen dafür sor-
1025 gen, dass **die über 300 öffentlichen Springbrunnen so-**
1026 **wie die Berliner Straßenpumpen wieder funktionieren.**
1027 Im Zeichen des Klimawandels sollen genügend öffentliche
1028 Trinkwasserbrunnen zur Verfügung stehen.

1029

1030 **5.5. Bezahlbare, klimaneutrale Mobilität und gute Lad-** 1031 **infrastruktur**

1032 Wesentlicher Bestandteil des Klimaschutzes ist die Ver-
1033 kehrswende. Dabei steht für uns die Soziale Frage im
1034 Mittelpunkt. **Niemand darf von Mobilität ausgeschlossen**
1035 **werden.** Zur Reduzierung der CO2-Emissionen setzen wir
1036 bei den Verkehrsmitteln insbesondere auf die Ausweitung
1037 des Öffentlichen Personennahverkehrs, mehr und bessere
1038 Fuß- und Radwege und den raschen Ausbau der Elektro-
1039 mobilität.

1040

1041 Wir werden deshalb die **Ladesäulen-Infrastruktur** an öf-
1042 fentlichen Straßen und Parkplätzen in der kommenden
1043 Legislaturperiode massiv ausbauen. Bis 2030 wollen wir
1044 mindestens **20.000 zusätzliche öffentliche Ladepunkte**
1045 schaffen. Wir verbessern die rechtlichen Rahmenbedin-
1046 gungen für die Schaffung privater Ladepunkte.

1047

1048 Zugleich wollen wir in unserer Stadt gezielt die **Alterna-**
1049 **tiven zum eigenen Kraftfahrzeug stärken.** Mit dem bun-
1050 desweit ersten Mobilitätsgesetz hat die Berliner SPD da-
1051 für bereits die notwendige Grundlage geschaffen. Dar-
1052 auf aufbauend wollen wir zu einer klimagerechten und
1053 stadtverträglichen Mobilität gelangen. Hier sollte die Me-
1054 tropolregion mitgedacht werden. Unser **Ziel: Ein starker**
1055 **Umweltverbund**, bestehend aus Radverkehr, Fußverkehr

1056 und einem Öffentlichen Personennahverkehr mit verbes-
1057 serten Anbindungen insbesondere der Außenbezirke und
1058 attraktiveren Taktzeiten. Wir streben die Einführung **des**
1059 **365-Euro-Tickets** an, um so für alle Berlinerinnen und Ber-
1060 liner ein kostengünstiges Angebot zur Nutzung von Bus
1061 und Bahn zu schaffen.

1062

1063 Auch den **Wirtschaftsverkehr** werden wir mit intelligen-
1064 ten Lösungsansätzen wie dem emissionsarmen Transport
1065 von Waren über Verteilerpunkte oder der **Förderung von**
1066 **emissionsfreien Kleintransportern** klimafreundlich wei-
1067 terentwickeln.

1068

1069 **Kapitel 6: Kulturhauptstadt Berlin**

1070

1071 **6.1. Berlin als Kulturmetropole neu beleben und entwi- 1072 ckeln**

1073 Kunst, Kultur und Kreativität sind tragende Säulen der
1074 Hauptstadt und Teil von Berlins Selbstverständnis. Aus-
1075stellungen, Bibliotheken, Clubkultur, Festivals wie die Ber-
1076 linale, Film, freie Szene, Galerien, Gedenkstätten, Indus-
1077 triekultur, Kinos, Chöre, Konzerthäuser, Museen, Musik-
1078 clubs, Tanzkultur, Opern und Theater prägen die **weltwei-
1079 te Strahlkraft** unserer Stadt. Sie alle stehen für unsere of-
1080 fene Gesellschaft und ihren Zusammenhalt.

1081

1082 Gerade in dieser Zeit braucht die Kulturszene aber unse-
1083 re besondere Unterstützung. Wir wollen Berlins einmalige
1084 Kulturlandschaft **neu beleben, sichern, fördern und wei-
1085 terentwickeln**. Die Corona-Pandemie hat die in der Kultur
1086 tätigen Menschen hart getroffen: In den meisten Berei-
1087 chen erlebten sie eine lange währende Einschränkung ih-
1088 rer Auftritts- und Präsentationsmöglichkeiten. Außerhalb
1089 der kulturellen Institutionen hat das vielfach zu Existenz-
1090 not geführt. Um die Folgen der Pandemie aufzufangen
1091 starten wir eine **Kulturoffensive**, die durch einen Sonder-
1092 fonds Anschubfinanzierung geben kann, um zusätzliche
1093 Veranstaltungen in freien Bühnen, Projekträumen, Clubs
1094 und anderen Häusern zu ermöglichen. Hierfür sollen Pro-
1095 gramme des Bundes und des Landes genutzt werden.

1096 Die Pandemie hat aber auch neue Wege der Kulturver-
1097 mittlung aufgezeigt. **Digitale Angebote** bieten der Berli-
1098 ner Kultur einen weiteren Raum für Produktion, Präsen-
1099 tation, Dokumentation und Recherche. Wir wollen privat-
1100 unternehmerische Initiativen wie beispielsweise „United
1101 We Stream“ bestärken und Digitalisierung auch in öf-
1102 fentlichen Einrichtungen fördern. Eine **interaktive Online-
1103 Plattform zur digitalen Präsentation der im Stipendien-
1104 zeitraum geschaffenen Werke** aller Stipendienprogram-
1105 me Berlins soll die Weltoffenheit und Qualität der Kunst
1106 dokumentieren.

1107

1108 Die SPD setzt sich für die Erstellung eines **Stadtentwick-**

1109 **lungsplans Kultur** ein, der einen Rahmen für die Umset-
1110 zung kultureller Aspekte in die Stadtplanung schafft und
1111 konkrete Projekte und Orte für Kultur und Kreativität be-
1112 nennt und bei der Entwicklung von Stadtquartieren mit-
1113 denkt. Dazu gehören der Molkenmarkt, die Alte Münze,
1114 das RAW Gelände, der Holzmarkt, das Dragoner Areal, die
1115 Ufer Hallen, die Urania und andere in Transformations-
1116 prozessen befindliche Leuchttürme und Kulturquartiere
1117 jenseits der institutionell geförderten Kultur. Die Entwick-
1118 lung dieser Kultурorte soll unter Beteiligung unter ande-
1119 rem der freien Szene vorangebracht werden.

1120

1121 **6.2. Kulturelle Bildung und Teilhabe für alle, mit allen**
1122 **und von allen**

1123 Wir stehen für eine **weltoffene Kulturpolitik**, die die Viel-
1124 falt und Diversität der Stadt und ihrer Menschen abbil-
1125 det und zukunftsweisende Offenheit lebt. Wir wollen ei-
1126 ne Kultur für alle, mit allen und von allen. Alle Men-
1127 schen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, Ethnie, Ge-
1128 schlecht, Behinderung, sexuellen Identität oder Religion
1129 sollen Zugang zur Kultur und kulturellen Bildung haben.
1130 Dies fördert die Persönlichkeitsentwicklung und schafft
1131 Raum für kulturelle und soziale Integration. Deshalb **un-**
1132 **terstützen wir den vielfältigen Amateurbereich** wie Chö-
1133 re und Tanzgruppen, und alle anderen niedrigschwelligen
1134 Kulturangebote, die Berlin bereichern. Konkret heißt das
1135 zum Beispiel, das Entstehen eines Deutschen Chorzen-
1136 trums in Neukölln und eines Hauses des Tanzes im ehe-
1137 maligen Schillertheater zu befördern.

1138

1139 Den **Erfolg** staatlicher Kulturinstitutionen wollen wir
1140 **nicht nur über die Auslastung, sondern auch die Breite**
1141 **des erreichten Publikums bemessen**. Hierbei ist uns be-
1142 sonders eine zunehmende Diversität im Hinblick auf so-
1143 ziale Schichten und Publikum mit Migrationshintergrund
1144 wichtig. Wir streben an, Kulturinstitutionen barrierefrei
1145 zugänglich zu machen.

1146

1147 Berlin ist eine Stadt der **Erinnerungskultur**. In und an un-
1148 serer Stadt lässt sich fast alles Gute, aber auch vieles Ver-
1149 werfliche und Menschenverachtende der Deutschen Ge-
1150 schichte ablesen. Daran erinnern die zahlreichen **Gedenk-**
1151 **stätten**, die wir **unterstützen**. Wir setzen uns dafür ein,
1152 dass der **8. Mai als Tag der Befreiung** vom nationalsozialis-
1153 tischen Terror bundesweit zum gesetzlichen Feiertag er-
1154 klärt wird. Auch die Stätten der Erinnerung an die SED-
1155 Diktatur und die Teilung Berlins bedürfen der ständigen
1156 Weiterentwicklung. Das ehemalige Stasigelände in Lich-
1157 tenberg soll zu einem „Campus der Demokratie“ und das
1158 ehemalige Polizeigefängnis in der Keibelstraße soll zu ei-
1159 ner Gedenkstätte entwickelt werden. Wir wollen weiter-
1160 hin unter der Trägerschaft der Stiftung Berliner Mauer am
1161 ehemaligen Checkpoint Charlie ein Museum des Kalten

1162 Krieges aufbauen. Sowohl auf Bezirks- als auch auf Lan-
1163 desebebene unterstützen wir die **Auseinandersetzung mit**
1164 **der deutschen Kolonialgeschichte**, die ebenfalls in Berlin
1165 einen ihrer wesentlichen Ausgangspunkte hat.

1166

1167 Wir wollen die **Bibliotheken stärken und weiterentwi-**
1168 **ckeln**. Sie sollen noch deutlicher ein Treffpunkt der Stadt-
1169 gesellschaft werden, an dem digital und analog gearbei-
1170 tet und debattiert werden kann. Die **Zentral- und Landes-**
1171 **bibliothek (ZLB)** wird nach ihrem Umzug an den Standort
1172 der Amerika-Gedenkbibliothek als **Metropolenbibliothek**
1173 neu eröffnet. Wir wollen, dass sie neue Formate in Sachen
1174 Kulturproduktion, Wissensvermittlung und Teilhabe aus-
1175 probiert und sich über die Erkenntnisse mit den bezirkli-
1176 chen Einrichtungen austauscht.

1177 Berlins Kultur wird von professionellen Kulturschaffenden
1178 geprägt. Aber auch das **ehrenamtliche Engagement** ist
1179 seit über 50 Jahren unter anderem in den gemeinnützigen
1180 **Kunstvereinen** der Stadt lebendig, die wir weiter fördern
1181 wollen.

1182

1183 **6.3. Kulturförderung sichern und lokal ausrichten**

1184 Wir wollen ein **Kulturfördergesetz für Berlin**. Es soll die
1185 kulturellen Potentiale der Stadt zusammen mit den Ak-
1186 teur:innen der Berliner Kulturlandschaft sichern und wei-
1187 terentwickeln. Die staatliche Förderung öffentlicher Kul-
1188 tureinrichtungen wie auch die Subventionierung privater
1189 Institutionen soll auf Basis von regelmäßigen Evaluatio-
1190 nen erfolgen. **Kultur** ist für Berlin nicht nur gesellschaftli-
1191 ches Fundament, sondern auch ein wichtiger **Wirtschafts-**
1192 **faktor**. Erst recht nach der Schwächung durch die Pandemie
1193 werden wir die **Ausgaben für Kultur sichern, Arbeits-**
1194 **plätze im Kulturbereich verbessern, freie Strukturen stär-**
1195 **ken** und die institutionellen Strukturen im Kulturbetrieb
1196 transparent und verbindlich gestalten.

1197

1198 Kultur ist so stark wie sie lokal verankert ist. **Die SPD**
1199 **räumt dem kulturellen Angebot in den Bezirken eine star-**
1200 **ke Rolle ein**. Die bezirklichen Bibliotheken, Musikschulen,
1201 Volkshochschulen sowie Kulturhäuser, Museen und Thea-
1202 ter leisten unverzichtbare Arbeit und sind für eine flächendeckende kulturelle Versorgung der Bevölkerung und
1203 zur Förderung von interkultureller Bildung von besonderer
1204 Bedeutung. Die SPD in Berlin wird die **bezirkliche Kultur-**
1206 **politik weiter unterstützen** und zusammen mit den Kulturverantwortlichen in den Bezirken neue Wege für eine
1208 gesicherte Kulturförderung entwickeln.

1209

1210 Wir werden uns in besonderer Weise und mit all unserer
1211 Kraft für die Kultur einsetzen. Sie ist für die Wahrnehmung
1212 Berlins und die kulturelle Integration von herausragender
1213 Bedeutung. Für uns soll Berlin nicht nur die Hauptstadt,
1214 sondern auch eine Kulturmetropole für alle sein.

1215

1216 **Kapitel 7: Gesundheitsstadt Berlin**

1217

1218 **7.1. Erstklassige medizinische Versorgung**

1219 Gesundheit ist ein Menschenrecht, dieses hohe Gut muss
1220 geschützt werden. Es ist eine der elementaren staatli-
1221 chen Aufgaben, eine auskömmliche Versorgung sowie
1222 vorsorglichen Gesundheitsschutz sicherzustellen. Die Ber-
1223 liner SPD setzt sich für ein gut funktionierendes und leis-
1224 tungsfähiges Gesundheitssystem ein. Die Gesundheits-
1225 wirtschaft in der Metropolregion wollen wir insgesamt
1226 stärken.

1227

1228 Die Verteilung der Arztpraxen in Berlin folgt nicht über-
1229 all dem Bedarf in den Stadtteilen. Auch wenn in den letz-
1230 ten Jahren eine Verschiebung in Gebiete mit geringerem
1231 Versorgungsgrad gelang, muss weiter gesteuert werden.
1232 Wir wollen die „**Kombi-Praxis mit Sozialberatung**“ aus-
1233 weiten. Vielfach sind mit gesundheitlichen auch soziale
1234 Probleme verbunden. In schlechter versorgten Quartieren
1235 wollen wir mit den “Kombi-Praxen” vernetzte Angebo-
1236 te schaffen, nach dem Beispiel erweiterter medizinischer
1237 Versorgungszentren (MVZ).

1238

1239 Menschen ohne Krankenversicherungsschutz müssen
1240 leichteren Zugang zum Versorgungssystem erhalten. Da-
1241 für wollen wir die **Berliner Clearingstelle verstetigen und**
1242 **ausbauen**. Sie berät Menschen ohne Krankenversiche-
1243 rungsschutz und übernimmt die Kosten für notwendige
1244 medizinische Behandlungen.

1245

1246 Für eine stabile und allen zugängliche Gesundheitsversor-
1247 gung Berlins sind **Krankenhausinvestitionen** unerlässlich.
1248 Deshalb werden wir die eingeleitete Trendwende in der
1249 Krankenhausfinanzierung fortführen. Investitionen in un-
1250 sere Krankenhäuser bedeuten bessere Ausstattung im In-
1251 teresse der Patient:innen, moderne Medizintechnik und
1252 bessere Arbeitsbedingungen. Wir werden die kommunal-
1253 len Krankenhäuser Charité und Vivantes als wichtige Säu-
1254 le der Krankenhausversorgung in der Metropolregion aus-
1255 bauen. Mit der gesteigerten Investitionsförderung haben
1256 wir uns 2021 erstmalig dem laufenden Investitionsbedarf
1257 angenähert. Wir wollen die „**Klinikoffensive“ in einem 10-**
1258 **Jahres-Programm in der kommenden Wahlperiode fort-**
1259 **setzen**. Unser Ziel ist eine auskömmliche Finanzierung der
1260 Krankenhäuser und ihrer Vorhaltekosten, die eine qua-
1261 litativ hochwertige und barrierefreie Versorgung, tarifli-
1262 che Löhne für die Beschäftigten und eine wirtschaftliche
1263 Betriebsführung sicherstellt. Deshalb setzen wir uns im
1264 Bund für die Abkehr vom heutigen Fallpauschalensystem
1265 ein.

1266

1267 **Moderne und digitale Lösungen** sollen in allen Bereichen

1268 unserer Versorgung die **Versorgungsqualität verbessern**.
1269 Wir führen die begonnene **Initiative Pflege 4.0** fort, die
1270 mehr digitale und technologische Lösungen in den Pflege-
1271 alltag bringt. So erleichtern und verlängern wir den Pfle-
1272 gebedürftigen das selbstbestimmte Leben im eigenen Zu-
1273 hause.

1274

1275 In Altenpflege und Seniorenwohnanlagen werden wir die
1276 Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte für deren Be-
1277 wohner:innen und Vertreter:innen weiterhin umsetzen.

1278

1279 Der **Öffentliche Gesundheitsdienst** hat in der Corona-
1280 Pandemie Herausragendes geleistet. Wir werden in der
1281 kommenden Wahlperiode den Öffentlichen Gesundheits-
1282 dienst weiter **ausbauen und modernisieren**. Dafür wird
1283 das bundesweit beispielgebende Berliner **Mustergesund-
1284 heitsamt weiterentwickelt**. Zur Umsetzung dessen wird
1285 der Personalaufbau fortgesetzt. Mit dem begonnenen
1286 **IT-Zukunftsprojekt** werden die Gesundheitsämter konse-
1287 quent digitalisiert. In einem bundesweiten Pandemiefall
1288 ist landesweit abgestimmtes Handeln notwendig. Hier-
1289 für sind steuernde Strukturen mit mehr Kompetenzen
1290 auf Landesebene zu schaffen. Gesundheitspolitik bedeu-
1291 tet für uns nicht nur, kranke Menschen zu versorgen, son-
1292 dern dafür zu sorgen, dass Menschen ihre Gesundheit
1293 erhalten. Daher werden wir die Präventionsziele Bewe-
1294 gung und Ernährung immer im Blick haben. Außerdem
1295 werden wir gezielt Ernährungskurse für Kitas und Schu-
1296 len ausbauen, sodass Gesundheitsbewusstsein schon von
1297 klein auf entstehen kann. Wir werden kostenlose, nied-
1298 rigschwellige und barrierefreie Bewegungsangebote für
1299 Jung und Alt in der Stadt ausbauen und allen Berliner:in-
1300 nen digital zugänglich machen.

1301

1302 Die **Präventionsinitiative „Berlin Bewegt Sich“** wird flä-
1303 chendeckend umgesetzt und aus den Parks heraus mit
1304 Bewegungsangeboten der Bezirke vernetzt. Wir werden
1305 weitere Maßnahmen prüfen, um mehr Menschen mit Prä-
1306 ventionsangeboten zu erreichen. In den Schulen in sozial-
1307 len Brennpunkten wird das Thema Prävention im Schulall-
1308 tag durch **Schulgesundheitskräfte** gefördert. Dafür star-
1309 ten wir ein Modellprojekt.

1310

1311 Unser Ziel bleibt es weiterhin, AIDS zu beenden. Wir set-
1312 zen uns gegen Stigmatisierung und Diskriminierung HIV-
1313 Infizierter ein.

1314

1315 Um eine gerechte Finanzierung für alle Bürgerinnen und
1316 Bürger entsprechend ihrem Einkommen zu schaffen, wird
1317 sich die SPD Berlin auf Bundesebene weiter für die Einfüh-
1318 rung einer **Burgerversicherung für Gesundheit und Pfle-
1319 ge** einsetzen. Echte Versorgungsgerechtigkeit für alle Ber-
1320 liner:innen bleibt unser Ziel.

1321

1322 **7.2. Medizinischer Forschungs- und Unternehmens-**
1323 **standort Berlin**

1324 Berlin ist in der Wissenschaft und Forschung exzellent. Die
1325 Berliner SPD wird **Wissenschaft in der Medizin und Pfle-**
1326 **ge stärken**. Sowohl universitäre als auch außeruniversi-
1327 täre Einrichtungen werden gemeinsam mit stationären
1328 und ambulanten Versorgungsbereichen und dem Öffent-
1329 lichen Gesundheitsdienst in einer **Allianz „Versorgungs-**
1330 **forschung und Translation“** zusammengebracht. Die aktu-
1331 ellen Herausforderungen der Versorgung werden aus der
1332 Praxis heraus identifiziert und in Forschungsaufträge ein-
1333 gespeist. Wissenschaftlicher Fortschritt muss in Form von
1334 neuen Diagnose- und Therapieformen in der breiten Ver-
1335 sorgungspraxis über alle Sektoren hinweg, gerade in den
1336 landeseigenen Krankenhäusern Vivantes und Charité an-
1337 kommen.

1338

1339 Berlin hat gute Voraussetzungen, eine führende Rolle in
1340 der Gendermedizin zu übernehmen. Dies muss sich so-
1341 wohl in der Medizin- und Medikamentenforschung als
1342 auch in der gendersensiblen Behandlung von Patienten
1343 durch medizinisches Personal und in der Medikamenten-
1344 versorgung niederschlagen.

1345

1346 **7.3. Verlässliche Gesundheits- und Pflegeberufe**

1347 Das professionelle **Gesundheits- und Pflegepersonal ist**
1348 **das Rückgrat für eine bedarfsgerechte gesundheitliche**
1349 **Versorgung**. Dem spürbaren Fachkräftemangel haben wir
1350 unter anderem mit dem „**Berliner Pakt für die Pflege**“
1351 entgegengewirkt. Diesen Weg werden wir weiterverfol-
1352 gen und die **Ausbildungszahlen und Studienplätze für al-**
1353 **le Gesundheits- und Pflegeberufe deutlich erhöhen** und
1354 am Personalbedarf orientieren. Auch die Anzahl der **Stu-**
1355 **dienplätze für Lehrkräfte** wird dem Bedarf angepasst und
1356 ein berufsbegleitendes Studium angeboten. Die Arbeits-
1357 bedingungen von Lehrkräften müssen attraktiver gestal-
1358 tet werden, damit sich mehr Menschen entscheiden, die
1359 Fachkräfte von morgen auszubilden.

1360

1361 Berlin wird einen **Ausbildungsgang „Pflegefachassistent“**
1362 entwickeln, der auf Grundlage der generalistischen Pfle-
1363 geausbildung anschlussfähig ist. Ziel ist ein durchlässiges
1364 und nach Möglichkeit bundesweit koordiniertes Ausbil-
1365 dungssystem, von der Assistenzausbildung bis zum Stu-
1366 dium. Durch den besseren Qualifikationsmix und besse-
1367 re Arbeitsteilung werden Fachkräfte spürbar entlastet.
1368 Auch wollen wir im Rahmen der Ausbildungsförderung
1369 mit Bundesprogrammen und Landesprogrammen die **Teil-**
1370 **zeitausbildung verstärken**. Wir werden den **Baustein Ge-**
1371 **sundheitsberufe in die Berufs- und Studienorientierung**
1372 **fest verankern** und die gestartete Initiative „**Pflege deine**
1373 **Zukunft**“ verstetigen.

1374

1375 Eine ausreichende Hebammenversorgung ist eine der
1376 zentralen Voraussetzungen für eine gute und selbstbe-
1377 stimmte Geburt, eine verlässliche Betreuung im Wochen-
1378 bett und für einen gesunden Start ins Leben. Damit das
1379 gewährleistet werden kann, setzt sich das Land Berlin auf
1380 Bundesebene für eine bessere Vergütung von Hebammen,
1381 insbesondere für eine Erhöhung der Wochenbettpauscha-
1382 le, ein.

1383

1384 Wir unterstützen Pflegefachkräfte und andere Gesund-
1385 heitsberufe bei ihrem **Kampf für gerechte Bezahlung, gu-**
1386 te Arbeitsbedingungen und die Einführung von Tarifbin-
1387 dungen. In den landeseigenen Krankenhäusern erwarten
1388 wir in allen Konzernteilen eine Tarifstruktur auf branchen-
1389 üblichem Niveau, inklusive einer Gleichbezahlung aller
1390 für gleiche Arbeit. Entgeltgrundsätze statt Tarif lehnen wir
1391 ab. Wir unterstützen Entlastungstarifverträge in der Pfle-
1392 ge und stehen für eine bedarfsgerechte Personalbemes-
1393 sung in den Krankenhäusern. Die landeseigenen Kranken-
1394 häuser Vivantes und Charité haben hierbei eine Vorbild-
1395 funktion, zum Beispiel bei der Etablierung von flexiblen
1396 familienfreundlichen Arbeitszeitmodellen wie den Eltern-
1397 diensten.

1398

1399 **7.4. Unterstützung von pflegenden Angehörigen**

1400 Pflegende Angehörige sind eine tragende Säule der Ver-
1401 sorgung von Pflegebedürftigen und müssen dringend ent-
1402 lastet werden. Wir unterstützen sie, indem wir **Anreize**
1403 **für mehr Kurzzeitpflegeangebote** schaffen. Auf Landes-
1404 ebene bauen wir mit öffentlichen Mitteln mehr stationä-
1405 re Pflegeeinrichtungen, **Pflegewohngemeinschaften und**
1406 **generationsübergreifende und innovative Wohnprojekte.**
1407 Außerdem stärken wir in unserer multikulturellen Stadt
1408 auch **kultursensible (Tages-)Pflegeangebote.**

1409

1410 Prävention kann Pflegebedürftigkeit hinauszögern. Durch
1411 das **Modellprojekt „Präventiver Hausbesuch“** werden Hil-
1412 febedarfe frühzeitig erkannt und mit Unterstützung ver-
1413 knüpft. Diese Angebote werden wir ausweiten. Die erfolg-
1414 reichen **Pflegestützpunkte** werden weiterentwickelt, digi-
1415 talisiert sowie personell und interkulturell gestärkt. Die
1416 **Kontaktstelle Pflegeengagement** wollen wir verstetigen.
1417 Besondere Unterstützung ist bei demenziell erkrankten
1418 Pflegebedürftigen notwendig: deshalb machen wir **Berlin**
1419 **zur „demenzfreundlichen Kommune“**. Wir wollen die be-
1420 währten **Altenhilfe-Koordinatoren/innen der Bezirke wei-**
1421 **ter ausbauen.**

1422

1423 Um die Lebensleistung der Menschen anzuerkennen, aber
1424 auch um Sozialhilfe-Bedürftigkeit im Pflegefall zu vermei-
1425 den, setzen wir uns auf Bundesebene weiter für volle Leis-
1426 tungsansprüche in einer **Pflegevollversicherung** ein. Wir

1427 wollen die **Vereinbarkeit von Pflege und Beruf noch stär-
1428 ker fördern**. Wir werden uns auf der Bundesebene für ein
1429 Familienpflegegeld für pflegende Angehörige analog zum
1430 Elterngeld einsetzen. Es ist Zeit für ein modernes **Familien-
1431 pflegezeitgesetz**.

1432

1433 **Kapitel 8: Sportstadt Berlin**

1434

1435 **8.1. Sport für alle ermöglichen**

1436 Sport ist für viele Berlinerinnen und Berliner Teil ihres Le-
1437 bens. Über 670.000 treiben Sport im Verein. Darüber hin-
1438 aus üben viele in kommerziellen Studios oder individuell
1439 ihren Sport aus. Für uns ist klar: **Sport ist für alle da. Sport
1440 treiben darf weder an finanzieller Not scheitern, noch dar-
1441 an, dass es nicht ausreichend Sportflächen gibt**. Unabhän-
1442 gig von Alter, Behinderung, Bildungsstand und Berufen,
1443 Religion, Herkunft, sexueller Identität treiben Menschen
1444 miteinander Sport, insbesondere in den über 2.500 Berli-
1445 ner Sportvereinen.

1446

1447 Der **Sport im Verein** hat für uns eine **hohe Bedeutung**, da
1448 gemeinnützige Sportvereine im Unterschied zu kommer-
1449 ziellen Sportanbietern sicherstellen können, dass Sport
1450 für alle bezahlbar bleibt. Der Verein lebt vom **ehrenamt-
1451 lichen Engagement** seiner Mitglieder. Dieses Engagement
1452 wollen wir **unterstützen** und stärken. Deshalb fördern wir
1453 den organisierten Sport besonders und stellen auch wei-
1454 terhin sicher, dass gebührenfrei Zeiten in Sporthallen, auf
1455 Sportplätzen und in Hallenbädern für Vereine zur Verfü-
1456 gung stehen.

1457

1458 Unser Motto lautet „Sport von Anfang an“. Mit **Bewe-
1459 gungsangeboten in der Kita, mit sportbetonten Grund-
1460 und weiterführenden Schulen und mit hervorragenden
1461 Eliteschulen** des Sports, in denen Kinder und Jugendliche
1462 die beste sportliche Ausbildung und gleichzeitig eine her-
1463 vorragende Schulbildung vermittelt bekommen.

1464

1465 Immer stärker wird Sport auch gemeinsam von Menschen
1466 mit und ohne Behinderungen ausgeübt. Der Sport kann
1467 für eine inklusive Gesellschaft Vorbild sein und jede **För-
1468 derung des inklusiven Sports** stärkt den gesellschaftlichen
1469 Zusammenhalt. Wir freuen uns auf die Durchführung der
1470 Special Olympics World Games Berlin 2023, der weltweit
1471 größten inklusiven Sportveranstaltung. Wir wollen mit
1472 dem Geist des Sports zeigen, wie wertvoll Inklusion für al-
1473 le sein kann.

1474

1475 Jedes Kind in Berlin soll schwimmen können. Deshalb un-
1476 terstützen wir die **Einrichtung von Schulschwimmzentren**
1477 und die Zusammenarbeit von Schul- und Sportvereinen
1478 mit der Ausweitung von Schwimm- und Beckenzeiten,
1479 auch durch Schaffung neuer Wasserflächen. Gemeinsam

1480 mit der Sportjugend, dem Berliner Schwimmverband und
1481 engagierten Vereinen sorgen wir dafür, dass alle Kinder
1482 ein Angebot bekommen, das Schwimmabzeichen in den
1483 Ferien zu machen, die das Ziel im Unterricht nicht errei-
1484 chen konnten.

1485

1486 Analog zur **Schwimmausbildung** werden wir mit Schulen
1487 und Vereinen attraktive Angebote für Kinder machen, ihre
1488 **Fertigkeiten beim Fahrradfahren** zu verbessern, Verkehrs-
1489 regeln zu erlernen und sich sicher im Straßenverkehr zu
1490 bewegen. Auch sicheres Radfahren ist in der Großstadt ei-
1491 ne Grundfertigkeit, die jedes Kind beherrschen soll.

1492

1493 Der **Berliner Sport** steht als **Gesundheitsanbieter** an erster
1494 Stelle. Ausreichende Bewegung und Sport fördern genera-
1495 tionsübergreifend die Gesundheit. Deshalb brauchen wir
1496 mehr Bewegungsräume in unseren Stadtquartieren. Der
1497 **Rehabilitationssport** fördert die Wiedereingliederung und
1498 Teilhabe von Menschen, die von einer Behinderung betrof-
1499 fen oder bedroht sind. Beide Bereiche wollen wir im Sinne
1500 einer „**bewegten Stadt**“ stärker in den Blick nehmen und
1501 unterstützen.

1502

1503 **8.2. Sportflächen sichern und entwickeln**

1504 In den letzten Jahren sind die Bevölkerungszahl und die
1505 Zahl der Sporttreibenden gestiegen, die Zahl der Sportan-
1506 lagen hat damit nicht Schritt gehalten. Das muss sich än-
1507 dern. Durch die **Schulbauoffensive werden rund 400 neue**
1508 **Hallenteile** entstehen. Sportflächen müssen in neu ent-
1509 stehenden Stadtquartieren ebenso neu errichtet werden
1510 wie mit einem „**Band des Sports**“ auf dem ehemaligen
1511 **Flughafen Tegel**.

1512

1513 Wir stocken die Sanierungsmittel für die Bezirklichen
1514 Sportstätten auf. Das Vereinsinvestitionsprogramm wird
1515 fortgeführt und insbesondere auch für kleinere Vereine
1516 ermöglicht. Vorgaben des Lärm- und des Denkmalschut-
1517 zes bedürfen einer konstruktiven Überarbeitung, damit
1518 die Nutzung von Sportflächen auch bei heranrückender
1519 Bebauung möglich bleibt und insbesondere die **barriere-
1520 freie Sanierung von Anlagen** erleichtert wird. Drei gro-
1521 ße Sportanlagen dieser Stadt verwaltet das Land Ber-
1522 lin selbst: Den **Jahn-Sportpark sanieren und entwickeln**
1523 wir. Im **Sportforum Hohenschönhausen** sind Investitionen
1524 notwendig, bei denen Bund und Land gemeinsam gefor-
1525 dert sind: Unser **Olympiastützpunkt** soll ein **nationales**
1526 **Spitzensportzentrum** werden. Auch in den **Olympiapark**
1527 **investieren** wir massiv mit dem Ziel, ihn attraktiver für die
1528 umliegenden Nachbarschaften sowie Sporttreibende aus
1529 der Stadt zu machen.

1530 Mit einem Bädervertrag bekennen wir uns zur **auskömm-
1531 lichen Finanzierung der Berliner Bäder und zum schritt-
1532 weisen Abbau des Sanierungsstaus** an unseren über 60

1533 Bäderstandorten. Den Bau der Multifunktionsbäder in
1534 Pankow und Mariendorf schließen wir in der kommenden
1535 Wahlperiode ab. Weitere Versorgungsunterschiede glei-
1536 chen wir aus. Am Standort Spandau-Süd sowie im Osten
1537 der Stadt sollen weitere Wasserflächen entstehen, um den
1538 steigenden Bedarf zu decken.

1539

1540 Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, einen „**Goldene-
1541 nen Plan Sportstätten“ neu aufzulegen und bundesweit**
1542 über zehn Jahre jeweils eine Milliarde Euro in kommunale
1543 Sportstätten zu investieren.

1544

1545 **8.3. Sportmetropole Berlin weiterentwickeln**

1546 Berlin gehört zu den **weltweit größten Sportmetropolen**.
1547 Der Berlin-Marathon, der Velothon, das Sechstagerennen
1548 oder das Internationale Stadionfest (ISTAF) sind ebenso
1549 Aushängeschilder wie Hertha BSC und 1.FC Union Berlin,
1550 ALBA, die Füchse, die Volleys, die Eisbären, der Tischten-
1551 nis Club Eastside oder die Wasserfreunde Spandau. Über
1552 140 Bundesliga-Teams und viele **Leistungssportler:innen**
1553 repräsentieren unsere Stadt. Ihre Wettkämpfe und Ver-
1554 anstaltungen ziehen Besucherinnen und Besucher an –
1555 und sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Sie wollen wir
1556 **fördern und unterstützen**. Angebote für eine duale Kar-
1557 rriere wollen wir erweitern. **Wir wollen auch in Zukunft**
1558 **große Sportereignisse nach Berlin holen**. Aber auch der
1559 Amateur- und Freizeitsport ist ein wichtiger Bestandteil
1560 unserer Stadtgesellschaft. Beide Bereiche unterstützen
1561 wir.

1562

1563 Wir unterstützen die Idee von **Hertha BSC, ein eigenes**
1564 **Fußballstadion zu errichten**. Senat und Hertha sind auf-
1565 gefordert, einen unter den Aspekten von Erreichbarkeit
1566 und Lärmschutz geeigneten Standort zu ermitteln. Dazu
1567 gehört auch ein nachhaltiges Nutzungskonzept für das
1568 Olympiastadion.

1569

1570 **Wo Sportflächen dauerhaft aufgegeben werden**, wollen
1571 wir eine **Pflicht zur Ausweisung von Ersatzflächen** recht-
1572 lich verankern.

1573

1574 **TEIL II – Bauen, Wohnen und Verkehr**

1575 Berlin ist eine wachsende, geschäftige und weltoffene
1576 Metropole. Gleichzeitig besteht die Stadt aus ihren vielen
1577 Kiezen, in denen wir Berlinerinnen und Berliner zu Hause
1578 sind. Wir wollen dafür sorgen, dass es auch zukünftig aus-
1579 reichend bezahlbaren Wohnraum und schnelle Verkehrs-
1580 verbindungen in allen Teilen Berlins gibt. Wir bauen heute
1581 das sozial gerechte Berlin von morgen, das auch den kom-
1582 menden Generationen gerecht wird.

1583

1584 In den vergangenen fünf Jahren hat Berlin fast 250.000
1585 Einwohnerinnen und Einwohner dazugewonnen. Die er-

1586 höchste Nachfrage nach Wohnraum bei zu geringem Neu-
1587 bau treibt die Mieten in die Höhe. Verstärkt wird dies
1588 durch den Druck der Finanzmärkte, für die Wohnimmobi-
1589 lien eine renditesichere Geldanlage sind. Viele Menschen
1590 haben Angst, ihr Zuhause zu verlieren und aus ihrem Kiez
1591 verdrängt zu werden, weil sie keine Wohnung mehr fin-
1592 den, die sie sich leisten können. Dem stellen wir uns mit
1593 dem **Neubau und der Sicherung von bezahlbarem Wohn-**
1594 **raum, mit dem konsequenten Schutz von Mieter:innen**
1595 **und mit einer aktiven, sozialen und vorausschauenden**
1596 **Bodenpolitik.**

1597

1598 Beim Neubau kommt es nicht nur auf die Häuser an, son-
1599 dern auch auf die **Planung und Bereitstellung der not-**
1600 **wendigen Verkehrswägen**. Dafür werden wir den Ausbau
1601 des öffentlichen Nahverkehrs weiter vorantreiben. Neue
1602 U-Bahnlinien, mehr Züge, mehr Radwege, aber auch funk-
1603 tionierende Straßen und Brücken gehören zu einer sozi-
1604 al gerechten Stadtentwicklung dringend dazu. Wir wer-
1605 den den Wohnungsbau und die Verkehrsplanung wieder
1606 besser verzähnen und ein klimafreundliches Berlin schaf-
1607 fen. Die SPD steht für eine Politik der offenen und soli-
1608 darischen Stadt für alle Menschen, unabhängig von Ein-
1609 kommen, Herkunft, Alter, Behinderung, Geschlecht oder
1610 Wohnort.

1611

1612 All die genannten Herausforderungen erfordern außer-
1613 dem eine Vertiefung und Intensivierung der Zusam-
1614 menarbeit mit dem Land Brandenburg und den über
1615 50 Umlandgemeinden, mit denen wir eine gemein-
1616 same Stadtentwicklungs- und Mobilitätsstrategie so-
1617 wie kleinräumige themenübergreifende Entwicklungs-
1618 konzepte entlang der S-Bahn- und Regionalbahnstrecken
1619 (Achsenkonzepte) zur Weiterentwicklung einer **gemein-**
1620 **samen Hauptstadtregion** erarbeiten werden. So wird es
1621 uns gelingen, Berlin und sein Umfeld im kommenden
1622 Jahrzehnt zu einer **solidarischen, nachhaltigen, freien und**
1623 **offenen Spreemetropole** zu entwickeln und eine Mobili-
1624 tätswende für eine gesündere Stadt herbeizuführen.

1625

1626 **Kapitel 1: Wohnungsbau für bezahlbare Mieten**

1627

1628 **1.1. Neubaupolitik für Berlin**

1629 Berlin soll eine Stadt bleiben, die Platz für alle bietet. Es ist
1630 unser Fürsorgeauftrag für Berlin, ein bezahlbares und aus-
1631 reichendes Wohnungsangebot zu schaffen und zu bewah-
1632 ren. Verantwortungsvolle Stadtentwicklungsstrategie muss
1633 dafür sorgen, dass alle Menschen in der Stadt bezahlbaren
1634 und lebenswerten Wohnraum finden. Die eigene Woh-
1635 nung ist Mittelpunkt des Lebens in einer lebenswerten
1636 Stadt. Daher stärken wir die soziale Mieten- und Woh-
1637 nungspolitik.

1638

1639 Wir werden **ausreichende Planungskapazitäten in der**
1640 **Verwaltung** sicherstellen und ein **Anreizsystem für zügige**
1641 **Planungsverfahren** schaffen. Jedes größere Bauvorhaben
1642 wird vom Senat beobachtet werden, um eine schnelle Rea-
1643 lisierung zu ermöglichen. Wir wollen effizientere Bauge-
1644 nehmigungsverfahren und mit allen verfügbaren Instru-
1645 menten eine schnelle Realisierung von Wohnungsbauvor-
1646 haben erreichen. Die bisherigen Planungsziele werden wir
1647 ausweiten, um ausreichend Baupotentiale für die nächs-
1648 ten Jahre zu sichern. Wir werden auch den steigenden Be-
1649 darf an barrierefreiem Wohnen in einem inklusiven Sozi-
1650 alumfeld berücksichtigen.

1651

1652 Die **landeseigenen Wohnungsunternehmen** sind die
1653 wichtigsten Partner beim Bau bezahlbarer Wohnungen.
1654 Sie sollen bis 2030 über **70.000 Wohnungen** zusätzlich
1655 errichten. Gemeinsam mit genossenschaftlichem und
1656 privatwirtschaftlichem Wohnungsbau wollen wir bis
1657 2030 **insgesamt 200.000 neue Wohnungen** in Berlin bau-
1658 en. Wir werden die Wohnungsgesellschaften dabei
1659 wirtschaftlich unterstützen, vor allem durch die Vergabe
1660 städtischer Grundstücke und bei den Planverfahren.
1661 Zudem werden die Wohnungsunternehmen Bestands-
1662 wohnungen ankaufen. Mindestens 400.000 Wohnungen
1663 sollen schon im Jahr 2026 in öffentlicher Hand sein.
1664 Unser Ziel sind 500.000 landeseigene Wohnungen in den
1665 2030er-Jahren.

1666

1667 **Berlins Genossenschaften** haben zuletzt jährlich nur et-
1668 wa 600 Neubauwohnungen errichtet. Die SPD wird die
1669 Genossenschaften unterstützen, jährlich über 1.000 Woh-
1670 nungen zu bauen. Dazu gehört auch die **unbürokratische**
1671 **Vergabe von preiswerten Erbbaurechten** an landeseige-
1672 nen Wohnbauflächen zu Gunsten von Genossenschaften.

1673

1674 **Private Bauherren** haben zuletzt 75 Prozent der Neubau-
1675 vorhaben in Berlin getragen und sind für die Realisierung
1676 der Neubauziele unverzichtbar. Die SPD will ein Bündnis
1677 mit allen, die an einer Beschleunigung des Wohnungs-
1678 baus und einer sozialen Wohnraumversorgung verant-
1679 wortungsbewusst mitwirken. Das von der SPD eingeführ-
1680 te „**Berliner Modell der kooperativen Baulandentwick-
1681 lung**“ bei Aufwertung von privaten Grundstücken durch
1682 öffentliche Planung und die Wohnungsbauförderung er-
1683 möglichen in großem Umfang den Bau preiswerter Woh-
1684 nungen und die Finanzierung von Infrastruktur durch Pri-
1685 vate. Die SPD wird für die effiziente Anwendung des Mo-
1686 dells und zügige Bebauungsplanverfahren sorgen.

1687

1688 Wir werden das „**Berliner Modell der kooperativen Bau-
1689 landentwicklung**“ weiterentwickeln und stärken. Soziale
1690 Belegungsbindungen sollen künftig auch im Fall von Be-
1691 freiungen von planerischen Festsetzungen durchgesetzt

1692 werden. Im Regelfall wollen wir dabei eine **Sozialbauquo-**
1693 **te von 30 Prozent** durchsetzen. Darüber hinaus wollen wir
1694 Quoten für mittlere Einkommen festlegen, damit es nicht
1695 nur Luxuswohnungen einerseits und Sozialwohnungen
1696 andererseits gibt. Dafür entwickeln wir landeseinheitliche
1697 Vorgaben.

1698

1699 Berlin hat sich den Bau **16 neuer großer Stadtquartiere**
1700 mit insgesamt 50.000 Wohnungen vorgenommen. In den
1701 vier Quartieren Adlershof, Europacity, Wasserstadt Span-
1702 dau sowie Schöneberger Linse wurde damit begonnen.
1703 10.000 Wohnungen sind hier bislang realisiert worden.
1704 Die SPD wird zügig Baubeginne in den weiteren Quartie-
1705 ren ermöglichen, hier wird ein Großteil des Neubaus statt-
1706 finden. Daneben benötigt Berlin **zusätzliche Städtebau-**
1707 **projekte**, vor allem auf größeren landeseigenen Flächen,
1708 deren Vorbereitung wir frühzeitig anstoßen, damit für gu-
1709 te Planung und Bürgerbeteiligung genug Zeit ist.

1710

1711 Der Erfolg beim Wohnungsbau hängt auch von vielen Pro-
1712 jekten auf kleineren Grundstücken, von **Nachverdichtung**
1713 **und Aufstockung** ab, die meist keine neue Erschließung
1714 und Infrastruktur erfordern und konsequent zu unterstüt-
1715 zen sind. Gerade die Überbauung von Discountern mit
1716 Wohnraum ist hier ein wichtiger Schritt.

1717

1718 Wir wollen das Tempelhofer Feld als grüne Lunge in der
1719 Stadt erhalten. Die SPD steht dem **Wohnungsbau auf aus-**
1720 **gewählten Randflächen des Tempelhofer Feldes** offen ge-
1721 genüber. Dabei wollen wir den Erhalt von Freiflächen zur
1722 Erholung und Bewegung sicherstellen. Der Bau von be-
1723 zahlbarem Wohnraum und der Erhalt von öffentlichen
1724 Grünflächen müssen sorgfältig miteinander abgewogen
1725 werden. Die Entscheidung darüber obliegt jedoch letztlich
1726 den Berlinerinnen und Berlinern. Wir werden deshalb ei-
1727 ne Diskussion mit der Stadtgesellschaft darüber führen
1728 und sind für einen **zweiten Volksentscheid** offen. Sollte
1729 es eine Mehrheit für eine Randbebauung mit Wohnungen
1730 und sozialer Infrastruktur geben, ist es für uns zwingend,
1731 dass die Flächen nur für **Wohnungsbau durch die landes-**
1732 **eigenen Wohnungsunternehmen und Genossenschaften**
1733 genutzt werden. Wir werden zudem einen dauerhaften
1734 Gedenk- und Lernort zur NS-Geschichte unter Einbezug
1735 des aktuellen Forschungsstandes errichten.

1736

1737 **1.2. Bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum schaf-**
1738 **fen**

1739 Wir schaffen neue Sozialwohnungen für Berlin. Dafür ha-
1740 ben wir 2014 die **Wohnungsbauförderung** wieder einge-
1741 führt und seitdem ständig erhöht, ab 2021 werden 5.000
1742 Wohnungen jährlich gefördert. Wir wollen die Förderung
1743 weiter verbessern. Zugleich fordern wir den Bundesge-
1744 setzgeber auf, eine zeitlich unbegrenzte Bindung von Sozi-

1745 alwohnungen zu ermöglichen. Wohnungen, deren Bau öf-
1746 fentlich gefördert wurde, müssen als sozialer Wohnraum
1747 erhalten bleiben.

1748

1749 Bei der Versorgung mit Wohnraum haben wir insbesonde-
1750 re auch die Menschen im Blick, die es am Wohnungsmarkt
1751 besonders schwer haben. Wir werden daher das von der
1752 SPD im Jahr 2014 aufgelegte **Neubauprogramm für Stu-**
1753 **dierende und Auszubildende** beschleunigen und so jun-
1754 gen Menschen mit geringen Einkommen helfen. Wir un-
1755 terstützen auch die sozialen Träger bei der Wohnraum-
1756 suche für ihre Zielgruppen. Der Bedarf an **barrierefreien**
1757 **und rollstuhlgerechten Wohnungen** für Seniorinnen und
1758 Senioren und Menschen mit Behinderungen steigt. Wir
1759 werden dafür sorgen, dass es ein Monitoring über die
1760 barrierefreien Wohnungen bei den landeseigenen Woh-
1761 nungsunternehmen gibt, um diese Wohnungen bedarfs-
1762 bezogen vergeben zu können. Wir setzen uns zudem da-
1763 für ein, dass Barrierefreiheit nicht nur beim Neubau von
1764 Wohnraum und Verkehrswegen berücksichtigt wird, son-
1765 dern auch der bedarfsgerechte Umbau im Bestand mög-
1766 lichst leicht stattfinden kann und auch bei Mieterwech-
1767 seln bestehen bleibt.

1768

1769 1.3. Soziale und vorausschauende Bodenpolitik

1770 Sozialdemokratische Bodenpolitik wird von der Erkennt-
1771 nis geleitet, dass **Boden keine beliebige Ware ist**. Boden
1772 ist nicht vermehrbar aber unverzichtbar. Er darf daher
1773 nicht dem freien Spiel der Marktkräfte überlassen wer-
1774 den. Vor diesem Hintergrund werden wir die Möglichkei-
1775 ten zum **Ankauf von Boden** aus dem Bundesvermögen,
1776 von Privaten oder im Rahmen des städtebaulichen Vor-
1777 kaufsrechts im Rahmen der finanziellen Leistungsfähig-
1778 keit des Landes ausschöpfen, wo dies im Dienste einer so-
1779 zialen Stadtentwicklungs- und Mobilitätspolitik sinnvoll
1780 erscheint. Dazu werden wir den im Jahr 2020 auf Betrei-
1781 ben der SPD Berlin geschaffenen **Berliner Bodenfonds** wei-
1782 terentwickeln. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein,
1783 dass die dem Land zur Verfügung stehenden Instrumente
1784 des Baugesetzbuchs verbessert werden.

1785

1786 Auch Grundstücke zum Bau von Wohnungen werden **nur**
1787 **per Erbbaurecht** und grundsätzlich unter der Auflage dau-
1788 erhafter Bestandshaltung an Private vergeben, um so
1789 **langfristig eine zweckgerechte Bodennutzung** zu sichern.
1790 Wir wollen auf diese Weise künftig landeseigene Flächen
1791 gezielter als bisher für die Stadtentwicklung aktivieren
1792 und so auch die Bodenpreisentwicklung dämpfen, wo-
1793 bei neben den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaf-
1794 ten vor allem Genossenschaften zum Zuge kommen sol-
1795 len.

1796

1797 Der **Bodenspekulation** wollen wir mittels der Durchset-

1798 zung von Baugeboten, der Abschöpfung von Bodenwert-
1799 zuwachsen und durch das Bauplanungs- und das Steuer-
1800 recht entgegenwirken. Immer wenn Berlin neues Bauland
1801 ausweist, stellen wir sicher, dass die **Planungswertsteige-**
1802 **rung der Allgemeinheit zugutekommen** und alle Bauher-
1803 ren an Infrastruktur- und Folgekosten beteiligt werden.

1804

1805 **Kapitel 2: Wir schützen Mieterinnen und Mieter**

1806 Egal ob jemand zur Miete oder im Eigenheim wohnt: Das
1807 eigene Zuhause muss sicher und bezahlbar sein. Dafür
1808 brauchen wir weitere Verbesserungen in der Gesetzge-
1809 bung des Bundes. Diese Reformen sind umso notwendi-
1810 ger, da die Boden- und Mietpreise in Berlin in den vergan-
1811 genen Jahren stark gestiegen sind. Das ist nicht nur Aus-
1812 druck der hohen Nachfrage vor Ort und der Wohnungs-
1813 knappheit. Sie sind auch Ergebnis eines großen Interesses
1814 an Finanzanlagen in Berliner Immobilien. Wir wollen mit
1815 aller Kraft sicherstellen, dass diese Entwicklung nicht zu
1816 Lasten der Mieterinnen und Mieter geht und treten daher
1817 für wirksame Schutzmaßnahmen ein.

1818

1819 **2.1. Mieten wirksam regulieren**

1820 Das uns vorgeschlagene **Berliner Mietendeckel-Gesetz**
1821 verschafft den Mieterinnen und Mieterin in der Stadt
1822 eine Atempause. Der Mietendeckel hält die Mietpreis-
1823 spirale an und bringt Beruhigung auf den überhitzten
1824 Mietwohnungsmarkt. Das Urteil der verfassungsgericht-
1825 lichen Überprüfung des Gesetzes wird voraussichtlich im
1826 2. Quartal 2021 gefällt. Die Berliner SPD erwartet dieses
1827 Urteil mit Respekt und wird es der weiteren Politikgestal-
1828 tung im Sinne einer mieterfreundlichen Politik zu Grunde
1829 legen.

1830

1831 Bei den **städtischen Wohnungsbaugesellschaften** wird die
1832 SPD den bisherigen Kurs einer sozialen Mietgestaltung
1833 konsequent fortsetzen. Über eine halbe Million Menschen
1834 leben bereits heute in den landeseigenen Wohnungen
1835 dauerhaft mit sicheren Mieten. Die Privatisierung dieser
1836 Wohnungen schließen wir aus und wollen das in der Ver-
1837 fassung von Berlin verankern.

1838

1839 Wir haben für alle Mieterinnen und Mieter in Berlin ei-
1840 ne **kostenlose Mieterberatung** in den Bezirken eingeführt.
1841 Dieses Angebot werden wir weiterführen und ausbauen,
1842 damit sich Mieter:innen gegen unlautere Vermietungs-
1843 praktiken zur Wehr setzen können. Die Einrichtung eines
1844 **Mietenkatasters** soll uns künftig bei der Steuerung der
1845 Landeswohnraumpolitik unterstützen.

1846

1847 Im Bund setzen wir uns dafür ein, **Mieter:innenschutz-**
1848 **rechte auszubauen**, Mietverträge auf ihre Vereinbarkeit
1849 mit dem Mietspiegel, der Bundesmietpreisbremse oder
1850 dem Wucherparagrafen zu überprüfen und Verstöße stär-

1851 ker zu sanktionieren.

1852

1853 **2.2. Zweckentfremdung, Leerstand und Verfall von**
1854 **Wohnraum bekämpfen**

1855 Wir verhindern zukünftig noch effektiver, dass **Wohnun-**
1856 **gen verfallen** oder gar **nicht als Wohnungen genutzt wer-**
1857 **den** und so dem Wohnungsangebot fehlen. Die entspre-
1858 chenden Gesetze werden wir weiter schärfen und die Ver-
1859 waltung stärken, um Schlupflöcher zu schließen, zum Bei-
1860 spiel um effektiv gegen illegale Beherbergungsangebote
1861 im Internet vorgehen zu können und den Abriss von be-
1862 zahlbarem Wohnraum zu Gunsten von Luxuswohnungen
1863 zu verhindern.

1864

1865 **2.3. Milieuschutz stärken**

1866 Um Verdrängung von Mieterinnen und Mietern zu verhin-
1867 dern, gibt es in Berlin inzwischen 64 sogenannte **Milieu-**
1868 **schutzgebiete, in denen etwa 900.000 Menschen woh-**
1869 **nen**. In diesen Gebieten sind Mieterinnen und Mieter bes-
1870 ser vor Verdrängung geschützt. Die SPD hat schon 2014
1871 durchgesetzt, dass die Umwandlung in Eigentumswoh-
1872 nungen genehmigungspflichtig ist. Das gilt auch für sehr
1873 aufwändige Modernisierungen. Bei Immobilienverkäufen
1874 schließen die Bezirke mit den Käufern Vereinbarungen
1875 zum Mieterschutz ab. Bisher wurden über 150 dieser Ver-
1876 einbarungen geschlossen, zudem etwa 75 Grundstücke
1877 angekauft. Die SPD will diese Politik noch effizienter fort-
1878 setzen.

1879

1880 Wir setzen uns für die **Ausweisung weiterer Milieuschutz-**
1881 **gebiete** ein. Daneben wollen wir von der Möglichkeit Ge-
1882 brauch machen, die Ausweisung nicht nur durch die Bezir-
1883 ke, sondern auch durch das Land Berlin vorzunehmen.

1884

1885 Den verschärften **Umwandlungsschutz**, den die SPD im
1886 Bund erkämpft hat, werden wir in Berlin konsequent um-
1887 setzen. Auf Bundesebene setzen wir uns weiter dafür ein,
1888 Mieter:innen mit bestehenden Mietverträgen dauerhaft
1889 vor Eigenbedarfskündigungen durch die Erwerber:innen
1890 zu schützen.

1891

1892 Die Berliner SPD tritt auf Bundesebene für die Abschaf-
1893 fung von Ausnahmen und Schlupflöchern bei sogenann-
1894 ten „Share Deals“ ein.

1895 **Kapitel 3: Gewerberäume sichern**

1896 **3.1. Arbeiten und Wohnen gehören zusammen**

1897 Die besondere Berliner Mischung in den Kiezen war seit
1898 jeher auch durch die Ansiedlung von Kleingewerbetrei-
1899 benden geprägt, die die Menschen nach an ihrem Wohn-
1900 ort mit Waren und Dienstleistungen versorgen. Arbeit und
1901 Wohnen gehören zusammen. Um das zu erreichen, wollen
1902 wir unter anderem verstärkt auf das **Planungsinstrument**
1903 **des Urbanen Gebietes** zurückgreifen.

1904

1905 **3.2. Kleingewerbe und soziale Einrichtungen in den Kie-**

1906 **zen unterstützen**

1907 Steigende Gewerberieten und ein schwach ausgeprägter
1908 rechtlicher Schutz durch des Gewerbemietrecht des Bun-
1909 des zwingen immer mehr dieser Gewerbetreibenden zur
1910 Aufgabe und bedrohen das wirtschaftliche und auch so-
1911 ziale Gefüge unserer Kieze. Wir wollen daher die landes-
1912 eigenen Wohnungsbaugesellschaften in die Lage verset-
1913 zen, **Kleingewerbe stärker in ihrem Gebäudebestand zu**
1914 **fördern**. Zudem wollen wir auch private Immobilienträ-
1915 ger nach Möglichkeit in die Verantwortung nehmen, be-
1916 zahlbare Gewerbeflächen für die kieznahe Versorgung zur
1917 Verfügung zu stellen. Auf Bundesebene streiten wir für
1918 ein neues Gewerbemietrecht, um Kleingewerbetreibende
1919 und soziale Einrichtungen besser gegen Kündigung und
1920 Mieterhöhung zu schützen.

1921

1922 **Kapitel 4: Mobilität und Verkehr sozial gerecht, nachhal-**
1923 **tig und sicher gestalten**

1924 So vielfältig wie Berlin und seine Menschen sind, so viel-
1925 seitig sind auch die Mobilitätsbedürfnisse. Wir wollen die
1926 umfassende Teilhabe an Mobilität aller durch barriere-
1927 freie, umweltfreundliche Angebote. Unser Ziel ist eine **so-**
1928 **zial verträgliche und nachhaltige Mobilitätswende**, die
1929 dazu beiträgt, Verkehrsströme zu verbessern und den An-
1930 teil des Umweltverbundes zu erhöhen. Wir wollen, dass
1931 die Berliner:innen sicher, schnell, umweltfreundlich und
1932 bezahlbar unterwegs sein können. Eine City-Maut leh-
1933 nen wir ab. Deshalb setzen wir uns für einen **attrak-**
1934 **tiven Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)**, eine si-
1935 chere Fuß- und Radwegeinfrastruktur, gute Bedingungen
1936 für E-Mobilität und für einen umweltfreundlichen Wirt-
1937 schaftsverkehr ein.

1938

1939 **4.1. Umstieg erleichtern mit attraktivem Öffentlichen**
1940 **Personennahverkehr**

1941 Ein guter Öffentlicher Personennahverkehr zeichnet sich
1942 durch leistungsstarke Strecken, enge Takte, sichere und
1943 saubere Haltestellen und Bahnhöfe und neue Fahrzeuge,
1944 bezahlbare Tickets und gute Umsteigemöglichkeiten aus.

1945

1946 Deshalb werden wir den Takt von S- und U-Bahnen, Bus,
1947 Straßen- und Regionalbahnen verdichten. Wir setzen uns
1948 für die Ausweitung der **10-Minuten-Taktung** in den Au-
1949 ßenbezirken ein. Wir schaffen neue komfortable Fahrzeu-
1950 ge für die Taktverdichtung an. Wir modernisieren die An-
1951 lagen bei U-Bahn und Straßenbahn, um Fahrzeiten zu
1952 verkürzen. Für Busse und Straßenbahnen sowie für den
1953 Fußverkehr werden wir auch weitere Vorrangschaltun-
1954 gen an Ampeln einrichten. Die Busflotte der Berliner Ver-
1955 kehrsbetriebe (BVG) modernisieren wir umweltverträg-
1956 lich und technologieoffen. Zudem setzen wir uns für eine

1957 **Beschleunigung des Busverkehrs** und für die Ausweitung
1958 des Busspurennetzes ein.

1959

1960 **Bahnhöfe und Haltestellen** müssen künftig konsequent
1961 modernisiert werden und barrierefrei sein. Das Baupro-
1962 gramm von Aufzügen auf allen U- und S-Bahn-Bahnhöfen
1963 vollenden wir. Für mehr Sicherheit und Aufenthaltsquali-
1964 tät auf den Bahnhöfen wollen wir mehr Personal einset-
1965 zen.

1966

1967 Wir haben bereits erfolgreich die vergünstigten **Sozial-,
1968 Senioren-, Azubi- sowie Jobtickets** und stabile Preise beim
1969 Semesterticket sowie das kostenlose Schüler:innen-Ticket
1970 durchgesetzt. Für einen attraktiven Umstieg auf den Um-
1971 weltverbund streben wir ein **365-Euro-Ticket** als Jahres-
1972 abonnement an. Wir verstehen das als Angebot und leh-
1973 nen ein Pflichtticket für alle ab.

1974

1975 Wir wollen **Park/Bike & Ride-Angebote** schaffen, damit
1976 Berliner:innen aus den Außenbezirken und Pendler:innen
1977 aus dem Umland auf den Umweltverbund (ÖPNV, Fuß-
1978 und Radverkehr) umsteigen. Den Bau von Fahrradpark-
1979 häusern und überdachten Abstellanlagen an Umsteige-
1980 bahnhöfen beschleunigen wir. **Carsharing-Angebote** wer-
1981 den wir möglichst auf ganz Berlin **ausweiten** und das lo-
1982 kale Taxigewerbe fördern. Wir entwickeln neue Angebote,
1983 wie Rufbusse als Ergänzung des ÖPNV-Angebots vor allem
1984 in den Außenbezirken. Wir setzen uns für den Erhalt der
1985 Seilbahn in Marzahn-Hellersdorf ein. Zudem werden wir
1986 Anreize setzen, um mehr Berliner:innen Alternativen zum
1987 eigenen Auto anzubieten. Wir fördern alternative Antrie-
1988 be und die dafür notwendige Infrastruktur.

1989

1990 Um dem Bedarf einer wachsenden Fahrzeugflotte der BVG
1991 gerecht zu werden, Ausfälle zu minimieren und eine höhe-
1992 re Taktung zu gewährleisten, werden wir in die Werkstatt-
1993 kapazitäten der BVG investieren und diese ausbauen.

1994

1995 Der **Pendlerverkehr** über die Landesgrenze wächst Jahr
1996 für Jahr kontinuierlich an, insbesondere im Einzugsbe-
1997 reich des BER wird er bedeutend ansteigen. Dem **S- und**
1998 **Regionalbahnausbau-Projekt i2030** der Länder Berlin und
1999 Brandenburg kommt daher eine große Bedeutung zu,
2000 wenn wir den Umstieg vom Auto auf den Umweltverbund
2001 erfolgreich fördern wollen. Wir werden das Projekt i2030
2002 gemeinsam mit Brandenburg voranbringen und dabei Be-
2003 zirke, Gemeinden und Landkreise auf Augenhöhe mitein-
2004 beziehen. Ebenso werden wir neue Mobilitätsstationen
2005 bauen und die Kooperation beider Länder bei der künf-
2006 tigen Errichtung von Park/Bike & Ride-Stationen verstär-
2007 ken.

2008

2009 **4.2. BVG und S-Bahn als Kern der Daseinsvorsorge stär-**

2010 **ken**

2011 Wir bekennen uns dazu, dass die Berliner Verkehrsbetriebe auch künftig in öffentlicher Hand bleiben und setzen uns für einen S-Bahn-Betrieb aus einer Hand ein. Wir wollen das besondere Berliner S-Bahn-System uneingeschränkt erhalten. Mit dem Landesfahrzeugpool haben wir die Möglichkeit für eine **Übernahme der S-Bahn in einen Landesbetrieb** geschaffen. Betrieb und Instandhaltung gehören dabei zusammen. Wir wollen mit dem Bund, Brandenburg und der Deutschen Bahn sowie deren Gewerkschaft erreichen, dass die S-Bahn dauerhaft nicht privatisiert werden darf. Wir werden Initiativen zur Änderung des Europa- und Bundesrechts starten, um die Vorgaben im Wettbewerbsrecht bei der Daseinsvorsorge zu ändern. Gemeinsam mit den Gewerkschaften kämpfen wir insgesamt weiter für gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen bei den Verkehrsunternehmen.

2027

2028 **4.3. Ladeinfrastruktur für Elektromobilität ausbauen**

2029 Wir wollen die Elektromobilität in Berlin ausbauen. Deshalb werden wir bis 2030 mindestens 20.000 Ladepunkte auf öffentlichen Flächen errichten. Wir werden die Errichtung zusätzlicher Ladepunkte durch private Anbieter:innen unterstützen und insbesondere bürokratische Hemmnisse und rechtliche Hürden abstellen. Zudem werden wir bei Neubauten Errichtungspflichten und bei Bestandsgebäuden Duldungspflichten für Ladepunkte gesetzlich festschreiben.

2038

2039 **4.4. Wege für alle sicherer machen**

2040 Berlinerinnen und Berliner legen einen Großteil ihrer Wege immer häufiger zu Fuß oder mit dem Rad zurück. Deshalb ist es wichtig, dass diese Wege sicher und gerade die schwächsten Verkehrsteilnehmer:innen geschützt sind. Feste Wege für Fußgänger:innen und Radfahrende sollen auch in den Außenbezirken Standard werden.

2046

2047 Unser Leitmotiv ist die „**Vision Zero**“: die **Vermeidung von Verkehrsunfällen mit Todesfolge** oder Schwerstverletzten. In Sinne der Verkehrssicherheit, Lärmreduzierung und Luftreinhaltung werden wir auch – insbesondere in Wohngebieten – neue Tempo-30-Gebiete ausweisen. Zudem fordern wir eine getrennte Grünphase für Fußgänger:innen und Radfahrer:innen, zum Schutz vor rechtsabbiegenden Kraftfahrzeugen. Wir werden die Sicherheit der Schulwege in den Bezirken fördern und die Jugendverkehrsschulen stärken sowie die Verkehrssicherheit im Umfeld rund um Kranken-, Pflege- und Senior:innen-Einrichtungen und Kitas verbessern. Die **Schwerpunkteinsätze der Polizei** werden wir im Sinne der Verkehrssicherheit verstärkt fortführen und das Erfolgsmodell der Berliner Polizei-Fahrradstaffel ausweiten.

2062

2063 4.5. Fuß- und Radwege ausbauen und verbessern

2064 Wir werden im Mobilitätsgesetz festgeschriebene ge-
2065 schützte sowie **getrennte Geh- und Radwege** sowie das
2066 **Radschnellwegenetz schneller als bisher ausbauen**. Ge-
2067 fahrenstellen wollen wir beseitigen. Den Neu- und Umbau
2068 von Zebrastreifen, Bordsteinabsenkungen, Straßenecken
2069 sowie den Ausbau von barrierefreien Querungsmöglich-
2070 keiten und Fahrradwegen werden wir durch die Straffung
2071 von Verwaltungsabläufen beschleunigen und die Anre-
2072 gungen von Nutzer:innen bei der Umsetzung aufgreifen.
2073

2074 Unser Ziel ist es, die Aufenthaltsqualität im Kiez zu erhö-
2075 hen. Wir wollen **mehr öffentliche Plätze als Orte der Be-**
2076 **gegnung**, des Verweilens und der Erholung, und für den
2077 Sport. Die Beleuchtung für Fuß- und auch Radwege wol-
2078 len wir deutlich verbessern. Parks und Grünanlagen wer-
2079 den wir weiterhin vor allem für die Begegnung und Erho-
2080 lung ausweisen. Sie sind öffentliche Plätze und nicht für
2081 Radschnellwege geeignet. Für mobilitätseingeschränkte
2082 Personen wollen wir die Lotsen im Verkehrsbund Berlin-
2083 Brandenburg (VBB-Lotsen) und das Inklusionstaxi erhal-
2084 ten und verbessern.

2085

**2086 4.6. Wirtschafts- und Güterverkehr umweltschonend
2087 und stadtverträglich**

2088 Wir wollen, dass **Sharing- und Lieferangebote** möglichst
2089 für alle verfügbar sind. Die Dichte der Sharing-Angebote
2090 an wenigen Orten wollen wir prüfen und steuern. In den
2091 Außenbezirken müssen die Angebote ebenso verfügbar
2092 sein. Private Fahrdienste, die wie Taxis agieren, müssen
2093 auch wie Taxis reguliert werden. Wir wollen das lokale
2094 Taxigewerbe vor unlauterem Wettbewerb schützen. Des-
2095 halb werden wir Mobilitätsangebote wie Uber im Hinblick
2096 auf Arbeits- und Sozialbedingungen prüfen und falls nötig
2097 regulieren.

2098

2099 Um den **Wirtschaftsverkehr zu bündeln**, werden wir Pa-
2100 ketzstellungen mit kleineren und umweltschonenden
2101 Fahrzeugen fördern und Depotlösungen schaffen. Wir
2102 wollen eine koordinierte und digitalisierte Lieferlogistik
2103 mit einfach zugänglichen Ladezonen, die für Wirtschafts-
2104 und Kundenverkehre genutzt werden können. Zudem
2105 werden wir Schienengüterverkehre und den emissions-
2106 armen Binnenschiffsverkehr als umweltfreundliche Säule
2107 des Gütertransports ausbauen und das landeseigene Lo-
2108 gistikunternehmen BEHALA stärken.

**2109 Kapitel 5: Investitionen in Infrastruktur und Mobilität
2110 voranbringen**

2111 Der Ausbau und die Instandhaltung der Infrastruktur ist
2112 für uns eine staatliche Aufgabe, deren Privatisierung wir
2113 ausschließen. Unser Kernanliegen sind Investitionen für
2114 einen attraktiven Öffentlichen Personennahverkehr, in die
2115 Infrastruktur für Fußgänger:innen und Radfahrer:innen,

2116 in Brücken und Wege. Der Ausbau der einzelnen Mobili-
2117 tätssysteme gelingt nur, wenn wir mehr Fachpersonal ein-
2118 stellen und optimierte Planungs- und Bauabläufe voran-
2119 treiben.

2120

2121 Das Ziel einer klimaneutralen Mobilität kann nur Mitein-
2122 ander erreicht werden. **Wir denken Mobilität in der Stadt**
2123 **zusammen**. Für uns gibt es nicht das eine richtige Ver-
2124 kehrsmittel. Wir sind überzeugt, dass ideologische Kämp-
2125 fe zwischen Auto und Rad, Radfahrer:innen und Fußgän-
2126 ger:innen oder Straßenbahn und U-Bahn, den Ausbau läh-
2127 men statt fördern.

2128

2129 Die Mobilität im Kiez soll für alle attraktiver werden und
2130 Berlin soll an möglichst vielen Orten zum Verweilen ein-
2131 laden. Unser Ziel ist es, Verkehr im Rahmen des **Konzepts**
2132 **der kurzen Wege** in allen Bezirken zu verringern und so
2133 die Lebensqualität nachhaltig zu verbessern. Für mehr lo-
2134 kal emissionsfreie Elektromobilität ist ein schnellerer Aus-
2135 bau der Ladeinfrastruktur unerlässlich. Investitionen in
2136 die Elektromobilität werden wir deshalb stark vorantrei-
2137 ben.

2138

2139 Da wo Menschen mit Behinderungen das Angebot des
2140 Öffentlichen Personennahverkehrs nicht nutzen können,
2141 werden wir **barrierefreie Mobilitätsangebote ausbauen**,
2142 einschließlich eines besonderen Fahrdienstes, Inklusions-
2143 taxis und Begleitdienste. Wir werden uns auf Bundesebe-
2144 ne dafür einsetzen, dass entsprechende Gesetze geändert
2145 werden.

2146

2147 **5.1. Ausbau von U- und S-Bahn und Straßenbahn voran-**
2148 **treiben**

2149 Wir brauchen ein leistungsfähiges, qualitativ hochwerti-
2150 ges und schnelles Verkehrsnetz, damit Menschen rund um
2151 die Uhr zuverlässig ans Ziel kommen. Wir werden unse-
2152 ren **U-Bahn-Plan u2030 als prioritäres Vorhaben** der SPD
2153 durchsetzen. Wir beginnen umgehend mit den Planungen
2154 von fünf Linienverlängerungen bei der U-Bahn: U2 nach
2155 Pankow Kirche, U3 nach Mexikoplatz und Anschluss zur S-
2156 Bahn, U8 ins Märkische Viertel, U7 zum Flughafen „Willy
2157 Brandt“ und U7 bis Heerstraße Nord. **Ein Hauptstadtflug-**
2158 **hafen braucht auch eine Hauptstadtanbindung**. Wir wer-
2159 den darüber hinaus den weiteren U-Bahn-Ausbau dort
2160 planen, wo es verkehrlich Sinn ergibt, um Kieze vom Stra-
2161 ßenverkehr zu entlasten und möglichst viele Berliner:in-
2162 nen an das U-Bahn-Netz anzuschließen.

2163

2164 Auch das Netz der S-Bahn wollen wir im Rahmen des **S-**
2165 **und Regionalbahnausbau-Projekts i2030** gemeinsam mit
2166 Brandenburg und dem Bund bis ins nächste Jahrzehnt
2167 ausbauen: Wir werden den Wiederaufbau der Siemens-
2168 bahn vorantreiben und die Linie zur Insel Gartenfeld und

2169 bis nach Hakenfelde verlängern. Wir wollen bisher einglei-
2170 sige Strecken ausbauen (S25 zwischen Schönholz und Te-
2171 gel mit Verlängerung nach Velten, S2 im Norden und Sü-
2172 den an den Außenästen, S7 zwischen Griebnitzsee und
2173 Wannsee und S1 zwischen Frohnau und Hohen Neuens-
2174 dorf). Und wir wollen die S3 von Spandau nach Falken-
2175 see, die S75 von Wartenberg nach Norden und die künf-
2176 tige S21 vom Hauptbahnhof nach Süden mit neuem Halt
2177 an der Perleberger Brücke verlängern. Weiterhin setzen
2178 wir uns für weitere S-Bahn Halte ein: Kamenzer Damm,
2179 Charlottenburger Chaussee, Malchow Nord, Sellheimbrü-
2180 cke, Kieholzstraße, Bucher Straße.

2181

2182 **5.2. Straßenbahnnetz erweitern**

2183 Wir wollen den Straßenbahnausbau mit effektiveren
2184 Planungs- und Bauprozessen beschleunigen und das Ziel-
2185 netz soll im Stadtentwicklungsplan Mobilität und Verkehr
2186 sowie in den Flächennutzungsplänen verankert werden.
2187 Wir wollen insgesamt den Ausbau der Berliner Straßen-
2188 bahn zügig vorantreiben und **neue Kieze an das Liniennetz**
2189 anschließen. In der kommenden Legislaturperiode soll die
2190 Straßenbahn vom Hauptbahnhof bis zur Turmstraße und
2191 dann weiter zum Mierendorffplatz eröffnet und mit dem
2192 Bau der Straßenbahntangente Pankow-Heinersdorf-Wei-
2193 ßensee begonnen werden.

2194

2195 **5.3. Mehr Verkehr auf die Schiene bringen**

2196 Ein **gut ausgebauter Regional- und Fernverkehr** auf der
2197 Schiene ist das beste Mittel gegen Staus. Wir setzen auf
2198 den **Streckenausbau** von Spandau nach Nauen, auf den
2199 Ausbau der Heidekraut- und Nordbahn und wollen die
2200 Potsdamer Stammbahn reaktivieren sowie die Elektrifi-
2201 zierung des Berliner Südrings für den Regionalverkehr mit
2202 zusätzlichem Bahnsteig am Südkreuz umsetzen. Gene-
2203 rell hat die **Elektrifizierung aller Berliner Bahnstrecken** für
2204 uns Priorität. Für die rasche Umsetzung werden wir die
2205 Beschleunigungsgesetze des Bundes konsequent anwen-
2206 den. Wir setzen uns für den zweigleisigen Ausbau und
2207 die Elektrifizierung der Ostbahn ein und für **mehr Nacht-**
2208 **zugangebote** von Berlin in europäische Metropolen. Zur
2209 schnelleren Realisierung wollen wir einen Finanzierungs-
2210 und Errichtungsvertrag zwischen allen Partnern besie-
2211 geln.

2212

2213 **5.4. Brücken, Tunnel und Wege sanieren und bauen**

2214 Eine Verkehrswende hin zu mehr Bus-, Bahn-, Fuß- und
2215 Radverkehr bedeutet auch, dass wir Brücken, Tunnel und
2216 Wege instand halten. Dies muss wieder eine Kernaufga-
2217 be der Verkehrspolitik werden. Wir werden deshalb eine
2218 **Task-Force für die Sanierung von Brücken, Tunneln und**
2219 **Wegen** einrichten und die Baustellenkoordinierung ver-
2220 bessern, sodass es nicht zu Mehrfacheinschränkungen für
2221 einzelne Gebiete kommt. Mit der stellenweisen Überbau-

2222 ung der westlichen Stadtautobahn wollen wir neue Stadt-
2223 räume erschließen und die Luftbelastung verringern. Wir
2224 werden die Planungen und den Bau der Tangentialverbin-
2225 dung Ost (TVO) voranbringen, um für Entlastung in den
2226 östlichen Bezirken zu sorgen.

2227

2228

2229

2230 **TEIL III – Bildung und Wissenschaft**

2231 Chancengerechtigkeit ist für uns das zentrale Ziel, nach
2232 dem wir unsere Bildungspolitik ausrichten. Den Weg zu
2233 **gerechten und fair verteilten Bildungschancen** für alle
2234 wollen wir weitergehen: Mit Strukturen, die soziale Un-
2235 gleichheit verhindern und Wert auf gemeinsames Lernen
2236 legen. Mit einer bedarfsgerechten Ressourcensteuerung,
2237 die bei der Verteilung von Personal-, Finanz- und Sach-
2238 mitteln die besonderen Herausforderungen in Kitas und
2239 Schulen berücksichtigt. Wir setzen uns für Bildungsorte
2240 ein, die inklusiv sind und niemanden ausgrenzen. Wir wir-
2241 ken aktiv Diskriminierung, Mobbing und Gewalt an unse-
2242 ren Schulen entgegen.

2243

2244 Für die SPD war und ist das Thema **Bildung ein wesent-**
2245 **licher Schwerpunkt**, für den wir **überdurchschnittlich ho-**
2246 **he finanzielle Mittel einsetzen**. Deshalb haben wir die Ki-
2247 tas gebührenfrei gemacht. Deshalb bauen wir unsere Ki-
2248 taplätze weiter aus, damit wir jedem Kind einen Platz ga-
2249 rantieren können. Deshalb sorgen wir dafür, dass unse-
2250 re Schulen eigenständig, digital und datenbasiert arbei-
2251 ten können. Deshalb sorgen wir für gerecht bezahlte päd-
2252 agogische Teams in ausreichender Anzahl, die die vielfäl-
2253 tigen Herausforderungen des Schulalltags gestalten. Des-
2254 halb schaffen wir eine Bildungslandschaft mit einer ex-
2255 zellenten beruflichen Ausbildung an unseren Oberstufen-
2256 zentren und einer Ausbildungsplatzgarantie für alle Ju-
2257 gendlichen, die sich für diesen Weg entscheiden.

2258

2259 Chancengerechtigkeit in der Bildung bedeutet Teilhabe.
2260 Deshalb investieren wir in eine inklusive Grund-, Jugend-
2261 und Erwachsenenbildung. Wir unterstützen das Lebens-
2262 lange Lernen – von der Alphabetisierung, über die Wei-
2263 terqualifizierung bis hin zum Nachholen von Abschlüssen
2264 und Zweitstudium. Wir schaffen gute Rahmenbedingun-
2265 gen, wenn Menschen sich weiter qualifizieren wollen oder
2266 einfach Interesse daran haben, Neues zu lernen – egal in
2267 welcher Lebensphase und Lebenslage sie sind.

2268

2269 Die Herausforderungen der Pandemie haben wie ein
2270 Brennglas aufgezeigt, welche Bedeutung gute Bildung
2271 und Betreuung für uns als Gesellschaft haben. Für uns ist
2272 Bildung das Versprechen für ein gerechtes Berlin.

2273

2274 **Kapitel 1: Digitales Lehren und Lernen auf allen Ebenen**

2275 voranbringen

2276 Die digitale Bildung ist durch die Corona-Pandemie zum
2277 Top-Thema geworden. Aber auch unabhängig davon ist
2278 das digitale Lehren und Lernen ein Grundpfeiler dafür,
2279 dass wir auch in Zukunft erfolgreiche Bildungsbiografien
2280 für alle ermöglichen. Wir wissen, dass 65 Prozent der Kin-
2281 der, die heute die Grundschule besuchen, einmal in Jobs
2282 arbeiten werden, die wir heute noch gar nicht kennen.
2283 Wir nehmen diese Aufgabe an, unsere Kinder und jungen
2284 Menschen – aber auch Fach- und Lehrkräfte sowie Päd-
2285 agog:innen – darauf angemessen vorzubereiten.

2286

2287 Wir wollen digitale Bildung in allen unseren Bildungsein-
2288 richtungen verankern – von Kitas und Schulen über Ju-
2289 gendeinrichtungen und Volkshochschulen bis hin zu Bi-
2290 bliotheiken, anderen außerschulischen Lernorten, Berufs-
2291 und Hochschulen. Wir nehmen dabei alle Aspekte der Di-
2292 gitalisierung in den Blick: von der sicheren Mediennut-
2293 zung und Vermittlung von Medienkompetenz für junge
2294 Menschen und Lehrkräfte, über die Ausstattung mit digi-
2295 talen Geräten, den Einsatz digitaler Lehr- und Lerninhalte
2296 im Unterricht und in der Fachkräfteaus- und -fortbildung.
2297 Wir setzen uns dafür ein, dass die Ausstattung in Kitas,
2298 Schulen, in der Jugend- und Erwachsenenbildungarbeit
2299 zukünftig mit den Anforderungen einer digitalen Welt
2300 Schritt halten kann.

2301

**2302 Kapitel 2: Gute Kita für alle – mit hoher Qualität in der
2303 fröhkindlichen Bildung****2304 2.1. Bedarfsgerechte Angebote**

2305 Wir sorgen für gute Betreuung von Anfang an und bauen
2306 dafür weiter Kitaplätze aus. Wir garantieren auch in Zu-
2307 kunft jedem Kind einen Kitaplatz. Wir sind der Überzeu-
2308 gung, dass ein regelmäßiger, kontinuierlicher Besuch der
2309 Kita ein wesentliches Fundament für Bildung und Teilha-
2310 be ist. Über 90 Prozent der über Dreijährigen und über
2311 70 Prozent der über Zweijährigen Berliner Kinder besu-
2312 chen bereits eine Kita. Wir wollen diese Zahlen weiter stei-
2313 gern. Mit einer qualitativ hochwertigen frühen Bildung
2314 sorgen wir für mehr Bildungsgerechtigkeit und entlasten
2315 Eltern bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir ver-
2316 bessern die Angebote für Familien mit Kindern, die einen
2317 komplexen Unterstützungsbedarf haben, behindert oder
2318 von einer Behinderung bedroht sind. Wir sorgen für kind-
2319 gerechte Räume und unterstützen Netzwerke für mehr
2320 Qualität.

2321

**2322 2.2. Aufwertung der Erziehungsberufe und qualifizierte
2323 Fachkräfte**

2324 Wir werten die Erziehungsberufe auf und verbessern die
2325 Rahmenbedingungen insbesondere für Fachkräfte in be-
2326 lasteten Sozialräumen. Wir verbessern die Vergütung in
2327 der Kindertagespflege und entwickeln diese qualitativ

2328 weiter. Fachkräfte sollen sich innerhalb des eigenen Be-
2329 rufsfeldes weiterentwickeln können, auch im Hinblick auf
2330 den Umgang mit digitalen Medien. Sie bekommen so be-
2331 rufliche Perspektiven innerhalb ihres eigenen Berufsfel-
2332 des und bei der professionellen Weiterentwicklung des
2333 Bildungsangebotes in der Kita.

2334

2335 Das System zur Qualitätssicherung in Kitas werden wir
2336 durch transparente, verpflichtende und datenbasierte
2337 Evaluation fortführen und weiterentwickeln. Wir unter-
2338 stützen die Kitaleitungen darin, neue Lerninhalte oder
2339 Methoden zu entwickeln und werden den Leitungs-
2340 schlüssel sowie den Betreuungsschlüssel bei den Unter-
2341 Dreijährigen weiter senken. Dazu nutzen wir die Mittel
2342 aus dem Gute-Kita-Gesetz des Bundes und setzen diese
2343 effektiv um.

2344

2345 **2.3. Sprachliche Bildung als Schwerpunkt**

2346 Wir entwickeln aktuelle Instrumente zur Sprachstan-
2347 hebung und Sprachlerndokumentation weiter, um insbe-
2348 sondere auf die besondere Bedeutung der Sprachenviel-
2349 falt in Berlin besser eingehen zu können. Mehrsprachig
2350 aufwachsende Kinder müssen beim Erwerb der deutschen
2351 Sprache besonders unterstützt werden. Kitas in schwieri-
2352 ger Lage werden durch Modelle der aktivierenden Eltern-
2353 arbeit mit Sozialarbeiter:innen sowie durch Modelle eh-
2354 renamtlicher Sprachpat:innen unterstützt. Wo immer es
2355 möglich ist, bauen wir die Angebote der Sprachkitas aus
2356 und entwickeln diese zu Familienzentren weiter.

2357

2358 **2.4. Berliner Kitas – digital und nachhaltig**

2359 Bildung für nachhaltige Entwicklung wird in das Berliner
2360 Bildungsprogramm für Kitas und Kindertagespflege pro-
2361 minent mit aufgenommen. Wir werden **Modellprojekte**
2362 **zur digitalen Dokumentation der pädagogischen Arbeit**,
2363 **Überwindung von Sprachbarrieren und digitalen Sprach-**
2364 **bildung** aufsetzen. Durch die Nutzung digitaler Kommuni-
2365 kation verbessern wir den Austausch und die Zusammen-
2366 arbeit mit den Familien.

2367

2368 **2.5. Übergänge gut gestalten**

2369 Der Übergang von der Kita zur Schule soll zukünftig besser
2370 begleitet und gestaltet werden. Die Sprachbildung muss
2371 ohne Systembrüche zwischen Kita und Schule fortführt
2372 und intensiviert werden. Insbesondere wollen wir die Sys-
2373 teme zur Sprachstanderhebung miteinander verzahnen,
2374 damit die Schule auf der in der Kita geleisteten Bildungs-
2375 dokumentation aufbauen kann.

2376

2377 **Kapitel 3: Gute Schule in Berlin: baulich intakt, eigen- 2378 ständig, digital**

2379 Wir arbeiten daran, Berlins Schulen zukunftsfähig zu ma-
2380 chen und unsere Schüler:innen auf die Herausforderun-

2381 gen einer immer schneller werdenden digitalen Welt vor-
2382 zubereiten. Kritisches Denken, Zusammenarbeit, Kommu-
2383 nikation und Kreativität sollen dabei vermittelt werden.
2384 Wir stellen unsere Schulen dafür gut auf: eigenständig,
2385 vernetzt, digital und baulich intakt.

2386

2387 **3.1. Baulich intakte Schule**

2388 Saubere und baulich intakte Schulen sind eine Grundvor-
2389 aussetzung für gutes Lernen. Die SPD hat mit der **Ber-**
2390 **liner Schulbauoffensive** das größte Investitionsvorhaben
2391 des Landes angestoßen und damit die Schulen an die ers-
2392 te Stelle der Investitionsprioritäten gesetzt. Damit wer-
2393 den der Sanierungsstau an den Schulen abgebaut, neue
2394 Schulen errichtet und Mittel für die dauerhafte, bauli-
2395 che Unterhaltung zur Verfügung gestellt. Umfangreiche
2396 Baumaßnahmen sind bereits realisiert worden und haben
2397 zu einer großen Verbesserung der Schulinfrastruktur bei-
2398 getragen. Daran wollen wir anknüpfen und Neubau, Sa-
2399 nierung und Bauunterhaltung in der kommenden Legis-
2400 latur konsequent fortführen, damit unsere Schulen für ei-
2401 ne moderne und inklusive Pädagogik aufgestellt, nachhal-
2402 tig baulich intakt und barrierefrei sind. Dazu gehört auch
2403 die Ertüchtigung mit leistungsfähigen Internetanschlüs-
2404 sen und der dazugehörigen erforderlichen Technik.

2405

2406 Darüber hinaus werden wir die **Berliner Schulreinigung**
2407 verbessern, sodass ein hoher Reinigungsstandard mit gut
2408 bezahlter Arbeit und ausreichendem Reinigungspersonal
2409 an allen Schulen gewährleistet werden kann. Wir werden
2410 dazu ein landeseigenes Unternehmen Berliner Schulrei-
2411 nigung (BSchuR) analog zur Berliner Stadtreinigung (BSR)
2412 gründen und damit schrittweise den Berliner Schulen ein
2413 Angebot für die Verbesserung ihrer Schulreinigung ma-
2414 chen.

2415

2416 **3.2. Eigenständige Schule**

2417 Berliner Schulen sollen mehr an Eigenständigkeit gewin-
2418 nen: in ihrer pädagogischen Ausgestaltung; in ihrer Per-
2419 sonalführung und im Einsatz ihrer frei verfügbaren Mit-
2420 tel. So stellen wir sicher, dass jede Schule den Bedürfnis-
2421 sen ihrer Schüler:innen gerecht werden kann. Die Schulge-
2422 meinschaft legt die Entwicklungsziele der Schule in enger
2423 Abstimmung mit der Schulaufsicht fest. Die Partizipation
2424 von Schüler:innen an Entscheidungsprozessen wird dabei
2425 gefördert. Das Zusammenspiel der eigenständigen Schule
2426 mit Kontrolle und Beratung der Schulaufsicht wird durch
2427 eine reformierte Schulinspektion ergänzt, die dort einen
2428 Schwerpunkt legt, wo der Bedarf am größten ist.

2429 Eine eigenständige Schule, ist eine demokratische Schu-
2430 le. Daher wollen wir vor allem der Partizipation von Schü-
2431 ler:innen und Erziehungsberechtigten den Rücken stär-
2432 ken.

2433

2434 3.3. Vernetzte Schule

2435 Berliner Schulen sind keine pädagogischen Inseln. Sie wir-
2436 ken in ihr schulisches Umfeld hinein und arbeiten mit
2437 Partnern zusammen. Wir werden die Idee der Campus-
2438 Schule mit Leben füllen, indem wir eine Qualitätsoffen-
2439 sive im Ganztag starten. Unser Ziel ist eine echte Ganz-
2440 tagsschule mit einer engen Verzahnung von unterricht-
2441 lichen und außerunterrichtlichen Aktivitäten. Neben der
2442 Verbesserung des Personalschlüssels streben wir Schulen
2443 mit möglichst rhythmisiertem Alltag an, die in den Kiez
2444 hinein offen sind. Um unsere eigenständigen Schulen zu
2445 motivieren, sich in diese Richtung zu entwickeln, braucht
2446 es Anreize, wie Teamstunden zur Kompetenzentwicklung
2447 oder freie Mittel für die Gestaltung des Ganztags. So ent-
2448 steht eine echte Bildungslandschaft, in der alle Akteur:in-
2449 nen an einem Strang ziehen.

2450

2451 3.4. Datenbasierte Schule

2452 Es ist Auftrag und Verantwortung der Schule, jungen Men-
2453 schen einen zuversichtlichen Start in ein eigenverant-
2454 wortliches Leben zu ermöglichen. Wir wollen abbilden,
2455 wie gut das Schulsystem diesem Auftrag gerecht wird
2456 und werden die dafür notwendigen Daten erheben. Un-
2457 ser **Weg zur datenbasierten Schule** führt über verbindli-
2458 che Schulverträge, die sich an konkreten Zielen der Schu-
2459 le orientieren. Diese Ziele umfassen sowohl die Stärkung
2460 der Grundkompetenzen der Schüler:innen (zum Beispiel
2461 Verbesserungen bei Sprachstandserhebungen) und die
2462 Schaffung von Perspektiven nach der Schule (zum Beispiel
2463 Erhöhung des Anteils der Übergänge in duale Ausbildung
2464 sowie die demokratische Verfasstheit der Schule (Parti-
2465 zipation von Eltern und Schüler:innen, Rolle der Klassen-
2466 vertretungen, Demokratiebildung und -erziehung In der
2467 kommenden Wahlperiode wollen wir so einen nachweis-
2468 baren Erfolg bei der Abkopplung des Bildungserfolgs von
2469 der sozialen Herkunft erreichen.

2470

2471 3.5. Digitale Schule

2472 Unsere Schulen müssen sich zunehmend auf den digita-
2473 len Wandel einstellen und **Bildungsabläufe und Lernin-**
2474 **halte umstellen und weiterentwickeln**. In einer Welt, in
2475 der Algorithmen über den Zugang zu Informationen be-
2476 stimmen, rücken kritisches Denken und kreative Heran-
2477 gehensweisen bei der Lösung von Problemen, personali-
2478 siertes Lernen und die Vernetzung der Lernorte in den Mit-
2479 telpunkt – bloßes Technikwissen reicht nicht aus. Um di-
2480 gitale Mündigkeit zu erreichen, gehören **Medien- und In-**
2481 **formationskompetenz** zur Grundbildung des 21. Jahrhun-
2482 derts. Deren Vermittlung muss deshalb fester Bestandteil
2483 non-formaler und formaler Bildung in Jugendarbeit und
2484 Schule werden. Dafür müssen tragfähige pädagogische
2485 Medienkonzepte und partizipative medienpädagogische
2486 Methoden entwickelt, erprobt, wissenschaftlich begleitet

2487 und ständig angepasst werden. Digitale Bildungsinhalte
2488 sollen in jedem Fach verankert sein und zusätzlich der In-
2489 formatikunterricht gestärkt werden.

2490

2491 Mit einer **Open-Educational-Resources-Strategie** und ei-
2492 nem attraktiven Anreizsystem wollen wir Pädagog:innen
2493 motivieren, sich zu vernetzen und ihre digitalen Lerninhal-
2494 te zu teilen.

2495

2496 Wir setzen uns für eine Weiterentwicklung des **Digital-
2497 pakts Schule** auf Bundesebene und für seine effiziente
2498 Umsetzung im Land Berlin ein, um für alle Schülerin-
2499 nen und Schüler eine gute und gleichwertige Ausstattung
2500 mit mobilen Endgeräten für das digitale Lernen zu er-
2501 reichen. Damit in der Zwischenzeit keine Familie finan-
2502 ziell überfordert wird, entwickeln wir auf Landesebene
2503 ein sozialverträgliches **Finanzierungsmodell „Endgerät-
2504 als-Service“**. Darüber hinaus erhalten alle Pädagog:innen
2505 ein mobiles Endgerät, das sie sowohl für den Unterricht
2506 als auch für ihre Verwaltungsaufgaben nutzen können.

2507

2508 Unser landeseigener **Dienstleister für Digitale Bildung in
2509 Berlin** eröffnet Freiräume für die digitale Entwicklung der
2510 Schulen, mit denen sie bei der Anschaffung von Hard- und
2511 Software flexibel umgehen können. Wir unterstützen den
2512 Ausbau einer datenschutzkonformen Cloud zur Organisa-
2513 tion und Kommunikation der schulischen Prozesse für al-
2514 le Bildungseinrichtungen. Gleichzeitig überlassen wir den
2515 Bildungseinrichtungen aber die Wahl der für sie geeig-
2516 neten Lernplattformen und -software. Die digitalen Kom-
2517 petenzen der Pädagog:innen werden systematisch durch
2518 Fortbildungen gestärkt, so dass sie ihren Unterricht an
2519 den Ansprüchen einer modernen, digitalen Welt selbstän-
2520 dig orientieren können.

2521

2522 **Kapitel 4: Gute Schule in Berlin: gemeinsam und gerecht**
2523

2524 **4.1. Berliner Schulen – gerecht für alle und gemeinsam**
2525 Wir bekennen uns auch in Zukunft zur verpflichtenden
2526 **sechsjährigen Grundschule** in ganz Berlin, weil länge-
2527 res gemeinsames Lernen vor allem am Anfang individu-
2528 elle Entwicklungsunterschiede ausgleicht. Genauso wie
2529 Grundschulen stehen unsere **Integrierten Sekundarschu-
2530 len (ISS) und Gemeinschaftsschulen** für unsere Vision der
2531 Schule für alle. Wir machen sie stark, indem wir sie weiter-
2532 hin bei der Entwicklung eigener Profile und Schwerpunkte
2533 unterstützen, durch die sie an Attraktivität für alle Famili-
2534 en gewinnen unabhängig vom angestrebten Abschluss.

2535

2536 Wir sorgen dafür, dass jede **Integrierte Sekundarschule**
2537 **und Gemeinschaftsschule** einen Weg zum Abitur bietet
2538 – egal ob durch eine eigene oder eine Verbundoberstu-
2539 fe zusammen mit anderen Schulen bis hin zu den Ober-

2540 stufenzentren. Schulen, die sich zu Gemeinschaftsschulen
2541 umwandeln wollen, erhalten von uns Starthilfen während
2542 dieser Transformation. So steigern wir die Anzahl an Ge-
2543 meinschaftsschulen parallel zur Neugründung.

2544

2545 Wir unterstützen ebenso die **Gymnasien** in ihrer wertvol-
2546 len Arbeit für eine gute Bildung in einer vielschichtigen
2547 Bildungslandschaft. Unsere Reform beim Übergang auf
2548 das Gymnasium nimmt die individuellen Leistungsstär-
2549 ken und Potentiale der Kinder in den Blick und richtet das
2550 Verfahren dahingehend aus. Wir unterstützen Gymnasien
2551 dabei, sich verstärkt der Inklusion zu widmen.

2552

2553 Viele Privatschulen tragen durch ihre gute Arbeit zur päd-
2554 agogischen Vielfalt der Berliner Bildungslandschaft bei.
2555 Wir streben eindeutige rechtliche Vorgaben an, die den
2556 Zugang zu Schulen in freier Trägerschaft für alle Einkom-
2557 mensgruppen sicherstellen. Beste Qualität muss auch für
2558 Schulen in freier Trägerschaft gelten. Deshalb stärken wir
2559 in diesem Bereich die Aufsicht, insbesondere auch für be-
2560 ruflische Schulen.

2561

2562 Wir bekennen uns zudem zur **Staatlichen Europa-Schule**
2563 **Berlin (SESB)** als einem einzigartig erfolgreichen Modell
2564 und wollen sie erhalten und gegebenenfalls ausbauen.

2565

2566 **4.2. Beste Schulen in schwieriger Lage**

2567 Wir wollen allen unseren Kindern gerecht werden. Darum
2568 müssen wir die Schulen in sozial herausforderndem Um-
2569 feld zu den besten unserer Stadt machen. Durch **geschräf-**
2570 **te Schulprofile und angemessene Ressourcen** steigern wir
2571 die Attraktivität dieser Schulen für alle Familien. Daher
2572 stehen wir auch zukünftig zum sozialdemokratischen An-
2573 satz der Ressourcensteuerung hin zu Schulen in schwie-
2574 riger Lage – egal ob mehr Lehrkräfte, weiteres pädago-
2575 gisches Personal oder zusätzliche finanzielle Mittel. Wir
2576 bauen die „**Berlin Challenge**“ aus – unser Modell zur Ver-
2577 knüpfung zwischen Ressourcensteuerung und Schulent-
2578 wicklung. Die Anzahl von Schüler:innen nicht-deutscher
2579 Herkunftssprache (ndH-Indikator) ist dabei für uns nicht
2580 aussagekräftig. Deshalb ersetzen wir den ndH-Indikator
2581 bei der Schulentwicklung durch soziale Indikatoren.

2582

2583 Die aktuelle **Brennpunktzulage** soll zudem für Entlas-
2584 tungsstunden für Lehrkräfte eingesetzt und die Klassen-
2585 frequenzen möglichst gesenkt werden. So schaffen wir
2586 Standorte mit erstklassigen Arbeitsbedingungen und den
2587 besten Pädagog:innen dort, wo sie am dringendsten ge-
2588 braucht werden.

2589

2590 **4.3. Inklusive und diskriminierungsfreie Schulen**

2591 Alle Berliner Kinder haben einen Anspruch darauf, an Re-
2592 gelschulen beschult zu werden. Um dies für möglichst vie-

2593 le Kinder zu realisieren, streben wir weiterhin den **Aus-**
2594 **bau der inklusiven Schwerpunktschulen** an. Sie ermögli-
2595 chen eine ideale Mischung zwischen besonderer Förde-
2596 rung und inklusiver Beschulung. Die Inklusion an allen an-
2597 deren Standorten wollen wir durch den Ausbau pädagogi-
2598 scher Unterrichtshilfen, die Senkung der Klassenfrequen-
2599 zen an inklusiven Schwerpunktschulen und auch die Stär-
2600 kung der temporären Kleinklassen voranbringen. Gleich-
2601 zeitig wertschätzen wir die wichtige Arbeit der **Sonder-**
2602 **pädagogischen Förderzentren** im Sinne eines qualitativ
2603 hochwertigen Angebots für Kinder, die nicht an einer in-
2604 klusiven Regelschule lernen können, und als Wahlmö-
2605 lichkeit für Eltern und ihre Kinder mit besonders komple-
2606 xem Unterstützungsbedarf.

2607

2608 Die **Vielfalt der in Berlin gesprochenen Sprachen** ist ein
2609 hohes Gut und ein Sinnbild unserer Einwanderungsgesell-
2610 schaft. Daher stärken wir weiterhin den staatlichen her-
2611 kunftssprachlichen Unterricht und weiten das Sprachan-
2612 gebot aus.

2613

2614 Die Arbeit mit unseren Schüler:innen muss diskriminie-
2615 rungsfrei sein. Die Vielfalt der Berliner Schulen setzt einen
2616 neutralen Staat voraus, der alle gleich behandelt. Deshalb
2617 stehen wir zum Berliner Neutralitätsgesetz und prüfen ei-
2618 ne Anpassung im Lichte der aktuellen Rechtsprechung.
2619 Wir setzen uns für eine rassismus-, sexismus- und kolo-
2620 nialsensible Überarbeitung von Rahmenlehrplan, Schul-
2621 curricula und Lehrmaterialien ein. Wir stärken **Fortbil-**
2622 **dungsmodule zu Diskriminierung, Rassismus, Sexismus**
2623 und Postkolonialismus und führen verpflichtende diskri-
2624 minierungskritische Module in der Erzieher:innen, Sozi-
2625 alpädagog:innen und Lehrer:innenbildung ein und för-
2626 dern Vielfalt bei den Pädagog:innen. Die Stelle des Polizei-
2627 und Bürgerbeauftragten beim Parlament wird weiterent-
2628 wickelt, damit sie auch für Bildungseinrichtungen als un-
2629 abhängige Beschwerdestelle agieren kann.

2630

2631 **Kapitel 5: Gute Arbeit und spürbare Entlastung für die**
2632 **Beschäftigten**

2633

2634 **5.1. Ausreichend voll qualifizierte und gerecht bezahlte**
2635 **Lehrkräfte für Berlin**

2636 Wir wollen den **Berliner Lehrkräftebedarf** eigenständig
2637 durch **bedarfsgerechte Ausbildung** decken und Berlin im
2638 Bundesvergleich wettbewerbsfähig machen: Keine Lehr-
2639 kraft soll Berlin aus finanziellen Gründen verlassen. Durch
2640 unser **Berliner Optionsmodell** werden wir so vielen Lehr-
2641 kräften wie möglich die Chance auf eine Verbeamung
2642 geben und wollen einen zeitlichen Ausgleich für diejeni-
2643 gen schaffen, die nicht verbeamtet werden können oder
2644 wollen. Wir sorgen für eine **Beschleunigung bei Stellenbe-**
2645 **setzungsverfahren**, insbesondere von Schulleitungs- und

2646 Funktionsstellen und richten eine Überbrückungszulage
2647 für kommissarische Tätigkeiten ein. Die Übernahme von
2648 Verantwortung soll sich ab dem ersten Tag finanziell loh-
2649 nen.

2650

2651 **5.2. Mehr Zeit für pädagogische Arbeit der Lehrkräfte und der Erzieher:innen**

2653 Wir wollen diejenigen, die zusätzliche Aufgaben überneh-
2654 men, in ihrer Kernarbeit entlasten. Neben der individu-
2655 ellen Stundenentlastung stärken wir die Kollegien durch
2656 **Ausbau der Vertretungsreserve**, die wir in den schwierigs-
2657 ten Lagen auf bis zu 110 Prozent aufstocken wollen.

2658

2659 **Ganztagschulen** eignen sich am besten, um die Entwick-
2660 lung unserer Schüler:innen zu fördern. Zur Verwirklichung
2661 kostenfreier Angebote haben wir in den letzten Jahren
2662 den Ganztag massiv ausgebaut. Den damit einhergehenden
2663 Mehraufgaben muss jetzt eine **stufenweise Verbes-
2664 serung des Betreuungsschlüssels vor allem im Bereich der
2665 ergänzenden Förderung und Betreuung** folgen. Auch hier
2666 fangen wir mit Schulen in herausforderndem Umfeld an.

2667

2668 **5.3. Gemischte Teams für vielfältige Herausforderungen**

2669 Die pädagogische Kernarbeit der Lehrkräfte und Erzie-
2670 her:innen braucht Unterstützung. Teamarbeit bedeutet
2671 für uns einen **Dreiklang aus pädagogischen Fachkräf-
2672 ten, administrativer Unterstützung und durch Personal
2673 mit besonderer Expertise**. Dabei stehen vor allem die
2674 Bereiche Gesundheit, Inklusion und IT im Fokus. Dane-
2675 ben soll möglichst jede Schule mindestens eine fest be-
2676 setzte Stelle der **Schulsozialarbeit** in ihrem Bestand ha-
2677 ben und auf pädagogische Unterrichtshilfen zurückgrei-
2678 fen können. Die unterschiedlichen Professionen der schu-
2679 lischen Teams unterstützen sich gegenseitig und nutzen
2680 dafür feste Kooperationszeiten.

2681

2682 Kapitel 6: Lehrkräftebildung

2683 **6.1. Lehrkräfte bedarfsgerecht ausbilden**

2684 Fehlt es an Lehrer:innen, fehlt es an Qualität in der Schu-
2685 le. Wir streben ein Bekenntnis des Landes Berlin zu **be-
2686 darfdeckender Ausbildung der Lehrkräfte** durch forma-
2687 les Festschreiben der Zielzahl von 4,5 Prozent des Lehr-
2688 körpers als Absolvent:innen der Berliner Universitäten pro
2689 Jahr an. Für **multiprofessionelle Teams** bedarf es weiterer
2690 Professionen. Dazu wollen wir den Ausbau der Kapazitä-
2691 ten auch in ergänzenden Professionen unterstützen, in-
2692 dem wir zum Beispiel die in Gründung befindliche Huma-
2693 nistische Hochschule für Sozialarbeit stärken.

2694

2695 **6.2. Qualität in Studium, Ausbildung, Praxis, Fort- und 2696 Weiterbildung sicherstellen**

2697 Wir wollen die Lehramtsausbildung stärker an der Schul-
2698 praxis orientieren. Dazu streben wir die **Einführung eines**

2699 „**Bachelor of Education**“ statt des bisherigen Bachelor of
2700 Art/Science mit Lehramtsoption an. Dies wird begleitet
2701 durch die Stärkung der professionsbezogenen Lehrange-
2702 bote für alle Lehramtsarten, frühere Praxiserfahrungen
2703 und eine stärkere Verzahnung des Studiums mit dem Re-
2704 ferendariat. Gleichzeitig wollen wir die Flexibilität des bis-
2705 herigen Modells aufrechterhalten, indem wir Studieren-
2706 den ermöglichen, durch die Belegung zusätzlicher Modu-
2707 le auch einen fachwissenschaftlichen Abschluss zu errei-
2708 chen. Um dem eklatanten Mangel an Interessent:innen
2709 für das Berufsschullehramt zu begegnen, streben wir ei-
2710 nen dualen Modell-Studiengang in Zusammenarbeit mit
2711 Fachhochschulen an.

2712

2713 Wir wollen ein eigenes **Berliner Landesbildungsinstitut**
2714 **für Schule** schaffen, dessen zentrale Aufgabe die Durch-
2715 führung, Steuerung und Evaluation aller Maßnahmen der
2716 Aus-, Fort- und Weiterbildung für alle Beschäftigten im
2717 Berliner Schulsystem ist.

2718

2719 Eine Schlüsselrolle in Referendariat und Quereinstieg
2720 nimmt außerdem die Schule als Ausbildungsstätte ein.
2721 Im Rahmen der Beratung und Begleitung sollen die Refe-
2722 rendar:innen und Quereinsteigenden im Sinne des stär-
2723 ker Schulbezugs und der Vermeidung von Abbrüchen
2724 durch eine **neue Funktionsstelle „Ausbildungskoordina-**
2725 **tor:in“** unterstützt werden. Ein **Modellversuch „Schwer-**
2726 **punktausbildungsschulen“** nach finnischem Vorbild soll
2727 das Konzept der Ausbildungsschule um eine verstärkte
2728 universitäre Verzahnung mit der ersten Phase erweitern.
2729 Eine qualitative Ausbildung kann nur gewährleistet wer-
2730 den, wenn Referendar:innen und Quereinsteigende gut
2731 und bedürfnisgerecht am „Studienzentrum für Erziehung,
2732 Pädagogik und Schule“ (StEPS) begleitet werden. Wir wol-
2733 len Anreize für Sekundarschulen schaffen, Kolleg:innen
2734 als Fachseminarleiter:innen freizustellen.

2735

2736 **6.3. Aus-, Fort- und Weiterbildung an die Herausforde-**
2737 **rungen von heute anpassen**

2738 In einer immer diverseren Schule haben sich die Anfor-
2739 derungen an Lehrkräfte stark verändert. Dieser Entwick-
2740 lung muss eine **moderne Lehrkräftebildung** Rechnung tra-
2741 gen. Viel früher sollen Studierende etwas über die Themen
2742 Sprachbildung, (digitale) Didaktik, Medienpädagogik, au-
2743 ßerschulische Lernorte oder diskriminierungskritische Ar-
2744 beit lernen. Zudem wollen wir alle Lehrkräfte stärker son-
2745 derpädagogisch ausbilden, um unserem Ziel einer inku-
2746 siven Schule näher zu kommen. Auch im Bereich der **Fort-**
2747 **bildung von Lehrkräften** sehen wir den Bedarf der Anpas-
2748 sung an heutige Herausforderungen. Darum setzen wir
2749 uns für bessere Fortbildungsmöglichkeiten in den Berei-
2750 chen Diversität, Heterogenität, digitale Bildung, Sprach-
2751 bildung, Demokratiebildung und Didaktik ein. Gemein-

2752 sam mit den Hochschulen und Fort- und Weiterbildungs-
2753 einrichtungen starten wir eine **Offensive „Schlau im Netz“**
2754 zur kompetenten, pädagogisch wirksamen und sicheren
2755 Mediennutzung.

2756

2757 **Kapitel 7: Jugend eigenständig denken**

2758 **7.1. Politische Bildung, Freiwilliges Engagement und**
2759 **Weltoffenheit stärken**

2760 Wir sehen junge Menschen als Expert:innen ihrer Lebens-
2761 realität und gesellschaftlicher Entwicklung und wollen sie
2762 darum stärker in die weitere Gestaltung Berlins einbezie-
2763 hen. Wir setzen uns für ein **aktives Wahlrecht ab 16 Jah-**
2764 **ren** ein und ermöglichen durch die **Stärkung der Jugend-**
2765 **bildungsstätten und der Landeszentrale für politische Bil-**
2766 **dung** mehr und hochwertige Angebote der politischen Bil-
2767 dung. Wir verzähnen diese Angebote mit den "Räumen für
2768 Bildung und Demokratie". Wir werden dem **Jugenddemo-**
2769 **kratiefonds** weitere Perspektiven eröffnen und ihn aus-
2770 bauen. Viele Jugendliche engagieren sich bereits heute in
2771 ihrer Freizeit.

2772

2773 Dieses freiwillige Engagement bedarf mehr gesellschaft-
2774 licher Anerkennung. Darum werden wir das **Freiwillige**
2775 **Soziale Jahr attraktiver gestalten** und mehr Plätze schaf-
2776 fen. Wir unterstützen die **Jugendverbände als „Werkstät-**
2777 **ten der Demokratie“** und bauen die Förderung von au-
2778 ßerschulischen Kursen und Ferienfahrten aus. Zur Stär-
2779 kung internationaler Lern- und Lebenserfahrungen wol-
2780 len wir auch jungen Menschen ohne Abitur **mehr Aus-**
2781 **landserfahrungen ermöglichen** und entwickeln mit unse-
2782 ren europäischen Nachbarn Kooperationen des interna-
2783 tionalen Jugendaustausches. Längere Auslandsaufenthal-
2784 te in der Bildungs- und Ausbildungsphase unterstützen
2785 wir mit Stipendien.

2786

2787 **7.2. Jugend braucht Freiräume für Bildung, Kultur und**
2788 **Bewegung**

2789 Bildung ist mehr als Schule, denn gelingende Bildungsbio-
2790 grafien brauchen vielfältige Lernwelten. Wir sichern in al-
2791 len Stadtteilen eine verlässliche Infrastruktur an **Angebo-**
2792 **ten kreativer und demokratiebildender Jugendarbeit** und
2793 stellen dafür mehr Räume bereit. Wir ermöglichen direkte
2794 Beteiligung und stärken die Widerstandsfähigkeit junger
2795 Menschen gegen Gewalt, gruppenbezogene Menschen-
2796 feindlichkeit sowie jede Art von Extremismus.

2797

2798 Weil Spielen schlau macht und Bewegung gesund hält,
2799 unterstützen wir die Bezirke dabei, bei der Gestaltung
2800 des öffentlichen Raumes die Bedürfnisse von Kindern
2801 und Jugendlichen besonders zu berücksichtigen. Sport-
2802 und Spielflächen werden altersübergreifend noch krea-
2803 tiver und barriereärmer gestaltet, saniert und erweitert.
2804 Kinder und Jugendliche werden dabei in die Planung ein-

2805 bezogen.

2806

2807 7.3. Kinder- und Jugendschutz durchsetzen

2808 Die SPD Berlin setzt sich für einen umfassenden **Kinder-**
2809 **und Jugendschutz** ein. Kinder und Jugendliche haben ein
2810 Recht auf ein sicheres Zuhause und eine gewaltfreie Er-
2811 ziehung. Damit sie sicher aufwachsen können, muss ihr
2812 Schutz vor jeder Form von Gewalt und Mobbing oder Cy-
2813 bermobbing in allen Lebensbereichen gewährleistet wer-
2814 den. Für einen **guten Kinderschutz** bauen wir Beratungs-
2815 und Unterstützungsangebote aus. Dafür tragen Jugend-
2816 ämter eine große Verantwortung, deren Arbeit wir tech-
2817 nisch, personell und finanziell so absichern, dass der
2818 Kinder- und Jugendschutz gewährleistet werden kann,
2819 junge Menschen in Not immer geeignete Ansprechperso-
2820 nen finden und die **Kinder- und Jugendhilfe** insgesamt ge-
2821 stärkt wird.

2822

2823 Wir werden konsequent gegen sexuellen Missbrauch an
2824 Kindern und Jugendlichen vorgehen und einen Berliner
2825 Maßnahmenplan für den Kampf gegen sexuellen Mis-
2826 brauch erarbeiten. Damit wollen wir Schutz, Fachbera-
2827 tung, Intervention, polizeiliche Ermittlung und Hilfen in
2828 Berlin verbessern und auch die Justiz in Berlin kindgerecht
2829 gestalten. Dabei orientieren wir uns an den Empfehlun-
2830 gen des Nationalen Rates gegen sexuelle Gewalt an Kin-
2831 dern und Jugendlichen. Wir werden eine/n Unabhän-
2832 ge/n Beauftragte/n für Fragen des sexuellen Kindesmiss-
2833 brauchs und für Kinderschutz auf Landesebene einsetzen.
2834 Dabei wird eine Betroffenenbeteiligung sichergestellt.

2835

2836 Kapitel 8: Berufliche Bildung

**2837 8.1. Berufliche Bildung sichtbar machen, berufliche
2838 Schulen stärken**

2839 Für die wirtschaftliche Weiterentwicklung unserer Stadt
2840 ist die Stärkung der beruflichen Bildung unabdingbar – sie
2841 ist kein Berufsweg zweiter Wahl. Zu viele Schüler:innen
2842 und die sie beratenen Eltern erkennen nicht das Potential
2843 der beruflichen Bildung für ein selbstbestimmtes und ei-
2844 genverantwortliches Leben. Zu viele junge Menschen ver-
2845 lassen die Schule ohne Abschluss oder brechen ihre Aus-
2846 bildung ab. Wir wollen allen Jugendlichen eine zukunfts-
2847 fähige **berufliche Ausbildung** ermöglichen und die **Fach-**
2848 **kräftesicherung** für Handwerk, Industrie und Dienstleis-
2849 tungsgewerbe fördern. Wir **entwickeln die Jugendberufs-**
2850 **agentur weiter und stärken die Jugendberufshilfe**, denn
2851 Qualifizierung und Ausbildung sollen für alle jungen Men-
2852 schen zu einem erfolgreichen Anschluss und Abschluss
2853 führen.

2854

**2855 8.2. Alle Jugendlichen mitnehmen beim Übergang von
2856 Schule zum Beruf**

2857 Die Vorbereitung für den richtigen Beruf fängt sehr früh

2858 an. Eltern und Schüler:innen sollen schon am Ende der
2859 Grundschule einen Einblick in die Chancen und Perspek-
2860 tiven der beruflichen Bildung neben der akademischen
2861 Hochschulbildung erhalten. Wir sorgen für Transparenz in
2862 der Darstellung individueller Anschlussperspektiven und
2863 Bildungsmöglichkeiten. Allgemeinbildende Schulen über-
2864 nehmen die Verantwortung für den Übergang in akade-
2865 mische oder berufliche Bildung. Die Teams zur **Berufs- und**
2866 **Studienorientierung** (BSO-Teams) in den Schulen sollen
2867 auch digital weiter ausgebaut und Projekte in Koopera-
2868 tion zwischen Schule und Wirtschaft nachhaltig gestärkt
2869 werden. Dadurch stellen wir sicher, dass die duale Ausbil-
2870 dung eine echte Perspektive im Rahmen der Berufs- und
2871 Studienorientierung wird.

2872

2873 Um die Übergänge auch nach dem Verlassen der Allge-
2874 meinbildung zu stärken, prüfen wir die Einführung des
2875 11. Schuljahres als Schuljahr zur Berufsqualifikation. Au-
2876 ßerdem wollen wir Schüler:innen mit Förderbedarf und
2877 aus Willkommensklassen im Bildungsgang der **Integrier-**
2878 **ten Berufsausbildungsvorbereitung** (IBA) eine verlängerte
2879 Bildungszeit ermöglichen.

2880

2881 **8.3. Ausbildungsplatzgarantie für alle Jugendlichen**

2882 Wir wollen mit einer Ausbildungsplatzgarantie für al-
2883 le jungen Menschen in Berlin eine Ausbildung ermög-
2884 lichen. Dabei hat die duale Ausbildung für uns Priori-
2885 tät gegenüber vollschulischen Ausbildungsgängen und ist
2886 zudem dem Weg zum Abitur gleichberechtigt. Wir wer-
2887 den die Branchen dahingehend unterstützen, mehr jun-
2888 gen Menschen den Weg in die **duale Ausbildung** zu eb-
2889 nen, indem wir die Instrumente der Einstiegsqualifika-
2890 tion oder des Berliner Ausbildungsmodells (BAM) ver-
2891 stärkt und wirkungsvoll implementieren. Branchen, die
2892 vom Nachwuchskräftemangel betroffen sind, unterstüt-
2893 zen wir durch eine **Ausbildungsplatzumlage** zur Sicherung
2894 der Ausbildung des Fachkräftenachwuchses. Wir unter-
2895 stützen verstärkt junge Menschen mit Förderbedarf auf
2896 dem Weg in die duale Ausbildung und stellen so den In-
2897 klusionsauftrag in den beruflichen Schulen in den Mittel-
2898 punkt.

2899

2900 Berliner Auszubildende brauchen **gut ausgestattete Be-**
2901 **rufsschulen**. Dazu gehören gut qualifizierte Lehrkräfte
2902 und eine faire Vergütung. Die Berufsschulen müssen die
2903 Auszubildenden angemessen auf die digitalisierte Ar-
2904 beitswelt vorbereiten. Wir wollen die räumliche und tech-
2905 nische Ausstattung verbessern. In Lehrplänen soll über-
2906 dies über betriebliche Mitbestimmungsrechte aufgeklärt
2907 werden. Zudem muss Gewerkschaften der Zugang zu Be-
2908 rufsschulen vereinfacht werden.

2909

2910 Bei den vollschulischen Bildungsangeboten wollen wir

2911 insbesondere die öffentlichen Angebote in den Bereichen
2912 des **Sozialwesens, der Pflege und der erneuerbaren Ener-**
2913 **gien sowie beim Klimaschutz** ausbauen. Wir werden prü-
2914 fen, inwieweit die Ausbildungsplätze im **Gesundheitswe-**
2915 **sen** für Auszubildende kostenfrei angeboten werden kön-
2916 nen.

2917

2918 **8.4. Fort- und Weiterbildung, akademische und höher-**
2919 **qualifizierende Berufsbildung**

2920 Wir werden den Bedarf an qualifizierten Fachkräften
2921 in der mittleren Führungsebene der Berliner Wirtschaft
2922 durch die Weiterentwicklung der Bildungsgänge der Wei-
2923 terbildung an den **Berliner Oberstufenzentren** sichern.
2924 Außerdem bauen wir das Angebot des Dualen Studiums
2925 an den Berliner Oberstufenzentren weiter aus, um unter
2926 anderem die Verbindung von beruflicher und hochschu-
2927 lischer Bildung sichtbar zu machen. Wir werden so die
2928 Gleichberechtigung von beruflicher und allgemeiner Bil-
2929 dung in Berlin voranbringen.

2930

2931 Kapitel 9: Lebenslanges Lernen

2932 **9.1. Erwachsenenbildung fördern, Demokratie stärken**

2933 Die Stärkung der demokratischen Teilhabe und die Förde-
2934 rung einer demokratischen Kultur sind eine untrennbare
2935 Einheit. Wir knüpfen daran an und verzahnen die Einrich-
2936 tungen der Erwachsenenbildung mit freiwilligem Enga-
2937 gement, demokratischer Beteiligung und kultureller Bil-
2938 dung für alle Menschen in der Stadt. Unsere Bezirklichen
2939 **Volkshochschulen** und **Bibliotheken** sind mit ihren vielfäl-
2940 tigen Angeboten die wichtigsten dezentralen Orte dafür.
2941 Wir schaffen tragfähige **Netzwerke des lebenslangen Ler-**
2942 **nens** und festigen die eigenverantwortliche Gestaltung
2943 der Lebens- und Arbeitswelt. Wir wollen die vielfältigen
2944 **Angebote der Erwachsenenbildung erhalten und inklusiv**
2945 **ausbauen** und sie in der Berliner Verfassung verankern.
2946 Die **Alphabetisierung und Grundbildung** für erwachsene
2947 funktionale Analphabeten und Menschen mit einer Lese-
2948 Rechtschreib-Schwäche wollen wir mit einer Landeskon-
2949 zeption und entsprechenden Maßnahmen stärken. In der
2950 Erwachsenenbildung streben wir ebenso neue Angebo-
2951 te zur **Stärkung der Medien- und Informationskompetenz**
2952 für die speziellen Zielgruppen an.

2953

2954 **9.2. Räume für Bildung und Demokratie – im Kiez und**
2955 **für die ganze Stadt**

2956 Wir setzen ein starkes Zeichen für eine offene, auf die
2957 Bürger:innen ausgerichtete Metropole Berlin und öffnen
2958 Bildungsangebote für alle Menschen. Wir fördern „**Räu-**
2959 **me für Bildung und Demokratie**“, die von Menschen aus
2960 der Nachbarschaft besucht und genutzt werden können.
2961 Diese Orte bieten Möglichkeiten zum (Weiter-)Lernen, zur
2962 Organisation gemeinsamer Aktivitäten und zur demokra-
2963 tischen Beteiligung. Wir beziehen die Volkshochschulen,

2964 die Landeszentrale für politische Bildung, Familien- und
2965 Stadtteilzentren, Bibliotheken und Freiwilligenagenturen
2966 darin mit ein. Im Fokus stehen dabei besonders Quartiere
2967 zwischen Stadtgrenze und S-Bahn-Ring.

2968

2969 Wir errichten mit der vom Bund geförderten Sanierung
2970 und **Entwicklung der Urania Berlin als „Berliner Haus**
2971 **für Bürgerbeteiligung, Wissensvermittlung, demokrati-**
2972 **sche und digitale Bildung“** einen Leuchtturm für die Stadt
2973 und darüber hinaus. Das Haus stößt mit einem eigenen
2974 Programm und einem Kompetenzzentrum „Digitale Bil-
2975 dung“ Innovationen in der Erwachsenenbildung und Be-
2976 teiligung an und treibt sie voran.

2977 Engagement und Beteiligung der Bürger:innen sind für
2978 eine Demokratie systemrelevant. Um dafür ein starkes
2979 Fundament zu schaffen, nutzen wir die Fördermöglichkeiten
2980 aus dem Bundesprogramm „Demokratie Leben!“ für
2981 Berlin, entwickeln unsere 16 Partnerschaften für Demo-
2982 kratie weiter. Die Stärkung der **kommunalpolitischen Bil-**
2983 **dungswerke** und die Weiterentwicklung des „**Landespro-**
2984 **gramms für Demokratie. Vielfalt. Respekt**“ bringen wir
2985 ebenso voran.

2986

2987 **9.3. Volkshochschulen stärken**

2988 Wir stärken die **Qualität** und Vielfalt der Bildungs- und
2989 Weiterbildungsarbeit der zwölf Berliner Volkshochschu-
2990 len und unterstützen sie bei der **Digitalisierung**. Dafür
2991 werden wir den **Personalausbau** an den Volkshochschulen
2992 kontinuierlich befördern und die Honorare der freiberufl-
2993 chen Lehrkräfte anheben. Wir setzen uns für die Festan-
2994 stellung von arbeitnehmerähnlich beschäftigten Dozie-
2995 renden an Volkshochschulen ein und legen einen **Inves-**
2996 **titionsfonds Digitalisierung** in der Erwachsenenbildung
2997 auf, der die Stärkung der digitalen Infrastruktur finanziert.
2998 Auch den barrierefreien **Aus- und Neubau der Volkshoch-**
2999 **schulstandorte** werden wir vorantreiben, um gute Bedin-
3000 gungen für lebenslanges Lernen zu schaffen.

3001

3002 **Kapitel 10: Wissenschaft und Forschung – Brain City**

3003 Die Stärkung unseres weltweit herausragenden Wissen-
3004 schaftsstandorts ist für uns ein zentrales Anliegen bei der
3005 Entwicklung der Stadt und der Region. Sie unterstützt bei
3006 der Bewältigung der großen gesellschaftlichen Herausfor-
3007 derungen – ob Pandemie oder Gesundheit, Klimawandel
3008 oder Mobilität.

3009

3010 **10.1. Förderung von Studium und Lehre**

3011 Berlin braucht hoch qualifizierte, kreative junge Men-
3012 schen für Wirtschaft, öffentliche Aufgaben und als Start-
3013 up-Metropole. Wir wollen das hohe Niveau von fast
3014 200.000 Studierenden und die **Gebührenfreiheit im Erst-**
3015 **studium** erhalten. Außerdem wollen wir das **duale Stu-**
3016 **dium, die universitäre Weiterbildung und das Teilzeitstu-**

3017 **dium** weiter ausbauen. Gegenüber dem Bund setzen wir
3018 uns für ein modernisiertes alters- und elternunabhängi-
3019 ges BAföG ein.

3020

3021 Zur Förderung der Qualität der Lehre wollen wir das **Ber-
3022 liner Zentrum für Hochschullehre (BZHL)** als gemeinsa-
3023 **me Institution für Berliner Hochschulen** stärken, die For-
3024 schung zu Bildungs-, Hochschul- und Wissenschaftsfor-
3025 schung mit Transfer in die Hochschulen verbindet. Ziel ist
3026 es, darüber Weiterbildungsmöglichkeiten zu guter Hoch-
3027 schullehre für Mitglieder der Berliner Hochschulen zu er-
3028 möglichen.

3029 Wir wollen allen, die es anstreben, ein Studium ermög-
3030 lichen, ob Arbeiterkinder oder Geflüchtete. Dazu unter-
3031 stützen wir die Hochschulen dabei, **Programme wie „first-
3032 gen“** (first generation students programme), „**Arbeiter-
3033 kind“ und Erasmus** umzusetzen.

3034

3035 **10.2. Gute Arbeit in der Wissenschaft**

3036 Hervorragende Wissenschaft ist nur mit hervorragenden
3037 Wissenschaftler:innen möglich, die wir durch **gute Be-
3038 schäftigungsbedingungen** für Berlin gewinnen und hier
3039 halten wollen. Promovierende brauchen eine Trennung
3040 von Betreuung, Bezahlung und Bewertung. Sie sollen von
3041 Promotionskomitees begleitet werden. Promotionsstel-
3042 len sollen der Dauer der durchschnittlichen Promotions-
3043 zeit angepasst und bei 100 Prozent Arbeitszeit auch zu 100
3044 Prozent bezahlt werden.

3045

3046 Um die lange Phase der Unsicherheit akademischer Kar-
3047 rieren abzumildern, wollen wir die Schaffung von **Tenure-
3048 Track-Professuren** als regulären Karriereweg zur Lebens-
3049 zeitprofessur an Universitäten und Hochschulen und
3050 damit bessere Perspektiven für den wissenschaftlichen
3051 Nachwuchs fördern. Wir werden Institute, die sich für
3052 die Einführung einer Departmentstruktur mit mehr unbe-
3053 fristeten Beschäftigungsperspektiven entschließen, beim
3054 Strukturwandel unterstützen. Gegenüber dem Bund set-
3055 zen wir uns für die Abschaffung des derzeitigen Wissen-
3056 schaftszeitvertragsgesetzes und für die Schaffung eines
3057 neuen Gesetzes für Perspektiven in der wissenschaftli-
3058 chen Laufbahn ein. Das **wissenschaftsunterstützende Per-
3059 sonal** muss angemessen eingruppiert und bezahlt wer-
3060 den.

3061

3062 Wir prüfen die Errichtung einer **Akademie für Wissen-
3063 schaftsmanagement**, um Karrierewege zu professionali-
3064 sieren. Wir brauchen professionelle Personalentwicklung
3065 und demokratische Hochschulen mit Möglichkeiten der
3066 Partizipation bei der Ausgestaltung und Entwicklung der
3067 Hochschule für alle Mitglieder, um die Vielfalt der Per-
3068 spektiven zum Nutzen der Hochschulen einzubeziehen.

3069

3070 **10.3. Förderung von Forschung zu gesellschaftlichen Her-
3071 ausforderungen**

3072 Kooperation ist eine der Stärken Berlins und das Merkmal
3073 unserer „Berlin University Alliance“, die wir weiter ent-
3074 wickeln wollen. Ebenso wollen wir das außeruniversitäre
3075 Forschungsnetzwerk „Berlin Research 50“ und die **Koope-
3076 ration im Wissenschaftsraum Berlin-Brandenburg** inter-
3077 national stärken. Inter- und transdisziplinäre Forschungs-
3078 verbünde wollen wir fördern und gesellschaftlichen Ent-
3079 wicklungen und Fragestellungen beispielsweise durch die
3080 Etablierung von Black Studies, Bioethik und Stärkung plu-
3081 raler Ökonomik sowie Künstlicher Intelligenz oder Was-
3082 serstofftechnologie.

3083 Wissenschaft muss als Citizen Science auch in Zusam-
3084 menarbeit mit den Bürger:innen der Stadt Raum fin-
3085 den, wie dies am neuen **Wissenschaftscampus für Natur
3086 und Gesellschaft** vom Museum für Naturkunde und der
3087 Humboldt-Universität stattfindet. Wir brauchen moder-
3088 ne **Wissenschaftskommunikation** und Open Science, also
3089 den freien Zugang zu Wissen und Überprüfbarkeit wissen-
3090 schaftlicher Ergebnisse.

3091

3092 Wir stellen weiterhin durch Hochschulverträge eine aus-
3093 kömmlche Finanzierung der Hochschulen sicher, um die
3094 Grundlagenforschung ebenso zu ermöglichen, wie die Ge-
3095 nerierung von unmittelbar anwendbarem Wissen für die
3096 Menschen dieser Stadt. Dabei leiten uns die Ziele gu-
3097 ter nicht-hierarchischer Steuerung (Governance), Diskri-
3098 minierungsfreiheit und Diversität. Das **Berliner Chancen-
3099 gleichheitsprogramm** für Frauen werden wir mit dem Ziel
3100 fortsetzen, die Hälfte aller Professuren und Führungsposi-
3101 tionen mit Frauen zu besetzen.

3102

3103 Wir entwickeln **Berlin als führende Gesundheitsstadt** wei-
3104 ter, um den Menschen die beste Gesundheitsversorgung
3105 zu bieten. Dafür werden wir die international renommier-
3106 te **Charité** weiter in ihrem erfolgreichen Kurs unterstüt-
3107 zen und insbesondere ihre vier Standorte (Campus Berlin
3108 Buch, Campus Charité Mitte, Campus Virchow-Klinikum,
3109 Campus Benjamin Franklin) weiterentwickeln. Nach der
3110 erfolgreichen Integration des **Berliner Instituts für Ge-
3111 sundheitsforschung** in die Charité werden wir die **Errich-
3112 tung des Deutschen Herzzentrums** an der Charité umset-
3113 zen, die Pläne für ein Tumorzentrum vorantreiben und die
3114 Initiative von Charité und dem Max Delbrück Centrum zur
3115 Entwicklung der zellbasierten Medizin unterstützen.

3116

3117 Wir werden weiterhin über die Finanzierung der „**Einstein
3118 Stiftung Berlin**“ innovative und vielfältige wissenschaft-
3119 liche Projektvorhaben unterstützen. Den Wissens- und
3120 Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirt-
3121 schaft, zum Beispiel im **Institut für angewandte For-
3122 schung Berlin (IFAF)** wollen wir weiterentwickeln.

3123

3124 **10.4. Investitionen in die Hochschulinfrastruktur**

3125 Auch die Hochschulen brauchen einen **verlässlichen In-**
3126 **vestitionsplan**. Mittelfristig sollen alle Campi der Hoch-
3127 schulen saniert und entwickelt sein, das betrifft die Hoch-
3128 schule für Wirtschaft und Recht, die Hochschule für Tech-
3129 nik und Wirtschaft, die Alice Salomon Hochschule, den
3130 Beuth-Campus ebenso wie die Planungen der Charité
3131 und die Investitionsbedarfe der Universitäten. Im Hoch-
3132 schulbau können **innovative Technologien** direkt für nach-
3133 haltiges Bauen genutzt werden. Außerdem wollen wir
3134 mehr Vielfalt der Wohnformen für Studierende und Gast-
3135 wissenschaftler:innen verwirklichen und Wohnen bei der
3136 Campus-Entwicklung mitdenken. Mit einem „**Zukunfts-**
3137 **fond Digitalisierung**“ unterstützen wir die Hochschulen
3138 dabei, innovative Lehr- und Lernformen zu entwickeln.

3139

3140 **TEIL IV – Beste Wirtschaft für Berlin in einer sozialen**
3141 **Stadt Kapitel 1: Wirtschaft, Innovation, Technologie – Zu-**
3142 **kunft „made in Berlin“** Vor dem Ausbruch der Corona-
3143 Pandemie hatte Berlin **seit über 15 Jahren im Bundes-**
3144 **vergleich das höchste Wirtschaftswachstum**. Die von der
3145 Dienstleistungs-, Kultur- und Tourismusbranche geprägte
3146 Berliner Wirtschaft ist von den Auswirkungen der Pandei-
3147 mie besonders hart getroffen. Unser Ziel ist, dass die **Wirt-**
3148 **schaft wieder auf Erfolgskurs kommt und zu neuer Stärke**
3149 **findet**.

3150

3151 Wir haben bislang in Berlin auf eine Ansiedlungspoli-
3152 tik gesetzt, die auf Start-Ups, Automotive, Kultur- und
3153 Kreativ- sowie Gesundheitswirtschaft als Schwerpunkte
3154 setzt. Das wollen wir auch künftig ausbauen und indus-
3155 triopolitische Ansätze, insbesondere im Bereich der Um-
3156 welttechnik sowie der Mobilitäts- und Gesundheitswirt-
3157 schaft stärken. Zukunftsfähige Wirtschaftspolitik sehen
3158 wir im Anregen einer engen Verflechtung von moderner
3159 Industrie mit anwendungsorientierter Wissenschaft und
3160 Forschung. Unser Ziel ist die Vertiefung von Wertschöp-
3161 fungsketten, damit Berlin Entwicklungs- und Produkti-
3162 onsort zugleich ist.

3163

3164 **1.1. Innovationscluster Berlin-Brandenburg weiterent-**
3165 **wickeln**

3166 Gemeinsam mit Brandenburg wollen wir die Hauptstadt-
3167 region zu einer der spannendsten Wirtschaftsregionen
3168 Europas entwickeln und die Potenziale beider Bundes-
3169 länder heben. Dazu wird auch der **Flughafen BER** mit
3170 Flugverbindungen in die ganze Welt beitragen. Nach der
3171 Pandemie wird der Flughafenbetrieb auf Normalniveau
3172 dem wirtschaftlichen Aufschwung der Region zusätzli-
3173 chen Schwung geben und weitere Investitionen auslösen.
3174 Die finanzielle Sanierung des Flughafens werden wir ge-
3175 meinsam mit dem Bund und Brandenburg konsequent

3176 vorantreiben.

3177

3178 Wir wollen die gemeinsame **Innovations- und Clus-**
3179 **terstrategie (innoBB 2025) mit Brandenburg** ausbauen
3180 und Berlin-Brandenburg zusammenhängend weiterent-
3181 wickeln. Das schließt Stadtentwicklung und Infrastruktur-
3182 planung genauso mit ein wie Mobilitätskonzepte und Ab-
3183 fallwirtschaft. Zudem sollen wirtschaftsfördernde Institu-
3184 tionen wie Berlin Partner und Visit Berlin mit ihren Bran-
3185 denburger Partnern enger kooperieren können.

3186

3187 Mit der **Berliner Reallabor-Strategie** wollen wir mehr In-
3188 novationsräume in der Stadt schaffen und dabei auch die
3189 Kieze zu Orten der Erprobung machen. Mit Unterstützung
3190 von Innovationslotsen wollen wir Spielräume schaffen,
3191 damit sich junge wie etablierte Unternehmen in räumlich
3192 begrenzten Bereichen ausprobieren können. Dabei wollen
3193 wir Start-Ups mit der starken Berliner Wissenschaftsland-
3194 schaft vernetzen und Berlin zu einem einzigartigen Denk-
3195 und Produktionsort machen. Bei der IBB möchten wir ei-
3196 nen **Innovations-Fonds auflegen**, der Unternehmen da-
3197 bei unterstützt, neue klimafreundliche Technologien zur
3198 Marktreife zu bringen. Zugleich wollen wir die öffentli-
3199 chen Infrastrukturen und Unternehmen dazu nutzen, in-
3200 novative Produkte zu unterstützen, indem wir auf allen
3201 Ebenen Pilotprojekte ermöglichen. Hierzu möchten wir
3202 die **Berliner Start-Up-Agenda** erneuern und die Möglich-
3203 keiten der Wachstumsfinanzierung zusammen mit der
3204 IBB ausbauen. Dazu werden wir den Steuerungskreis In-
3205 dustriepolitik und den Masterplan Industrie weiterent-
3206 wickeln und mit Hilfe einer Investitionsoffensive für zu-
3207 kunftsfähige Infrastrukturen sorgen. Berlin Partner soll im
3208 Rahmen seiner Kernaufgaben verstärkt für die proaktive
3209 und strategische Ansiedlung von innovativen Unterneh-
3210 men(sbereichen), Leitevents sowie die Teilnahme an (in-
3211 ter)nationalen Calls und Wettbewerben eingesetzt wer-
3212 den und geeignete Maßnahmen verankern, um eine viel-
3213 fältige Zielgruppe zu adressieren. Wir schaffen gute Rah-
3214 menbedingungen dafür, dass Berliner Start-Ups auch in
3215 Berlin bleiben.

3216

3217 Wir setzen uns für gleiche Chancen für **Gründerinnen** ein.
3218 Dazu wollen wir sie stärker mit Innovationstreibern und
3219 Politik vernetzen und mit einem **zentralen Fördernaviga-**
3220 **tor** und einem **Chancen-Fonds** den Zugang zu Fremdkapi-
3221 tal erleichtern. Zudem soll gemeinsam mit Brandenburg
3222 ein regelmäßiger Gründerinnen-Report erstellt werden.

3223

3224 Mit 11 Prozent aller Erwerbstätigen weist Berlin einen
3225 sehr hohen Anteil an Soloselbständigen auf. Sie wur-
3226 den von der Corona-Pandemie und den damit einherge-
3227 henden Maßnahmen weitaus stärker getroffen als die
3228 Gruppe der sozialversicherten Beschäftigten. Wir wol-

3229 len alle Selbständigen in Berlin dabei unterstützen, ver-
3230 fügbare Bundes- und Landesmittel zur Überwindung
3231 der coronabedingten Geschäftsausfälle und -einbrüche
3232 auch abzurufen. Parallel wollen wir Soloselbständige mit
3233 Coaching-Programmen unterstützen, um sie in Sachen
3234 Steuerrecht und Buchhaltung besser aufzustellen. Mit
3235 **Mindestvergütungen bei Vergaben von Aufträgen an So-**
3236 **loselbständige** wollen wir diese vor einer Selbstausbeu-
3237 tung schützen und bei Ausschreibungen der Öffentlichen
3238 Hand (zum Beispiel durch kleinteilige Vergaben) einen
3239 besseren Zugang ermöglichen.

3240

3241 Wir wollen Unternehmer:innen außerdem im Verbund
3242 mit Gewerkschaften, Industrie- und Handelskammer
3243 (IHK), Handwerkskammer, den Unternehmensverbänden
3244 Berlin-Brandenburg (UVB), dem Verein Berliner Kaufleute
3245 und Industrieller (VVKI) und Branchenverbänden helfen.

3246

3247 **1.2. Bessere Zusammenarbeit für wirtschaftliches 3248 Wachstum**

3249 Als Berliner SPD stehen wir für den Wirtschaftsstandort
3250 Berlin. Die Stadt und ihre Verwaltung sollen sich dazu stär-
3251 ker als bisher als Partnerinnen und Unterstützerinnen von
3252 Wirtschaft und Innovation verstehen und entsprechend
3253 handeln. Konkret wollen wir, dass Haupt- und Bezirks-
3254 verwaltungen besser zusammenarbeiten und als verant-
3255 wortungsbewusste Teams agieren. Ermessensspielräume
3256 wollen wir stärker nutzen und im Sinne einer guten Feh-
3257 lerkultur nicht nach Argumenten suchen, warum etwas
3258 nicht geht, sondern Dinge ermöglichen. Dazu gehören
3259 klare Kommunikationsregeln zwischen Verwaltung und
3260 Stadtgesellschaft, unter anderem ein **Anspruch auf ei-**
3261 **ne schnelle Reaktion**. Zudem wollen wir die **bezirklichen**
3262 **Wirtschaftsförderungen als Ansprechpartner für Kleine**
3263 **und Mittlere Unternehmen (KMU)** stärken und sie stärker
3264 in Entscheidungen auf Landesebene einbinden.

3265

3266 Die Bedarfe der Wirtschaftsverkehre wollen wir mit un-
3267 seren klima- und stadtpolitischen Zielen in Einklang brin-
3268 gen. Dazu wollen wir im Rahmen eines **Wirtschaftsver-**
3269 **kehrskonzepts** zusammen mit Planer:innen, Innovator:in-
3270 nen und Unternehmen intelligente Lösungsansätze ent-
3271 wickeln und erproben. Hierzu zählen der emissionsar-
3272 me Transport von Waren über Verteilerpunkte, innova-
3273 tive Nutzungen und Ausbau des Öffentlichen Personen-
3274 nahverkehrs (ÖPNV), Förderung von Lastenfahrrädern und
3275 emissionsfreien Kleintransportern ebenso wie bedarfsges-
3276 rechte Kurzzeit-Parkmöglichkeiten für Gewerbetreibende
3277 wie Handwerker oder Pflegekräfte. Für größere, insbeson-
3278 dere industrielle Gewerbegebiete sichern wir die verkehr-
3279 liche Erschließung und eine Anbindung an den ÖPNV.

3280

3281 **1.3. Öffentliche Unternehmen der Daseinsvorsorge aus-**

3282 **bauen**

3283 Öffentliche Daseinsvorsorge braucht starke kommunale
3284 Unternehmen. Sie ermöglichen ein gerechtes, gesicher-
3285 tes und hochwertiges Angebot an gemeinwohlorientier-
3286 ten Leistungen für Unternehmen und Bürger:innen in Ber-
3287 lin. Dazu zählen vor allem die Versorgung mit Energie,
3288 die Wasserver- und Abwasserentsorgung, die Bereitstel-
3289 lung von günstigem Wohnraum, die Gesundheitsversor-
3290 gung sowie Bäder, öffentlicher Verkehr und bestimmte di-
3291 gitale Infrastrukturen. Gleichzeitig sind die landeseigenen
3292 Unternehmen und Betriebe ein wesentlicher Teil der Berli-
3293 ner Wirtschaft und tragen erheblich zur weiteren Entwick-
3294 lung Berlins bei. So fließen die Gewinne der Landesunter-
3295 nehmen nicht in private Kassen, sondern bleiben in öffent-
3296 licher Hand. Sie ermöglichen kommunalen Unternehmen
3297 wie der öffentlichen Hand selbst Investitionen und Inno-
3298 vationen für die Menschen in unserer Stadt.

3299 Wir streben die noch stärkere Aktivierung der kommunal-
3300 len Unternehmen für eine aktive Wirtschafts- und Stadt-
3301 politik an. Heute schon beschließt der Berliner Senat
3302 für alle Landesunternehmen Zielbilder. Diese werden wir
3303 überprüfen und weiterentwickeln. Wir wollen, dass die
3304 öffentlichen Unternehmen aktiv politische und gesell-
3305 schaftliche Ziele unterstützen, so etwa bei der ganzheitli-
3306 chen Planung neuer Stadtteile, dem Ausbau des Verkehrs-
3307 netzes oder im Gesundheitswesen sowie bei den Heraus-
3308forderungen des Klimawandels für unsere Stadt.

3309 Die jährlichen Beschaffungen durch die Landesunterneh-
3310 men in Milliardenhöhe wollen wir stärker für die Errei-
3311 chung unserer strategischen Zielsetzungen wie Innovati-
3312 onskraft oder Klimaneutralität einsetzen. Für die Ber-
3313 liner Wohnungsbaugesellschaften unterstützen wir eine
3314 Kooperation mit den Berliner Stadtwerken bei Solar- und
3315 anderen Energieprojekten.

3316

3317 Ein weiteres Ziel ist die Umsetzung der Rekommunalisie-
3318 rung des Berliner Stromnetzes. Unsere Bemühungen zur
3319 Rekommunalisierung des Gasnetzes setzen wir fort. Au-
3320 ßerdem streben wir eine Rekommunalisierung der Wär-
3321 menetze an. Zur Grundversorgung Berlins zählen wir ne-
3322 ben den Energienetzen unter anderem auch unser Berli-
3323 ner Stadtwerk, die Wasserversorgung oder unsere Bäder-
3324 betriebe. Wir werden prüfen, ob in diesem Bereich struk-
3325 turelle Maßnahmen, wie beispielsweise Zusammenfüh-
3326 rungen oder Kooperationen möglich sind.

3327

3328 **1.4. Berlin als Smart City etablieren – sozial und ökolo-
3329 gisch**

3330 Die Zukunft der großen Städte liegt in starken Kiezen und
3331 Quartieren, sei es bei Fragen klimaneutraler Versorgung,
3332 umweltschonender Mobilität oder ressourcenschonender
3333 Kreislaufwirtschaft. Wie wollen **Berlin als Smart City eta-
3334 blieren** und den Europäischen Green Deal im Sinne einer

3335 sozial-ökologischen Wende zu einem **Social Green Deal** er-
3336 weitern.

3337

3338 Dafür möchten wir das **Berliner Stromnetz zum Real-**
3339 **labor für innovative Technologien der urbanen Energie**
3340 **machen** und hierzu in einem „**Beirat Stromnetze**“ über
3341 die wirtschaftlichen und technischen Möglichkeiten mo-
3342 dernen Netzausbau beraten. Im Rahmen einer Berli-
3343 ner Wasserstoff-Strategie wollen wir gemeinsam mit den
3344 Hochschulen, den Verbänden der Berliner Wirtschaft und
3345 den Betreibern der Energienetze ein Kompetenz- und An-
3346 wendungscluster Wasserstoff gründen.

3347

3348 Beim Thema **umweltschonende Mobilität** ist die Umstel-
3349 lung auf emissionsfreie Antriebskonzepte zentral. Die La-
3350 deinfrastruktur für Elektromobilität werden wir daher
3351 massiv ausbauen, die Errichtung durch private Anbieter
3352 unterstützen und insbesondere bürokratische Hemmnis-
3353 se und rechtliche Hürden abstellen. Damit schaffen wir die
3354 Basis für die weitere Entwicklung Berlins zum Zentrum für
3355 Urbane Mobilität, von der Ladeinfrastruktur über Fahrzeu-
3356 ge bis hin zu modernen digitalen Mobilitätskonzepten.

3357

3358 Zudem ist die Entwicklung zu einer ressourceneffizienten
3359 Kreislaufwirtschaft essentiell. Diese wollen wir mit einer
3360 Vielzahl von Projekten unterstützen: die Förderung von
3361 Reparatur-Cafés in den Kiezen, angewandte Forschung
3362 und Entwicklung im Wirtschaftszweig Kreislaufwirtschaft
3363 – auch in Zusammenarbeit mit der Berliner Stadtrei-
3364 gung (BSR) – und innovative Sharing Plattformen und
3365 Geschäftsmodelle (zum Beispiel „Produkt als Dienstleis-
3366 tung“). Gemeinsam mit Brandenburg soll Berlin sich den
3367 europäischen Initiativen „**Intelligent Cities Challenge**“ so-
3368 wie „Kreislauforientierte Städte und Regionen“ anschlie-
3369 ßen.

3370

3371 1.5. Innovationen „made in Berlin“ ermöglichen

3372 Wir wollen unsere Stadt durch eine wirtschafts- und wis-
3373 sensbasierte Innovationsförderpolitik zu einem **attrakti-**
3374 **ven Ankerplatz für Unternehmen mit weltmarktführen-**
3375 **den Produkten „Made in Berlin“** machen. Mit dem neu-
3376 en Flughafen BER und der Ansiedlung von Tesla in Grün-
3377 heide im Südosten Berlins sind wichtige Weichen dafür
3378 gestellt. Die neuen wirtschaftlichen Hotspots verbinden
3379 wir mit den Zukunftsorten Adlershof und Schöneiche zu
3380 einem Innovationskorridor. Gleichermaßen planen wir im Nord-
3381 westen mit der Verknüpfung der Siemensstadt 2.0. mit
3382 dem Innovationspark „TXL – Urban Tech Republic“. In Tegel
3383 wollen wir einen international vernetzten Spitzenstand-
3384 ort in der Forschung und Entwicklung urbaner Technolo-
3385 gien aufbauen.

3386

3387 Mit der Schaffung der nötigen Infrastruktur und beschleu-

3388 nigten Verfahren etwa bei Baugenehmigungen wollen wir
3389 einen Ergebnistransfer in die Berliner Stadtwirtschaft si-
3390 cherstellen. Dabei sollen Forschungs- und Entwicklungs-
3391 prozesse im Hinblick auf die Entstehung und Etablierung
3392 innovativer Infrastrukturen und Geschäftsmodelle auch
3393 ansässiger Unternehmen einschließen. Eine tragende Rol-
3394 le dafür spielen auch die komplette Ansiedlung der Hoch-
3395 schule für Technik und Wirtschaft in Oberschöneweide
3396 sowie die intelligente Anbindung des Innovationsparks
3397 Wuhlheide und des Technologie- und Gründerzentrums
3398 Schöneweide an den Innovationsstandort Adlershof. Da-
3399 mit stärken wir die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft,
3400 Wissenschaft, Forschung und Zivilgesellschaft und schaf-
3401 fen zugleich Anreize sowohl für institutionelle als auch für
3402 private Investitionen in auf Nachhaltigkeit ausgerichtete
3403 Infrastrukturen und Unternehmen.

3404

3405 **1.6. Lebendige Berliner Mischung erhalten – Handwerk,
3406 Handel, Gewerbe**

3407 Mit dem **Stadtentwicklungsplan Wirtschaft 2030** haben
3408 wir eine Roadmap entwickelt: Wir wollen vorhandene,
3409 noch nicht aktivierte Gewerbegebiete schnellstmöglich
3410 ertüchtigen. Das soll zum Beispiel über Erbpachtverträge
3411 geschehen, die kleine und mittlere Unternehmen (KMU)
3412 schnell und unbürokratisch mit der Berliner Immobilien-
3413 management GmbH (BIM) abschließen können. Wir wol-
3414 len die planungsrechtliche Sicherung bestehender Gewer-
3415 begebiete unterstützen und die von uns entwickelte Nut-
3416 zungskategorie „Urbanes Quartier“ häufiger im Sinne der
3417 Wirtschaft anwenden.

3418 Wir wollen die Aufenthaltsqualität und **Attraktivität von**
3419 **Einkaufsstraßen steigern**, um sie gegenüber dem reinen
3420 Online-Handel zu profilieren: durch Hybride Modelle von
3421 stationärem und online-gestützten Handel, unterstützt
3422 durch städtebauliche Maßnahmen (zum Beispiel Pickup-
3423 Stationen), durch Weiterbildung der Beschäftigten und
3424 der kleinen und mittleren Unternehmen selbst (Digita-
3425 lisierungslotzen) und durch lokale Marktplätze (Online-
3426 Plattformen), auf denen der Einzelhandel seine Produk-
3427 te anbieten kann und die mit der Tourismusförderung
3428 und dem Stadtmarketing verzahnt werden. Den dafür
3429 notwendigen Ausbau der Logistik werden wir unterstüt-
3430 zen. Dazu gehört auch, dass Kooperationsformen wie Zu-
3431 sammenschlüsse von Händler:innen zu „Einkaufsstraßen-
3432 AGs“ sowie Genossenschaften für die Förderung als Busi-
3433 ness Improvement Districts (BIDs) zugelassen werden
3434 – auch kleine, finanzschwache Händlergemeinschaften
3435 sollen Business Improvement Districts errichten können
3436 und die bezirkliche Wirtschaftsförderung künftig ein ei-
3437 genes Initiativrecht erhalten, um ein Business Improve-
3438 ment District auf den Weg zu bringen. Gleichzeitig wol-
3439 len wir die derzeitigen Förderprogramme der Investitions-
3440 bank Berlin dahingehend optimieren, dass sie für die An-

3441forderungen des sich digitalisierenden Einzelhandels pas-
3442send sind.

3443

3444Wir wollen Handwerksbetriebe und ihre Flächen schüt-
3445zen und für den Nachwuchs attraktiv machen. Deshalb
3446möchten wir das **Aktionsprogramm Handwerk fortführen**
3447und die sogenannten Meistermeilen in Berlin erproben.
3448Wir wollen gerade die Meisterausbildung von Frauen und
3449anderen unterrepräsentierten Gruppen stärker unterstüt-
3450zen. Wir wollen unsere Städtepartnerschaften mit dem
3451Globalen Süden, vornehmlich Windhoek (Namibia), Jakar-
3452ta (Indonesien) und gegebenenfalls Mexiko City nutzen,
3453um Handwerkspartnerschaften zu initiieren.

3454

3455 **1.7. Kultur- und Kreativwirtschaft stärken**

3456Die Kultur- und Kreativbranche trägt in erheblichem Ma-
3457ße zur Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Berlin bei
3458und ist eine der größten Branchen der Stadt. Solange Kul-
3459turschaffende und Institutionen pandemiebedingt nicht
3460arbeiten können, müssen die Soforthilfeprogramme des
3461Landes fortgesetzt und hinsichtlich der Zielerreichung ggf.
3462angepasst werden. Längerfristig kommt es der SPD darauf
3463an, **Berlin als Standort der Kulturproduktion, der Verlage,**
3464**der Games-, Musik- und Filmwirtschaft zu stärken.** Berlin
3465muss sich beim Bund dafür einsetzen, dass Clubs als Kul-
3466turorte baurechtlich definiert werden, um sie besser vor
3467Verdrängung zu schützen. Berlin benötigt darüber hinaus
3468wieder eine internationale Kunstmesse, sowie eine Leit-
3469veranstaltung der Games-Industrie. Die Vernetzung der
3470Branche wollen wir weiter unterstützen, insbesondere in
3471Form der Arbeit des medianet berlin/brandenburg.

3472

3473 **1.8. Tourismus fördern**

3474Der Tourismus ist eine wichtige Säule der Berliner Wirt-
3475schaft, stärkt Kultur und Infrastruktur und trägt maß-
3476geblich zum Wirtschaftswachstum bei. Die Pandemie hat
3477auch diese Branche besonders hart getroffen. Hinzu kom-
3478men Veränderungen durch die zunehmende Digitalisie-
3479rung des Kongress- und Messegeschäfts. Wir wollen Ho-
3480teliers und die Messe Berlin bei der Entwicklung hybrider
3481Veranstaltungen unterstützen.

3482

3483Mit einer gezielten Förderung der vielfältigen Tourismus-
3484landschaft in Berlin und der gleichzeitigen Unterstützung
3485von VisitBerlin und den regionalen bezirklichen Akteur:in-
3486nen wollen wir den **Tourismus wiederbeleben**. Hierbei
3487wollen wir ganz Berlin inklusive seiner dezentralen High-
3488lights stärker in den Blick nehmen. Wir unterstützen den
3489Beitritt von Visit Berlin in den Deutschen Tourismusver-
3490band.

3491

3492Die Kultur als entscheidender Faktor im Berlin-Tourismus
3493soll künftig ein besonderer Schwerpunkt der Berlin-

3494 Kommunikation sein. Darüber hinaus wollen wir den
3495 Club-, Gesundheits- und Sporttourismus sowie den nach-
3496 haltigen Tourismus als Wachstumsbereiche unterstützen.

3497

3498 Kapitel 2: Arbeit mit Zukunft – Arbeit von Morgen

3499 **Gute Arbeit ist für uns der Schlüssel zur gesellschaftlichen**

3500 **Teilhabe**. Wir wollen, dass alle an Erwerbsarbeit teilha-
3501 ben und diese mit den anderen Bereichen ihres Lebens
3502 vereinbaren können. Die Corona-Pandemie aber auch der
3503 gegenwärtige Strukturwandel zeigen sehr deutlich, dass
3504 mehr denn je ein System der sozialen Sicherung nötig
3505 ist. Es muss alle Menschen über alle Lebensphasen hin-
3506 weg absichern und im Bedarfsfall neue Chancen bieten.
3507 Gute Arbeit heißt für uns, dass gerechte und existenzsi-
3508 chernde Löhne gezahlt werden. Werkverträge, befristete
3509 Arbeitsverträge, Minijobs und Leiharbeit müssen die Aus-
3510 nahme sein. Unser Ziel ist die konsequente Vermeidung
3511 dieser Arbeitsmodelle und der **Abbau prekärer Beschäfti-**
3512 **gung**. Es müssen auch wieder mehr Betriebe tariflich ge-
3513 bunden sein und Tarifverträge als allgemein verbindlich
3514 erklärt werden.

3515

3516 Wir wollen den negativen Auswirkungen durch die
3517 Corona-Pandemie auf den Arbeitsmarkt spürbar entge-
3518 genwirken und mit gezielten Maßnahmen neue Chancen
3519 für alle schaffen, zum Beispiel mit der **Task-Force „Arbeit**
3520 **und Ausbildung“**. Senat, Gewerkschaften, Kammern,
3521 Betriebe und Verbände sollen gemeinsam an einem Tisch
3522 erarbeiten, wie kurzfristig Aus- und Weiterbildungska-
3523 pazitäten geschaffen werden können. Um den rasanten
3524 Änderungen am Berliner Arbeitsmarkt gerecht zu wer-
3525 den, wollen wir mit **präventiver Arbeitsmarktpolitik**
3526 Menschen gezielt fördern, die ihre Branche wechseln und
3527 den Wunsch haben, einen Beruf mit Fachkäftemangel
3528 etwa im Bereich des Handwerks zu erlernen.

3529

**3530 2.1. Vollbeschäftigung als Ziel – unbefristet, tarifgebun-
3531 den und sozial abgesichert**

3532 Arbeitslosigkeit muss durch eine aktive Arbeitsmarkt-
3533 politik in enger Abstimmung zwischen Land, Bund und
3534 Bundesagentur für Arbeit bekämpft werden. Oberstes
3535 Ziel ist und bleibt es, Menschen aus der Grundsiche-
3536 rung heraus in Arbeit zu bringen. Deswegen wollen wir
3537 mehr **Möglichkeiten und Anreize für Weiterbildung und**
3538 **Qualifizierung** in der Grundsicherung anbieten und för-
3539 dern. Dafür wollen wir verstärkt auf den **Weiterbildungs-**
3540 **bonus** und die **Förderung der dreijährigen Ausbildung**
3541 durch den Bund zurückgreifen. Wir wollen außerdem
3542 die Möglichkeiten des Teilhabechancengesetzes und des
3543 solidarischen Grundeinkommens nutzen, um (langzeit-
3544)arbeitslose Menschen über den sozialen Arbeitsmarkt
3545 wieder in Arbeit zu bringen.

3546

3547 Die Mitarbeiter:innen in den Agenturen für Arbeit und
3548 Jobcentern leisten gerade auch in der Corona-Pandemie
3549 wichtige Arbeit. Im Bund setzen wir uns deshalb für eine
3550 Angleichung der Gehälter der kommunalen Angestellten
3551 an die der Bundesagentur für Arbeit ein.

3552

3553 Überall dort, wo wir in Land und Bezirk Verantwortung
3554 tragen, wollen wir für **gute Arbeitsbedingungen** und die
3555 Befolgung des Grundsatzes „Gleicher Lohn für gleiche
3556 Arbeit“ sorgen. Innerhalb von Landesunternehmen sind
3557 branchenübliche Tarifverträge wie der Tarifvertrag des
3558 Landes (TVL) und der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes
3559 (TVöD) maßgeblich. Dazu gehört die Verbesserung der
3560 Mitbestimmung im Personalvertretungsgesetz des Landes
3561 des Berlin. Wir möchten die Tariftreueregelung weiterentwickeln und den Vergabe- und Landesmindestlohn auf
3563 mindestens 13 Euro anheben. Bei Vergaben sorgen wir für
3564 fairen Wettbewerb, der nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird und geben weiterhin soziale und
3566 qualitative Standards vor.

3567 Zusätzlich wollen wir Tariftreueregelungen und die Kriterien für gute Arbeit in der Wirtschaftsförderung und den
3568 Europäischen Strukturfonds umsetzen. Wir lehnen Ausgründungen aus öffentlichen Betrieben zum Zwecke der
3571 Tarifflucht und des Lohndumpings ab und werden keine
3572 weiteren zulassen. Dort, wo sie zu solchen Zwecken stattgefunden haben, setzen wir uns für eine Rückführung ein.

3574

3575 Bei unseren Zuschuss- und Zuwendungsempfängern werden wir darauf hin, dass die zweckgebundenen öffentlichen Mittel für Personalkosten bei den Arbeitnehmer:innen ankommen. Die **Entgeltgleichheit** zwischen Frauen und Männern ist für uns zwingend. Dafür möchten wir in den landeseigenen Betrieben einen Entgelt-Check einführen, der mögliche Ungleichbehandlungen sichtbar macht und gezielte Maßnahmen ergreifen, dem entgegenzuwirken. Außerdem setzen wir uns für die Stärkung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen ein.

3585

3586 Wir wollen uns im Bund dafür einsetzen, dass Soloselbstständige in allen Zweigen der sozialen Sicherung besser
3587 unterstützen. Wir setzen uns für **Mindestvergütungen für Soloselbstständige** bei öffentlichen Aufträgen ein. Wir wollen im Dialog mit den Soloselbstständigen hierzu konkrete
3591 Maßnahmen entwickeln, die auch ihre Weiterbildung mit
3592 im Blick behält.

3593

3594 Weiter setzen wir uns für einer **Überführung der Minijobs in sozialversicherte Beschäftigung**, auch mit Hilfe gezielter Projekte, ein. Auch im Bereich der haushaltsnahen Dienstleistungen schaffen wir gute Arbeit. **Ausbeutung am Arbeitsmarkt** wollen wir beenden. Wir wollen
3599 das „Berliner Beratungszentrum für Migration und gute

3600 Arbeit“ analog zum Bundesprogramm „Faire Mobilität“
3601 institutionell verstetigen. Wir möchten illegale Beschäfti-
3602 gung und die damit verbundene Arbeitsausbeutung wei-
3603 ter bekämpfen.

3604

3605 Über Branchen hinweg möchten wir die Einhaltung **der**
3606 **Arbeitsschutzgesetze verbessern**. Wir wollen eine deutli-
3607 che Steigerung der Betriebsbesichtigungen erreichen. Da-
3608 zu wird eine Beschwerde- und Informationsstelle einge-
3609 richtet, die sich an Beschäftigte sowie Betriebsräte und Ar-
3610 beitgeber:innen richtet (Arbeitsschutz-Hotline). Wir star-
3611 ten einen Dialog „Neue Arbeit“ (mobile Arbeit) mit
3612 dem Landesamt für Arbeits- und Gesundheitsschutz, den
3613 Unfall-, Kranken- und Rentenversicherungen und den Ge-
3614 werkschaften, mit dem Ziel einer Beratungs- und Unter-
3615 stützungsstruktur für die Betriebsparteien.

3616

3617 **2.2. Ausbildung, Berufsorientierung und Arbeitsmarkt-
3618 integration fördern**

3619 Alle Schüler:innen sollen den Beruf ihrer Wahl erlernen
3620 können. An den Schulen, an denen ein Übergang bislang
3621 seltener gelingt, wollen wir Angebote zur **Berufsorientie-
3622 rung verstärken**. Die Ausstattung der Jugendberufsagen-
3623 turen werden wir weiter verbessern. Wir setzen uns au-
3624 ßerdem für eine gute Zusammenarbeit zwischen Schulen,
3625 Betrieben und Universitäten für Praktika ein und die Ein-
3626 beziehung der Perspektive von jungen Menschen durch
3627 die Kooperation mit Schüler:innenvertretungen und Ju-
3628 gendgewerkschaften.

3629

3630 Wir wollen die **Berliner Ausbildungs-Offensive** stärken.
3631 Das Land Berlin muss dabei vorangehen und mehr Aus-
3632 bildungsplätze schaffen. Wir möchten das Angebot „Ver-
3633 bundberatung Duale Berufsausbildung in Berlin“ weiter
3634 unterstützen und ausbauen. Das Berliner Ausbildungs-
3635 platzprogramm (BAPP) wird weitergeführt. Besonders Al-
3636 leinerziehende, Eltern und Auszubildende, die Angehörige
3637 pflegen, brauchen unsere Unterstützung. Wir werden uns
3638 deshalb in Zusammenarbeit mit der Berliner Wirtschaft
3639 und den Gewerkschaften für flexiblere Ausbildungsmo-
3640 delle und Teilzeitausbildungen einsetzen.

3641

3642 Wir unterstützen die Wirtschaft dabei, ihrer Verpflichtung
3643 nachzukommen, ausreichend gute und fair bezahlte, auch
3644 Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen und zu finan-
3645 zieren.

3646

3647 Wir möchten einen inklusiven Arbeitsmarkt, der keinen
3648 Menschen ausschließt. Wir unterstützen Unternehmen,
3649 Institutionen und die Berliner Verwaltung dabei, Men-
3650 schen mit Behinderungen zu beschäftigen.

3651

3652 Eltern wollen wir den Wiedereinstieg in den Beruf er-

3653 leichten und das berufliche **Fortkommen von Menschen**
3654 **mit Familienverantwortung nachhaltig verbessern**. Hier-
3655 für wollen wir die bisherigen Maßnahmen zu familienori-
3656 entierten Personalstrategien ausbauen. Dazu gehören et-
3657 wa eine kostenfreie, mehrsprachige Beratung zu Eltern-
3658 zeit und Pflege von Angehörigen sowie kostenfreie Maß-
3659 nahmen zum Qualifikationserhalt und zur Rückkehr in
3660 den Beruf.

3661

3662 Die **Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten** muss ver-
3663 bessert werden. Der Aus- und Weiterbildung, der Aner-
3664 kennung von ausländischen Berufsabschlüssen sowie die
3665 berufsbezogene Sprachförderung kommt dabei neben ge-
3666 zielter Beratung eine wichtige Rolle zu. Bestehende Ar-
3667 beitsverbote für geduldete Menschen wollen wir beenden
3668 und somit den Zugang zur Erwerbstätigkeit ermöglichen.
3669 Ziel aller Maßnahmen ist eine sichere und anständig be-
3670 zahlte Beschäftigung.

3671

3672 **TEIL V – Bürgernahe Verwaltung, funktionierende Stadt**
3673 **Kapitel 1: Die Berliner Verwaltung als Dienstleister für die**
3674 **Stadt**

3675

3676 **1.1. Bürgernaher und effizienter Verwaltungsservice**

3677 Eine gute Verwaltung ist die Basis für das Funktionieren
3678 einer Großstadt. Der Öffentliche Dienst ist der Garant für
3679 Stabilität und eine tragende Säule unserer Demokratie.
3680 Die Berlinerinnen und Berliner und alle in Berlin Ansäs-
3681 sigen vertrauen nicht nur in Krisenzeiten einem verläss-
3682 lichen starken Staat, der sich mit seinen vielfältigen An-
3683 geboten als Dienstleister für die Menschen in Berlin ver-
3684 steht.

3685

3686 **Wir wollen, dass die Bewohner:innen und Unternehmen**
3687 **unserer Stadt die Berliner Verwaltung bürgerorientiert,**
3688 **barrierefrei, schnell und effizient erleben**. Es macht da-
3689 bei keinen Unterschied, ob die Menschen die erforderli-
3690 chen Dienstleistungen digital oder persönlich vor Ort er-
3691 ledigen wollen. Die Mitarbeiter:innen der Berliner Verwal-
3692 tung kümmern sich gewissenhaft, zuverlässig und zügig
3693 um deren Anliegen. Leistungen der Bürger- und Standes-
3694 ämter, der Jugend- und Sozialämter, die Anmeldung der
3695 Kinder an einer Schule oder auch die Genehmigung für die
3696 Sondernutzung von Straßenland für eine Gaststätte sind
3697 in Hellersdorf und Spandau dieselben wie in Karlshorst
3698 oder Frohnau. Deshalb werden wir Bürger- und Unterneh-
3699 mensleistungen vereinheitlichen und vor allem **Doppel-**
3700 **zuständigkeiten systematisch weiter abbauen**.

3701

3702 Die SPD Berlin will, dass die Verwaltung als Teil der so
3703 wichtigen öffentlichen Daseinsvorsorge für die Menschen
3704 da ist. Sie wird die technischen Voraussetzungen für digi-
3705 tale Angebote weiter ausbauen und gleichzeitig die Vor-

3706 Ort-Präsenz stärken. Wir werden in Ergänzung zu den
3707 Bürgerämtern **ämterübergreifende Kiezbüros oder mobi-**
3708 **le Bürgerämter** einrichten und damit eine neue Generati-
3709 on von Ämtern als serviceorientierte Anlaufstellen schaf-
3710 fen, die in der Regel nach dem One-Stop-Office-Prinzip
3711 arbeiten: Ein Schreibtisch, alle Leistungen, inklusive Be-
3712 ratung bei komplizierten Sachverhalten. In Kiezbüros ist
3713 der Staat für seine Bürger:innen in direkter Nachbarschaft
3714 ansprechbar. Kiezbüros können darüber hinaus auch als
3715 Kieztreffs dienen und Versammlungsorte engagierter Be-
3716 wohner:innen werden.

3717

3718 1.2. Zwölf starke Bezirke und eine starke Stadt

3719 Der **Zukunftspakt Verwaltung**, den der Senat und alle
3720 Bezirksbürgermeister:innen geschlossen haben, stellt die
3721 Weichen für eine **klare Verantwortung und konstruktive**
3722 **Zusammenarbeit zwischen Senat und Bezirken**. Die SPD
3723 will darauf aufbauen und den nächsten Schritt gehen,
3724 indem wir über eine **Verfassungsänderung** zeitgemäße
3725 Steuerung und klare und effiziente Strukturen verankern.
3726 In einem parteiübergreifendem **Verfassungskonvent** wer-
3727 den wir das künftige **Verhältnis zwischen Senat und Bezir-**
3728 **ken neu definieren**. Aufgaben, Kompetenzen und Verant-
3729 wortung der Bezirksverwaltungen und der Senatsverwal-
3730 tungen müssen eindeutig geregelt und zugeordnet wer-
3731 den. Dies gilt auch und vor allem für die politische Ver-
3732 antwortung in den Bezirksämtern, bei den Bezirksbürger-
3733 meister:innen und den Bezirksverordnetenversammlun-
3734 gen.

3735

3736 Die SPD will, dass die **Daten laufen – nicht die Bürger:in-**
3737 **nen**. Mit 120 Verwaltungsleistungen, die Unternehmen
3738 und Bürger:innen online zur Verfügung stehen, ist Berlin
3739 im Städte-Vergleich bereits gut aufgestellt. Die SPD will
3740 das noch verbessern und wird **für die wichtigsten Ver-**
3741 **waltungsleistungen Online-Anwendungen anbieten**. Wir
3742 wollen nach dem „Lebenslagen-Prinzip“ handeln. Das be-
3743 deutet, dass wir die unterschiedlichen Verwaltungsleis-
3744 tungen automatisch bündeln, sodass zum Beispiel bei der
3745 Geburt eines Kindes nur einmal Kontakt zu einer Ver-
3746 waltung aufgenommen werden muss. Berlin arbeitet be-
3747 reits heute mit allen Ländern und dem Bund an einfachen
3748 und rechtssicheren Lösungen bei der Umsetzung. Wir sind
3749 vorn mit dabei, wenn es um die praktische Umsetzung
3750 geht.

3751

3752 Unser Ziel ist ein **digital souveränes Berlin** mit einem voll-
3753 ständig digitalisierten Serviceangebot. Digitale Verwal-
3754 tungsangebote müssen bekannt sein, um genutzt zu wer-
3755 den. Deshalb starten wir eine Werbekampagne für die be-
3756 stehenden digitalen Verwaltungsservices, im öffentlichen
3757 Raum, in den Bürgerämtern der Bezirke, in den sozialen
3758 Medien sowie über die entsprechenden Beratungsstellen.

3759 Diesen Komfort wollen wir auch für die **Leistungen der**
3760 **Verwaltung zum Standard machen.**

3761

3762 Das **Serviceportal** www.service.berlin.de¹ und die **Ber-**
3763 **lin.de Service-App** werden wir nutzerfreundlich weiter-
3764 entwickeln, stetig aktualisieren und mit dem Servicekonto
3765 Berlin für alle Bürger:innen und Unternehmen verknüpfen
3766 sowie deren Benutzeroberflächen in einem bürgerfreund-
3767 lichen Design vereinheitlichen. Mit Blick auf die Interna-
3768 tionalität der Einwohner:innen Berlins werden wir das
3769 Sprachangebot der verfügbaren Informationen im Berli-
3770 ner Internetauftritt des Landes ausbauen.

3771

3772 Im Sinne einer bürgernahen und transparenten Verwal-
3773 tung erweitern wir mit dem **Berliner Transparenzgesetz**
3774 die Zugänge zu Informationen aus Verwaltung und Poli-
3775 tik. Künftig werden alle wichtigen Daten auf einem **Ber-**
3776 **liner Transparenzportal** für alle frei einsehbar zur Verfü-
3777 gung stehen. Das dafür notwendige Personal stellen wir
3778 zur Verfügung.

3779

3780 **Eine moderne Verwaltung braucht Innovation.** Berlin hat
3781 mit dem **CityLab** einen vielfach beachteten Ort, an dem
3782 die Berliner Verwaltung in enger und kreativer Zusam-
3783 menarbeit mit Vertreter:innen aus Wissenschaft, Wirt-
3784 schaft und Stadtgesellschaft neue Prozesse und Ideen ent-
3785 wickeln, diskutieren und ausprobieren kann. Mittelfristig
3786 soll das CityLab auch in den Bezirken präsent sein und
3787 – möglichst unter Einbeziehung der lokalen Wirtschaft –
3788 Ideen für eine moderne Verwaltung entwickeln und so ei-
3789 ne moderne Bezirksverwaltung mitgestalten.

3790

3791 **1.3. Arbeiten für die beste Stadt der Welt – mit gutem**
3792 **Personal**

3793 In den letzten Jahren wurde in fast allen Verwaltungen
3794 zusätzliches Personal eingestellt. Aktuell arbeiten in den
3795 Senats- und Bezirksverwaltungen, Polizei, Feuerwehr und
3796 Schulen über 125.000 Beschäftigte, als Beamten und
3797 Beamte oder Tarifbeschäftigte in über 100 Berufen. Die
3798 SPD Berlin steht für einen weiteren, moderaten Personal-
3799 aufbau, wenn wir auch in Zukunft einen schnellen und
3800 verlässlichen Verwaltungsservice sicherstellen wollen.

3801

3802 **Arbeiten für die beste Stadt der Welt ist nicht bloß ein Job.**

3803 Es ist eine Aufgabe für Menschen, die ihre Stadt mitgestal-
3804 ten wollen. Die SPD Berlin steht für eine moderne Verwal-
3805 tungskultur, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt.

3806 Diese Haltung setzt eine **Wertschätzung der Beschäftig-**

3807 **ten und ihrer beruflichen Interessen** voraus. Das fängt bei
3808 der Bezahlung an. Wir haben die Besoldung und Tarifent-
3809 gelte in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht und auf

3810 ein durchschnittliches Niveau der Länder gebracht. Die
3811 **Berlin-Zulage** für alle Beschäftigten des Landes ist ein gro-

3812 **Ein Schritt zur Attraktivitätssteigerung des öffentlichen
3813 Dienstes. Der Beförderungsstau wurde ebenfalls aufge-
3814 löst. Diese positive Entwicklung der letzten Jahre muss ge-
3815 sichert bleiben.**

3816

3817 Geld ist aber nicht alles: **Faire Arbeitsbedingungen, kon-
3818 struktives Miteinander, eine offene und wertschätzende
3819 Arbeitsatmosphäre** sind ebenso wichtig für die Zufrieden-
3820 heit der Beschäftigten. Hier sind alle Ebenen gefordert
3821 und ein Paradigmenwechsel in der Arbeits- und Führungs-
3822 kultur erforderlich. Wir wollen keine bloßen Vorgesetzten,
3823 sondern verantwortungsbewusste flexible Führungskräf-
3824 te, die im Zeitalter von Arbeit 4.0 die digitale Transfor-
3825 mation vorantreiben und die Partizipation, Eigenverant-
3826 wortung und Vielfalt ihrer Mitarbeiter wertschätzen und
3827 fördern. Mit der Gründung einer eigenen **Führungskräf-
3828 teakademie** haben wir den Wandel begonnen. Die SPD
3829 will gezielte und moderne Personalentwicklungskampa-
3830 gnen für engagierte, kompetente und motivierte Beschäf-
3831 tigte aller Verwaltungsebenen durchführen. Gute Politik
3832 braucht eine gute Verwaltung. Und eine gute Verwaltung
3833 braucht gute Politik und das beste Personal.

3834

3835 Teil einer guten Personalpolitik sind **familienfreundliche
3836 und moderne Arbeitsbedingungen**. Wir wollen daher ei-
3837 ne **flexiblere und mobile Arbeitsorganisation, Arbeitsum-
3838 gebung und Ausstattung** sicherstellen, insbesondere für
3839 das Arbeiten im Homeoffice. Im Sinne einer guten Perso-
3840 nalpolitik wollen wir verstärkt in die IT-Infrastruktur, IT-
3841 Ausstattung und in moderne digitale Anwendungen und
3842 Kollaborationstools investieren, insbesondere in den 12
3843 Bezirken. Dabei werden alle IT-Vorhaben standardisiert,
3844 nutzerfreundlich, datenschutzgerecht und barrierefrei ge-
3845 staltet.

3846

3847 Wertschätzung für Mitarbeitende in der Verwaltung
3848 drückt sich auch in der **Gestaltung der Arbeitsräume aus**.
3849 Modernes Mobiliar in den Büros oder die Gestaltung
3850 innovativer und flexibel nutzbarer Arbeitslandschaften
3851 und unterschiedlich nutzbarer Kommunikationsorte sind
3852 wichtige Bestandteile einer modernen Arbeitsplatzgestal-
3853 tung. Bei der Planung orientieren wir uns am Konzept des
3854 "Design für Alle" im Sinne der barrierefreien Gestaltung
3855 öffentlicher Gebäude. Viele ältere Dienstgebäude sind für
3856 die Bürger:innen und die Beschäftigten nicht mehr an-
3857 sprechend und modern genug ausgestattet. Wir werden
3858 den hohen Investitionsstau bei der **Sanierung und Moder-
3859 nisierung unserer Verwaltungsgebäude** konsequent auf-
3860 lösen und weiter in das Gebäudemanagement, vor allem
3861 an der so wichtigen Schnittstelle zur IT-Infrastruktur, in-
3862 vestieren. Investitionen in die Bausubstanz sind immer
3863 auch Investitionen in die Menschen, die dort arbeiten. Bei
3864 dieser Neugestaltung wollen wir, wo möglich, auch Räu-

3865 me für Betriebskitas und Aufenthaltsmöglichkeiten für
3866 Beschäftigte mit Kindern schaffen.

3867

3868 Angesichts der Pensionierungswelle in den nächsten Jah-
3869 ren ist das Thema **Personalgewinnung und -entwicklung**
3870 zentral. Um möglichst vielen Jugendlichen eine Zukunfts-
3871 perspektive zu ermöglichen, bietet das Land Berlin ein
3872 breites Spektrum an Ausbildungsberufen an. Für die Aus-
3873 bildungsgänge im öffentlichen Dienst stellen wir genü-
3874 gen kompetente Ausbilder:innen bereit um eine qualita-
3875 tiv hochwertige Ausbildung mit guter Betreuung zu bie-
3876 ten. Berlin als Bundeshauptstadt und attraktive Stadt für
3877 Menschen aus dem In- und Ausland steht in einem star-
3878 ken Konkurrenzverhältnis mit anderen Verwaltungen und
3879 Unternehmen. Deshalb müssen wir im Wettbewerb um
3880 die besten Köpfe die besten Arbeitsbedingungen bieten
3881 und auch mit der **Verbeamtung der Beschäftigten** kon-
3882 kurrenzfähig sein. Wir werden weiter daran arbeiten, bei
3883 der Bezahlung der Beschäftigten auf allen Ebenen wett-
3884 bewerbsfähig zu sein. Wir wollen auch die Konkurrenz
3885 um die besser bezahlten Positionen innerhalb der Berli-
3886 ner Verwaltungen beenden und noch mehr Flexibilität so-
3887 wie Durchlässigkeit schaffen. Das öffentliche Dienstrecht
3888 muss an die sich verändernden Rahmenbedingungen an-
3889 gepasst und modernisiert werden, um den Zugang für
3890 Quereinsteiger:innen zu vereinfachen.

3891

3892 Durch eigene **Ausbildungsprogramme, duale Studien-**
3893 **angebote oder Nachwuchskräfteprogramme, schnelle**
3894 **und gebündelte Einstellungsverfahren**, den Ausbau von
3895 Wohnraum für Anwärter:innen, Auszubildenden und du-
3896 al Studierende, attraktive Arbeitsbedingungen sowie ge-
3897 zielte, individuelle Entwicklungsperspektiven werden wir
3898 auch in Zukunft qualifizierte Bewerber:innen als künftige
3899 Kolleg:innen für die vielfältigen Aufgaben in der Berliner
3900 Verwaltung gewinnen und binden. Zugleich wollen wir für
3901 die Mitarbeiter:innen in der Verwaltung eine digitale Qua-
3902 lifizierungsoffensive starten.

3903

3904 Eine Stärke Berlins ist die große Vielfalt der Menschen.
3905 Die SPD setzt sich dafür ein, dass sich diese Vielfalt noch
3906 stärker in der Verwaltung widerspiegelt. Mehrsprachig-
3907 keit und interkulturelle Kompetenz sind für die Arbeit in
3908 unseren Senatsverwaltungen und Bezirksämtern, der Po-
3909 lizei und Feuerwehr mindestens genauso wichtig wie gu-
3910 te Noten. Dafür machen wir uns stark und werben für ei-
3911 nen höheren Anteil von Beschäftigten mit Migrationsge-
3912 schichte in der Berliner Verwaltung, auch in Führungspo-
3913 sitionen. Menschen mit Migrationsgeschichte in Leitungs-
3914 funktionen sind ein starkes Signal in die migrantisch ge-
3915 prägten Communities und haben Vorbildcharakter.

3916

3917 Insbesondere für Führungskräfte und Mitarbeitende un-

3918 serer Sicherheitsbehörden wird es regelmäßige Schulun-
3919 gen, Fort- und Weiterbildungen zu interkultureller Kom-
3920 petenz und Demokratiebildung geben. Wir brauchen dar-
3921 über hinaus eine verstärkte Sensibilisierung von Behör-
3922 denmitarbeiter:innen im Umgang mit Bürger:innen, aber
3923 auch Kolleg:innen, die Verschwörungsmythen verbreiten
3924 oder sich rassistisch oder extremistisch äußern.

3925 **Kapitel 2: Digitalpolitik für eine „smarte“ Stadt Berlin**

3926

3927 **2.1. Digitalisierung der Verwaltung**

3928 Wir wollen mit den digitalen Möglichkeiten das Leben
3929 der Menschen positiv verändern. Eine **moderne, standar-**
3930 **disierte, leistungsstarke und professionell betriebene IT-**
3931 **Infrastruktur** des Landes Berlin ist Voraussetzung für ei-
3932 nen schnellen und bürgernahen Verwaltungsservice. Mit
3933 einer **gemeinsamen Digitalisierungsstrategie für die Ver-**
3934 **waltung** sorgen wir für eine einheitliche Steuerung und
3935 dafür, dass Digitalisierung in allen Bereichen Priorität hat.
3936 Für diese Steuerung ist eine landesweite Verantwortlich-
3937 keit vorgesehen, die in der Lage ist, die Digitalisierungs-
3938 aktivitäten der Senats- und Bezirksverwaltungen zusam-
3939 menzuführen sowie die übergeordnete Strategie zu koor-
3940 dinieren. Darüber hinaus soll **in jeder Behörde eine „Stab-**
3941 **stelle Digitalisierung“** eingerichtet werden. Die Investitio-
3942 nen in die Modernisierung und Standardisierung der Tech-
3943 nik der Berliner Verwaltung werden in den nächsten fünf
3944 Jahren verstärkt. Im Zentrum einer verantwortungsvollen
3945 Berliner Digitalpolitik steht außerdem der Schutz privater
3946 und öffentlicher Daten. Berlin ist sich seiner **Verantwor-**
3947 **tung für Datenschutz und Datensicherheit** bewusst und
3948 handelt entsprechend.

3949

3950 **2.2. Digital auf dem Weg in das smarte Berlin**

3951 Die SPD wird die Digitalisierung unserer Stadt weiter ak-
3952 tiv gestalten und vorantreiben. Als Modellprojekt des Bun-
3953 des werden wir die **Berliner Smart-City-Strategie formu-**
3954 **lieren und umsetzen**. Wir wollen, dass von bestehenden
3955 und zukünftigen digitalen Techniken nicht primär Tech-
3956 nologieunternehmen profitieren, sondern vor allem die
3957 Berliner:innen. Wir wollen, dass **Gemeinwohl, Nachhaltig-**
3958 **keit und Teilhabe die Maßstäbe für die Digitalisierung der**
3959 **Stadt** sind.

3960

3961 Wir werden dafür gemeinsam mit starken Partnern nach
3962 den besten Lösungen suchen – mit der Berliner Wirt-
3963 schaft, der Berliner Wissenschaft, den großen Technolo-
3964 gieunternehmen und der Stadtgesellschaft. Wir haben
3965 das beste Know-How in unserer Stadt, mit dem wir die
3966 Chancen der Digitalisierung nutzen wollen. Dieser Prozess
3967 muss zentral und in Zusammenarbeit mit erfahrenen Ex-
3968 pert:innen geführt werden.

3969

3970 **2.3. Breitband-Infrastrukturausbau beschleunigen**

3971 Auch wichtige Bereiche der digitalen Infrastruktur sehen
3972 wir als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge in unserer
3973 Stadt. Wir werden uns in Bund und Land für eine **Gigabit-**
3974 **Strategie** einsetzen, um den bisher stockenden Breitband-
3975 Infrastrukturausbau zu beschleunigen und möglichst al-
3976 len Unternehmen und allen Bürger:innen einen Glasfa-
3977 seranschluss zu ermöglichen. Auch den Zugang zur 5G-
3978 Infrastruktur und kommenden Netztechnologien wollen
3979 wir so vorantreiben. Wir werden die Gründung eines Ber-
3980 liner Infrastrukturbetriebes zum Ausbau und Betrieb von
3981 modernen Infrastruktur-Netzen prüfen.

3982

3983 **Kapitel 4: Verantwortungsvolle und verlässliche Finanz-**
3984 **und Haushaltspolitik**

3985 Die SPD hat die Berliner Finanz- und Haushaltspolitik der
3986 letzten Jahrzehnte erfolgreich geprägt. Nach dem plötz-
3987 lichen Wegfall der Bundesförderungen in beiden ehema-
3988 ligen Stadthälften und dem Berliner Bankenskandal war
3989 unsere Stadt praktisch handlungsunfähig. Berlin musste
3990 zusätzlich den Wegfall von jährlich zwei Milliarden Euro
3991 aus Solidarpaktmitteln verkraften. Zugleich waren zahl-
3992 reiche schmerzhafte Konsolidierungsentscheidungen Ge-
3993 genstand des politischen und gesellschaftlichen Konsen-
3994 ses. Wir haben mit unserer ausgewogenen und voraus-
3995 schauenden Finanzpolitik dafür gesorgt, dass Berlin in fi-
3996 nanziell besseres Fahrwasser kommt, indem wir **konsoli-**
3997 **dieren und investieren.**

3998

3999 Wir haben den erzwungenen Personalabbau gestoppt
4000 und mit einem behutsamen **bedarfsgerechten Personal-**
4001 **aufbau** umgesteuert. Wir investieren wieder in unse-
4002 re Infrastruktur. Heute liegt die Investitionsquote statt
4003 auf dem bundesweit letzten, auf einem vorderen Platz,
4004 die Stadt fährt nicht mehr auf Verschleiß. Unsere poli-
4005 tische Priorisierungsentscheidung für die **Schulbauoffen-**
4006 **sive** steht stellvertretend für dieses Umsteuern. Wir ha-
4007 ben nicht nur Privatisierungen gestoppt, sondern zum
4008 Beispiel mit den Berliner **Stromnetzen**, umfangreichen
4009 Gebäude- und Wohnungsbeständen oder den **Wasserbe-**
4010 **trieben kommunalisiert**. Zugleich konnten wir die **Was-**
4011 **serpreise** nicht nur stabilisieren, sondern mehrfach **sen-**
4012 **ken**. Unsere Politik entlastet den Berliner Landeshaushalt
4013 und zahlt sich für die Berliner:innen unmittelbar aus.

4014

4015 Wir haben in den zurückliegenden Jahren durch kluge
4016 Haushaltspolitik jährlich positive Abschlüsse erreicht, als
4017 echte **Haushaltsüberschüsse**. Die SPD-Politik hat die er-
4018 drückenden **Schulden** der Stadt um viele Milliarden Euro
4019 **zurückgeführt** und zugleich die Grundsatzentscheidung
4020 getroffen, die Investitionen zu verstärken. Das von uns
4021 geschaffene Instrument „**Sondervermögen Infrastruktur**
4022 **der Wachsenden Stadt und Nachhaltigkeitsfonds (SIWA-**
4023 **NA)**“ ist heute ein etabliertes und wirksames Investitions-

4024 instrument – eine Investitionsrücklage von mehr als drei
4025 Milliarden Euro.

4026

4027 Wir haben die Bezahlung unserer Mitarbeiter:innen an
4028 den Durchschnitt der Bundesländer herangeführt und zu-
4029 sätzlich mit der „**Berlin-Zulage**“ den öffentlichen Dienst
4030 gestärkt. Unsere Haushalts- und Finanzpolitik hat zu wirk-
4031 samen **Entlastungen der Berliner:innen** geführt. Die Schü-
4032 ler:innen fahren kostenfrei mit den Öffentlichen. In der Ki-
4033 ta, im Hort, beim Schulessen, beim Büchergeld und an der
4034 Uni gilt: **Gebührenfreiheit entlastet unsere Familien** und
4035 sorgt für Chancengleichheit. Diese Politik wollen wir fort-
4036 führen.

4037

4038 Die Pandemie hat uns auch finanzpolitisch vor große
4039 Herausforderungen gestellt und gezeigt, wie wichtig ein
4040 handlungsfähiger Staat ist. Die SPD geführte Landesre-
4041 gierung hat sofort und entschieden die massive Unter-
4042 stützung der Wirtschaft, der Selbständigen, der Kultur-
4043 schaffenden und auch der Familien durchgesetzt. Wir ha-
4044 ben die Krankenhäuser und öffentlichen Betriebe gera-
4045 de während der Pandemie gestützt, um deren Leistungen
4046 für die Berliner:innen zu erhalten und auszubauen. Mit
4047 der SPD wird es **kein „Heraussparen“ aus der Krise** geben.
4048 Wir werden Berlin mit Konjunkturprogrammen, Starthil-
4049 fen und gezielten Investitionen in Wirtschaft und Arbeits-
4050 plätze aus den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie füh-
4051 ren.

4052 TEIL VI – Berlin in Sicherheit

4053 Berlin ist die **Stadt der Freiheit**. Freiheit ist einer der
4054 Grundwerte der SPD. Wir sind ihr verpflichtet und sie ist
4055 Maßstab unseres Handelns. Das gilt in ruhigen genauso
4056 wie in unruhigen Zeiten. Freiheit bedeutet ein selbstbe-
4057 stimmtes Leben ohne Not und Zwang. Wer konkret von
4058 Kriminalität bedroht ist oder sich aus Angst davor nicht
4059 mehr in den Stadtpark traut, handelt nicht mehr frei. Des-
4060 halb gilt für uns der Grundsatz: die Sicherheit muss immer
4061 der Freiheit dienen. Das ist für uns Kernaufgabe des Sta-
4062 tes.

4063

4064 Für die SPD bedeutet Sicherheit mehr als nur die Abwe-
4065 senheit von Gewalt und Verbrechen. Sicherheit ist auch
4066 der Schutz vor sozialem Abstieg, Armut und gesellschaft-
4067 licher Ausgrenzung. Wir wollen, dass alle Menschen in un-
4068 serer Stadt sicher leben können und nicht nur die, die sich
4069 persönliche Sicherheit leisten können.

4070

4071 Die innere Sicherheit ist bei der SPD in guten Händen.
4072 Die SPD ist die **Rechtsstaatspartei**, die für Freiheit und
4073 Sicherheit sorgt. Beides gehört für uns zusammen: Un-
4074 sere Freiheit muss durch die unbedingte **Achtung der**
4075 **Menschen- und Bürgerrechte** durch alle Staatsgewalten
4076 und die Gewährleistung einer unabhängigen und bür-

4077 gernahen Rechtsprechung geschützt werden. Wir wol-
4078 len einen starken Rechtsstaat, dem die Menschen ver-
4079 trauen, der Regelverletzungen konsequent und nachhal-
4080 tig verfolgt und der keine rechtsfreien Räume oder Ge-
4081 walt zulässt. Daher gehen wir gezielt gegen Kriminali-
4082 tät und Ordnungswidrigkeiten im öffentlichen Raum vor.
4083 Gewalttätige Übergriffe, illegale Autorennen, gewaltori-
4084 entierte Hausbesetzungen, Drogenhandel und Sperrmüll
4085 auf den Straßen sind kein Ausdruck eines freien und viel-
4086 fältigen Lebensgefühls, sondern führen bei vielen Bürge-
4087 rinnen und Bürgern zu Unsicherheit und zu einem schlei-
4088 chenden Vertrauensverlust in den Staat und seine Insti-
4089 tutionen. Wir befürworten den Staat und misstrauen ihm
4090 nicht. Wir werden Polizei, Ordnungsbehörden und Justiz
4091 stärken, um Freiheit, Sicherheit und Vielfalt für alle zu ge-
4092 währleisten.

4093

4094 **Kapitel 1: Soziale Sicherheit stärken**

4095 Sozialer Zusammenhalt stärkt unsere Stadtgesellschaft.
4096 Soziale Sicherheit verstehen wir als Grundbedürfnis al-
4097 ler Berliner:innen. Um sie umsetzen, brauchen wir ein
4098 Hilfesystem mit guten Arbeits- und Rahmenbedingun-
4099 gen. Leistungsberechtigten sollen ihre Rechtsansprüche
4100 auf Hilfen schnell gewährt werden. Hilfesuchende sollen
4101 ohne Hürden oder komplizierte Anträge individuelle Un-
4102 terstützung erhalten. Diese Leistungsgewährung wollen
4103 wir in jedem Bezirk in gleich guter Qualität umsetzen.
4104 Wir verstehen die Berliner Wohlfahrtsverbände, Hilfsor-
4105 ganisationen, gemeinwohlorientierten und gemeinnützi-
4106 gen Organisationen als verlässliche Partner:innen bei der
4107 Sicherung der sozialen Infrastruktur.

4108

4109 **1.1. Strukturen vor Ort stärken**

4110 Besonders das **soziale Netz** an Stadtteil-, Familien- und
4111 Nachbarschaftszentren, Selbsthilfegruppen, Kontaktstel-
4112 len PflegeEngagement, Selbsthilfekontaktstellen, Freiwilli-
4113 ligenagenturen sowie das Angebot in der Jugend- und
4114 Seniorenfreizeitstätten und Seniorenanarbeit wollen wir
4115 weiter ausbauen und personell stärken. Die SPD Ber-
4116 lin will Chancen ermöglichen. Daher möchten wir auch
4117 die Schuldnerberatung für Bürger:innen und Unterneh-
4118 mer:innen ausbauen.

4119

4120 Die Ergebnisse der Arbeit der Landeskommission zur **Prä-
4121 vention von Kinder- und Familienarmut** machen wir zur
4122 Grundlage: Wir möchten einen weiteren Ausbau der be-
4123 zirklichen Netzwerke zur Armutsprävention, die Stärkung
4124 der Armutssensibilisierung in den Bildungseinrichtungen.
4125 Ebenso soll die Kommission ihre Arbeit fortsetzen.

4126

4127 Wir wollen die Kieze in Berlin und ihre Strukturen stär-
4128 ken und diejenigen unterstützen, die dazu beitragen. Wir
4129 möchten das **Landesprogramm Stadtteilmütter ausbau-**

4130 **en und so die erfolgreich evaluierte Arbeit der Stadtteil-**
4131 **mütter langfristig sichern. Integrationslotsen unterstüt-**
4132 **zen Migrant:innen in allen Berliner Bezirken. Das Landes-**
4133 **rahmenprogramm Integrationsloten** sieht den Einsatz
4134 von Lots:innen in sozialversicherungspflichtigen Anstel-
4135 lungen sowie eine berufsbegleitende Qualifizierung, Be-
4136 gleitmaßnahmen, Vernetzungsangebote und eine landes-
4137 weite Koordinierung vor.

4138

4139 **1.2. Wohnungslosigkeit verhindern, Obdachlosigkeit**
4140 **beenden**

4141 Wir werden die regelmäßige Zählung obdachloser Men-
4142 schen in Berlin fortführen und die Nacht der Solidari-
4143 tät bekannter machen. Wohnungslose Menschen fallen
4144 bislang durch die Zählung und bleiben unentdeckt. Wir
4145 wollen **Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit beend-**
4146 **den**. Dafür möchten wir das **Konzept des Housing First**
4147 entwickeln und eine Verzahnung mit dem Programm Be-
4148 treutes Wohnen anstreben. Die gesamtstädtische Steue-
4149 rung der Unterbringung der Wohnungs- und Obdachlo-
4150 sen wollen wir auf Landesebene für das gesamte Stadtge-
4151 biet umsetzen und die Bezirke bei der Unterbringung aktiv
4152 mit der besseren Übersicht der Unterbringungsmöglich-
4153 keiten über eine Datenbank unterstützen. Wir stärken die
4154 Beratungsstrukturen, um so vor Wohnungsverlust präven-
4155 tiv zu schützen. Wir werden das geschützte Marksegment
4156 ausweiten.

4157

4158 **1.3. Berlin als sicherer Hafen – gegen Ausgrenzung, für**
4159 **Integration und Vielfalt**

4160 **Interkulturalität** ist Teil unseres Verständnisses von Inklu-
4161 sion und ein zentrales Qualitätsmerkmal unserer Politik,
4162 weshalb wir jeder Form von antisemitischen, antimusli-
4163 mischen, rassistischen und extremistischen Äußerungen
4164 sowie Handlungen entschieden entgegentreten.

4165

4166 Wir bestärken alle Menschen im Rahmen ihrer Fähig-
4167 keiten für sich und die Gemeinschaft Verantwortung zu
4168 übernehmen, sich freiwillig zu engagieren sowie **Hilfe zur**
4169 **Selbsthilfe** zu organisieren. Unsere Demokratie braucht
4170 das Engagement ihrer Bürger:innen. Wir schaffen die
4171 Strukturen, etwa durch die Finanzierung von Stadtteil-
4172 zentren, Begegnungsstätten, Freizeiteinrichtungen und
4173 Nachbarschaftsheimen.

4174

4175 Einsamkeit ist ein ernstzunehmendes soziales Phänomen.
4176 Daher wollen wir die **Hilfetelefone und Anlaufstellen stär-**
4177 **ken**.

4178

4179 Kein Mensch ist illegal. Berlin ist für diejenigen, die hierher
4180 flüchten müssen, ein sicherer Hafen. Wir setzen uns dafür
4181 ein, dass das unwürdige Hin- und Hergeschiebe von Ge-
4182 flüchteten in Europa endlich aufhört. Wir bekennen uns

4183 zur Verantwortung, allen Menschen in der Stadt ein Le-
4184 ben in Würde und ohne Angst zu ermöglichen. Wir wollen
4185 ein eigenes **Landesaufnahmeprogramm umsetzen** und im
4186 Rahmen der Kapazitätsmöglichkeiten Berlins insbesonde-
4187 re minderjährige Geflüchtete aufnehmen.

4188

4189 **Kapitel 2: Für einen starken Staat – wir stärken Polizei**
4190 **und Justiz den Rücken**

4191

4192 **2.1. Unsere Hauptstadt-Polizei – sichtbar und ansprech-**
4193 **bar für die Menschen**

4194 Wir werden das subjektive Sicherheitsempfinden der
4195 Menschen weiter stärken. Dafür brauchen wir eine
4196 **Hauptstadt-Polizei**, die sichtbar und direkt ansprechbar
4197 für die Bürgerinnen und Bürger ist. Besondere Polizeiwa-
4198 chen wie die Alex-Wache oder mobile Wachen werden
4199 wir ausbauen. Das neue Konzept der **Kontaktbereichsbe-**
4200 **amten**, KOB100, wird ausgeweitet. Die Polizei soll Strei-
4201 fe gehen und Streife fahren, sie ist mit dem Auto, zu Fuß
4202 und mit Fahrrädern unterwegs. Die **Fahrradstreifen** wer-
4203 den wir weiter in allen Bezirken verstärken. Die SPD un-
4204 terstützt **Bodycams** für die Einsatzkräfte von Polizei und
4205 Feuerwehr. Das schützt die Beamten und Beamten vor
4206 Übergriffen und macht polizeiliche Arbeit transparent.

4207

4208 Subjektive Sicherheit bedeutet für jede und jeden et-
4209 was Anderes. Wir werden eine **berlinweite Bürger:innen-**
4210 **Befragung** durchführen, um mehr zu erfahren über die in-
4211 dividuellen Erfahrungen mit Kriminalität und das **persön-**
4212 **liche Sicherheitsempfinden**. Die Ergebnisse werden in die
4213 tägliche Polizeiarbeit einfließen.

4214

4215 Eine **bürgernahe Polizei** muss die gesamte Stadtgesell-
4216 schaft repräsentieren. Wir sind stolz darauf, dass Berliner
4217 Polizei als erste Polizeibehörde in Deutschland geschafft
4218 hat, dass Bewerber:innen und Neueingestellte genauso
4219 vielfältig sind wie die Berliner Bevölkerung. Wir werden
4220 diesen Weg fortsetzen und gezielt die Vielfalt in Leitungs-
4221 positionen stärken.

4222

4223 **2.2. Eine sichere Stadt für alle**

4224 Die SPD wird die bestehende **Berliner Sicherheitsarchitek-**
4225 **tur** weiter stärken und ausbauen. Wir haben in unserer
4226 Verantwortung seit 2016 die größte personelle Verstär-
4227 kung der Berliner Polizei seit vielen Jahrzehnten auf den
4228 Weg gebracht. In dieser Zeit sind mehr als 2.200 Mitarbei-
4229 terinnen und Mitarbeiter dazu gekommen. Unsere erfolg-
4230 reiche **Einstellungsoffensive** wollen wir auch künftig fort-
4231 setzen. Wir brauchen mehr Personal und eine angemesse-
4232 ne technische Ausstattung bei den Ermittlungsbehörden.
4233 Unser Ziel ist eine sichere Stadt für alle.

4234

4235 Vor allem das eigene Zuhause sollte ein sicherer Ort sein.

4236 Für viele, besonders Frauen und Kinder, ist es das aber
4237 nicht. Um Frauen in akuten Notlagen besser helfen zu
4238 können, werden wir mehr Kapazitäten in **Frauenhäusern**
4239 schaffen, gerade für Frauen mit Kindern. Die Vorstellung
4240 von Kindern vor den Gewaltschutzambulanzen wird ver-
4241 einfacht. Dies betrifft nicht nur Räumlichkeiten, sondern
4242 auch Betreuung durch geschultes Personal. Bis diese in
4243 ausreichender Zahl zur Verfügung stehen, wird durch un-
4244 ter anderem die Anmietung von Hotelzimmern sicher-
4245 gestellt, dass jede Frau, die Schutz sucht, diesen auch
4246 bekommt. In Risikozeiträumen wie den Weihnachtsfei-
4247 ertagen wollen wir durch solche temporären Anmietun-
4248 gen zusätzlich benötigte Kapazitäten bereitstellen. Die
4249 **Gewaltschutzambulanzen** und Frauenhäuser werden wir
4250 insbesondere in Hot-Spots ausbauen und verstetigen.

4251

4252 2.3. Entschieden gegen jede Form der Kriminalität

4253 Wir verstärken den Kampf gegen **Organisierte Kriminali-**
4254 **tät** und **Clankriminalität**. Deren Taten und Verstöße rei-
4255 chen von Mord und Raub über Wirtschaftskriminalität,
4256 Steuervergehen, Schutzgelderpressung bis zu organisier-
4257 tem Drogenhandel. Organisierte Kriminalität untergräbt
4258 die Grundwerte unserer Gesellschaft und muss daher
4259 entschieden bekämpft werden. Niemand steht über dem
4260 Rechtsstaat. Der bestehende **Fünf-Punkte-Plan**, der die
4261 behördenübergreifende Arbeit regelt, hat sich bewährt.
4262 Die enge Kooperation zwischen Polizei, Justiz, Bezirken,
4263 Bundes- und Landesbehörden führen wir weiter. Dazu ge-
4264 hören auch regelmäßige Verbundeneinsätze. Die **Beschlag-**
4265 **nahmung von Immobilien** und anderen Werten, die mit
4266 kriminellem Geld erwirtschaftet wurden, ist ein wirksa-
4267 mes Mittel um diese Kriminalität gezielt zu bekämpfen.
4268 Dabei muss immer Täterorientiert vorgegangen werden.
4269 Es darf keinen Generalverdacht gegen ganze Familien ge-
4270 ben.

4271

4272 Wir wollen dafür sorgen, dass elektronische Geräte, die
4273 durch die Sicherheitsbehörden beispielsweise bei Durch-
4274 suchungen sichergestellt werden, besser und schneller
4275 durchsucht werden können. Für solche Datenauswertun-
4276 gen wollen wir die Kapazitäten deutlich ausbauen. **Cyber-**
4277 **kriminelle** bedrohen durch Betrugsdelikte die Menschen
4278 in ihrem persönlichen Umfeld und verursachen Millionen-
4279 schäden. Sie greifen auch Wirtschaftsunternehmen an
4280 und können durch Attacken auf Firmennetze sicherheits-
4281 relevante Unternehmen der Energie-, Wasser- oder Tele-
4282 kommunikationsversorgung in Gefahr bringen – und da-
4283 mit die gesamte Stadt. Der Schutz der sogenannten **Kriti-**
4284 **schen Infrastrukturbetreiber** hat für die SPD höchste Prio-
4285 rität. Cybercrime und IT-Sicherheit müssen wir immer zu-
4286 sammendenken.

4287

4288 **Wirtschaftskriminalität** richtet sich gegen den Solidari-

4289 tätsgedanken, der unsere Gesellschaft zusammenhält.
4290 Zudem sind die volkswirtschaftlichen Einbußen für un-
4291 sere Stadt groß. Wir wollen Wirtschaftskriminalität des-
4292 halb mit wirksamen Maßnahmen spürbar zurückdrän-
4293 gen. Dafür möchten wir mehr Polizist:innen einstellen,
4294 die über besondere Expertise auf dem Feld verfügen und
4295 Wirtschaftskriminalität und Geldwäsche damit bestmög-
4296 lich bekämpfen können. Auch die Staatsanwaltschaft soll
4297 mit zusätzlichem Personal ausgestattet werden. Trotz al-
4298 ler bisherigen Bemühungen ist **Schwarzarbeit** in Berlin
4299 weiterhin ein ernstzunehmendes Problem. Gemeinsam
4300 mit dem Zoll wollen wir deshalb Kontrollen verstärken
4301 und gegen illegale Beschäftigung vorgehen. Durch Steu-
4302 erhinterziehung werden die Berliner:innen jährlich um
4303 erhebliche Summen betrogen. Wir werden die zustän-
4304 digen Fahndungsbehörden personell verstärken, den Er-
4305 mittlungsdruck durch Ankauf von sogenannten "Steuer-
4306 DVDs" hochhalten und so zusätzliche Steuereinnahmen
4307 generieren.

4308

4309 **Kapitel 3: Für mehr Respekt: Demokratie fördern, Hass**
4310 **und Gewalt bekämpfen**

4311

4312 **3.1. Bürgerrechte schützen**

4313 Wir wollen unsere freiheitliche Grundordnung schützen.
4314 **Individuelle Freiheitsrechte** müssen bei jedem behördli-
4315 chen Handeln angemessen berücksichtigt werden. Die da-
4316 zu in den vergangenen Jahren unternommenen Schritte
4317 werden wir fortsetzen. Wir stehen für eine konsequen-
4318 te und kluge Ermittlungsarbeit. Das bedeutet, dass wir
4319 die Bürger:innenrechte schützen wollen und uns einem
4320 immer größer werdenden Datensammeln entgegenstel-
4321 len. Das Transparenzsystem bei Funkzellenabfragen wol-
4322 len wir optimieren.

4323

4324 Der Anlass für Identitätsfeststellung durch die Polizei darf
4325 nicht alleine auf das äußere Erscheinungsbild einer Person
4326 zurückgeführt werden. Das Verbot von sogenanntem **Ra-**
4327 **cial Profiling** wurde von der SPD in Berlin als erstem Bun-
4328 desland eingeführt. Seit Jahren ist dieses Verbot fester Be-
4329 standteil sozialdemokratischer Innenpolitik. Praktisch tre-
4330 ten wir Racial Profiling mit verbesserter Aus- und Fortbil-
4331 dung und der Abschaffung anlassloser Kontrollen entge-
4332 gen.

4333

4334 Vorfälle wie die Verbreitung **rechtsextremer Positionen**
4335 in **Chat-Gruppen** nehmen wir sehr ernst. Sie gefährden
4336 die gute Arbeit der großen Mehrheit der Berliner Poli-
4337 zistinnen und Polizisten und untergraben das Vertrauen
4338 in die Sicherheitsbehörden – besonders bei Menschen,
4339 die von Rassismus betroffen sind. Wir stellen daher un-
4340 missverständlich klar: Extremist:innen in Sicherheitsbe-
4341 hörden werden wir konsequent aus dem Dienst entfer-

4342 nen. Wir bauen dabei auf externe Kontrolle und die Wach-
4343 samkeit innerhalb der Polizei. Deshalb haben wir ein an-
4344 onymes **Hinweisgeber-System** aufgebaut und das Amt ei-
4345 ner **Extremismus-Beauftragten** in der Berliner Polizei ge-
4346 schaffen. Wir haben zudem eine Studie zu Rassismus in
4347 der Polizei auf den Weg gebracht und stellen sicher, dass
4348 die Empfehlungen mit ausreichenden Ressourcen umge-
4349 setzt werden. Die neue Stelle der/des **Polizeibeauftrag-**
4350 **ten** bietet erstmals Bürger:innen und Polizist:innen eine
4351 Ansprechstation außerhalb der Polizei. Wir werden diese
4352 Stelle evaluieren und bei Bedarf personell aufstocken.

4353

4354 3.2. Vorurteile abbauen, Demokratie fördern

4355 Der Austausch und die Zusammenarbeit zwischen **Zivil-**
4356 **gesellschaft und Sicherheitsbehörden** sind gerade beim
4357 Kampf gegen Rassismus von besonderer Bedeutung.
4358 Wir wollen diesen Austausch deshalb institutionalisieren,
4359 zum Beispiel durch den vertrauensbildenden, regel-
4360 mäßigen Austausch zwischen Sicherheitsbehörden und
4361 den Akteur:innen, die in der Rechtsextremismuspräven-
4362 on tätig sind.

4363

4364 Unsere Antwort auf Angriffe gegen Minderheiten muss
4365 **eine starke und wehrhafte Demokratie** sein. Dafür sind
4366 die vielen großen und kleinen **Projekte der Berliner Zivil-**
4367 **gesellschaft** unverzichtbar. Wir erkennen diese Arbeit an,
4368 verteidigen sie gegen Demokratiefeinde samt ihren unbe-
4369 gründeten Anschuldigungen und schätzen sie als dauer-
4370 haft wichtigen Beitrag für die Präventionsarbeit. Wir nut-
4371 zen die Fördermöglichkeiten des Bundesprogramms „De-
4372 mokratie leben!“ und stärken unsere Partnerschaften für
4373 Demokratie, das Landesdemokratiezentrums und die Kom-
4374 petenznetzwerke gegen jede Form von gruppenbezoge-
4375 ner Menschenfeindlichkeit. Wir möchten die Finanzierung
4376 dieser **Projekte möglichst langfristig sichern**. Dafür set-
4377 zen wir uns für ein Demokratiefördergesetz auf Bundes-
4378 ebene ein. Darüber hinaus wollen wir die entsprechenden
4379 Förderprogramme und Aufgaben – insbesondere für die
4380 Bildungs- und Jugendarbeit, Mobile Beratungsarbeit, die
4381 Opferberatung sowie die Dokumentation – besser aufein-
4382 ander abstimmen und bündeln. Dies soll mit einer finan-
4383 ziellen Aufstockung der bisherigen Programme einherge-
4384 hen. Daueraufgaben müssen eine dauerhafte Finanzie-
4385 rung erhalten.

4386

4387 Die Versammlungsfreiheit gehört zu den Grundrechten
4388 in der Demokratie. Jede und jeder hat das Recht zu de-
4389 monstrieren und muss es wahrnehmen können. Wir ha-
4390 ben mit dem **Versammlungsfreiheitsgesetz** neue Maßstä-
4391 be für ein freiheitliches Versammlungsrecht gesetzt. Je-
4392 den Tag gibt es mehrere Versammlungen, die die Polizei
4393 und die Bevölkerung regelmäßig fordern. Wir sind stolz
4394 auf die aktive Berliner Zivilgesellschaft. Der Schutz und

4395 die Sicherstellung des Versammlungsrechts müssen auch
4396 in Zukunft gewährleistet werden. Insbesondere dort wo
4397 Demonstrationen sensibel oder politisch umstritten sind,
4398 muss ein ausreichender Schutz auch von Gegendemons-
4399 trant:innen sichergestellt werden. An der Berliner Polizei-
4400 Strategie der Deeskalation halten wir fest und werden sie
4401 weiterentwickeln.

4402

4403 **3.3. Kriminalität verhindern durch gelingende Präventi-**
4404 **on**

4405 Die SPD sorgt für Sicherheit, weil sie Repression und Prä-
4406 vention gleichermaßen betrachtet. Sicherheit bedeutet
4407 konsequente Gefahrenabwehr, Strafverfolgung und die
4408 Ahndung von Ordnungswidrigkeiten. Unsere Stadt wird
4409 auch dadurch sicherer, indem alle in unserer Gesellschaft
4410 solidarisch handeln und Eigenverantwortung für unsere
4411 Kieze übernehmen, Regeln einhalten und präventive Maß-
4412 nahmen auf allen Ebenen der Gesellschaft unterstützen.
4413 Für eine wehrhafte Demokratie ist die **Arbeit der Zivilge-**
4414 **sellschaft** deshalb von besonderem Wert. Die unterschied-
4415 lichen Formen von Gewalt bedrohen das friedliche Zu-
4416 sammenleben in unserer Stadt. Wir wollen eine Kultur
4417 des Hinsehens, die die Ursachen von Gewalt in den Blick
4418 nimmt, Gewaltverhalten vorbeugt und den Schutz vor Ge-
4419 walt erhöht.

4420

4421 Prävention ist dann besonders wirksam, wenn wir ge-
4422 meinsam für eine gewaltfreie, sichere und lebenswerte
4423 Stadt zusammenarbeiten. Die SPD wird ein **Landespräven-**
4424 **tionsgesetz** auf den Weg bringen, um gemeinsame Prä-
4425 ventionsarbeit gegen häusliche Gewalt, Gewalt auf Stra-
4426 ßen, Plätzen, in den Parks sowie dem öffentlichen Nah-
4427 verkehr und Gewalt im Internet sicherzustellen. Wir stär-
4428 ken unsere bezirklichen Präventionsräte und unser **Land-**
4429 **deskonzept „Berlin gegen Gewalt“**. Mit kiezorientierten
4430 Maßnahmen in den Nachbarschaften werden wir helfen
4431 Konflikte gewaltfrei zu lösen und das Sicherheitserfin-
4432 den vor Ort zu stärken.

4433

4434 Besonders wichtig bleibt der Bereich der **Bekämpfung**
4435 **der Jugendkriminalität**. Berlin hat hier eine positive Ent-
4436 wicklung mit sinkenden Straftaten gemacht. Mit entspre-
4437 chenden Präventionsprogrammen müssen wir aber wei-
4438 ter Jugendliche von kriminellem Handeln abhalten und ih-
4439 nen eine gesellschaftliche Perspektive aufzeigen. Die SPD
4440 steht für den Schutz und die Teilhabe der Menschen in
4441 ihrer ganzen Vielfältigkeit und Unterschiedlichkeit. Not-
4442 wendig ist die Unterstützung und Stärkung der Betrof-
4443 fenen und Opfer von gruppenbezogener Hassgewalt und
4444 extremistischer Gewalt.

4445

4446 **3.4. Wehrhafte Demokratie – gegen Hasskriminalität**

4447 Berlin ist die Stadt der Vielfalt und der gelebten Demokra-

4448 tie, die leider immer wieder durch Hass und Gewalt be-
4449 droht wird. Die SPD bekämpft entschieden Hasskriminali-
4450 tät und stellt sich allen Angriffen auf unsere Demokratie
4451 konsequent entgegen. Die SPD steht für die konsequen-
4452 te **Bekämpfung politisch motivierter Kriminalität**, egal ob
4453 sie von rechts oder von links kommt oder islamistisch ge-
4454 prägt ist.

4455

4456 Immer wieder schlagen Menschen wegen ihrer Hautfar-
4457 be, Herkunft, sexueller Orientierung oder Religion Ge-
4458 walt und Hass entgegen. Gruppenbezogene Menschen-
4459 feindlichkeit und Rassismus haben keinen Platz in un-
4460 serer Stadt. Für uns ist die Gleichwertigkeit aller Men-
4461 schen nicht verhandelbar. Der **Schutz der Opfer hat für uns**
4462 **höchste Priorität**. Sie können sich auf uns verlassen – auch
4463 in Form von Unterstützungsfonds.

4464

4465 Den Kampf gegen **Rechtsextremist:innen** setzen wir kon-
4466 sequent fort. Anschläge auf Menschen, die sich für unsere
4467 Demokratie einsetzen, werden wir niemals hinnehmen. In
4468 keiner Weise tolerieren wir Angriffe auf politische Vertre-
4469 ter:innen unseres Staates, auf Einsatzkräfte oder Journa-
4470 list:innen.

4471

4472 Die zunehmende Verbreitung von **Verschwörungserzäh-**
4473 **lungen** beobachten wir mit Sorge. Für Anhänger:innen
4474 dieser Ideologien sind Lüge und Wahrheit austauschbar.
4475 Dieses Denken gefährdet unsere Demokratie.

4476

4477 Rassist:innen, Reichsbürger:innen, Rechtsextreme und
4478 Neonazis schrecken vor Gewalt nicht zurück. In Neukölln
4479 haben sie mutmaßlich mit lebensgefährlichen Brandan-
4480 schlägen und unentwegten Bedrohungen versucht, Men-
4481 schen, die sich für unsere Demokratie engagieren, einzu-
4482 schüchtern. Wir werden den Schutz der Betroffenen und
4483 die Strafverfolgung noch verbessern.

4484

4485 Es ist nicht hinzunehmen, dass **Menschen jüdischen Glau-**
4486 **bens** in unserer Stadt angefeindet und angegriffen wer-
4487 den. Wir garantieren den jüdischen Einrichtungen und
4488 dem vielfältigen jüdischen Leben in Berlin den notwendi-
4489 gen Schutz. Dazu arbeitet der Senat zum Beispiel mit der
4490 jüdischen Gemeinde am **Runden Tisch gegen antisemiti-**
4491 **sche Gewalt** erfolgreich zusammen. Die vorbeugende Ar-
4492 beit gegen den Antisemitismus folgt dabei einem von der
4493 SPD initiierten Präventions-Konzept, das alle Maßnahmen
4494 bündelt.

4495

4496 Wir werden auch **muslimische Einrichtungen** entspre-
4497 chend schützen. Bereits aufgelegte Programme zur Finan-
4498 zierung bestimmter Sicherheitsvorkehrungen zum Bei-
4499 spiel an Moscheen oder Vereinsräumen führen wir fort.

4500

4501 Da es in den vergangenen Jahren vermehrt Übergriffe auf
4502 **Geschäfte von Menschen mit Migrationsgeschichte** gege-
4503 ben hat, wollen wir auch migrantisches Gewerbe unter-
4504 stützen und **vor Angriffen schützen**. Dabei verfolgen wir
4505 einen dialogorientierten Ansatz, der rechtsstaatliche Prin-
4506 zipien und die Wahrung des respektvollen Umgangs mit
4507 den Gewerbetreibenden sicherstellt.

4508

4509 **Linksextremist:innen**, die den Staat und die Demokratie
4510 bekämpfen, tritt die SPD entschlossen entgegen. Angriffe
4511 auf Polizistinnen und Polizisten oder auch Privatpersonen
4512 dulden wir nicht. Es gibt keine rechtsfreien Räume in Ber-
4513 lin. Die Polizei hat unsere Unterstützung, wenn sie gegen
4514 Linksextremisten in der Rigaer Straße und an anderen Or-
4515 ten der Stadt vorgeht.

4516

4517 Wir setzen uns entschieden gegen **Hasskriminalität und**
4518 **Hate Speech** ein. Hierzu wollen wir die Berliner Strafver-
4519 folgungsbehörden in die Lage versetzen, Hasskriminalität
4520 effektiv zu bekämpfen. Zusammen mit zivilgesell-
4521 lichen Organisationen, Medienunternehmen, Staatsan-
4522 waltschaft und Polizei wollen wir erörtern, wie wir für das
4523 Thema sensibilisieren und Betroffene ermutigen können.
4524 Wir werden, wo nötig, polizeiliche Ermittlungskapazitä-
4525 ten erhöhen.

4526

4527 **3.5. Gemeinsam gegen den Terror**

4528 Die Bedrohung durch **politisch-religiösen Terror** des Isla-
4529 mismus darf nicht unterschätzt werden. Nach dem An-
4530 schlag auf dem Breitscheidplatz 2016 hat die SPD ein breit
4531 angelegtes Sicherheitspaket mit auf den Weg gebracht
4532 und dafür gesorgt, dass die Berliner Sicherheitsbehörden
4533 personell verstärkt und organisatorisch neu aufgestellt
4534 wurden. Diesen Weg, der Berlin sicherer gemacht hat,
4535 werden wir weitergehen. Die personelle und organisatori-
4536 sche Stärkung des Staatsschutzes der Polizei wird mit der
4537 SPD weiter fortgeführt. Die Einrichtung eines **Anti-Terror-**
4538 **Zentrums** wird Kräfte bündeln und die Arbeit effektiver
4539 machen.

4540

4541 Wir müssen im Kampf gegen den Terror auch auf
4542 **Deradikalisierungs- und Aussteigerprogramme** setzen.
4543 Sie müssen finanziell so ausgestattet sein, dass Planungs-
4544 sicherheit für die meist langfristig angelegte Arbeit be-
4545 steht. Das gleiche gilt für Aussteigerprogramme sowie
4546 Anti-Gewalt und Anti-Konflikt-Trainings an Schulen für
4547 Lehrende und Schülerinnen und Schüler.

4548

4549 Die SPD unterstützt die **Verbote von Vereinen**, die unsere
4550 Demokratie und unser Grundgesetz ablehnen. Gegenüber
4551 Menschen aus dem Ausland, die nach Berlin kommen und
4552 hier mit demokratiefeindlichen oder antisemitischen In-
4553 halten öffentlich auftreten wollen, werden **politische Be-**

4554 **tätigungsverbote** ausgesprochen.

4555

4556 Wir brauchen eine enge Vernetzung der unterschiedlichen Sicherheitsbehörden auf Länder- und Bundesebene, 4557 um effektiv und kraftvoll gegen die Bedrohungen unserer 4558 offenen, vielfältigen und freien Gesellschaft vorzugehen. Die SPD wird einen **Sicherheitspakt für die Hauptstadt** schließen, der eine enge Kooperation mit den Bundesbehörden feststellt.

4563

4564 Wir haben den **Berliner Verfassungsschutz** nach den Empfehlungen des NSU-Ausschusses neu aufgestellt und verfehlungen ihn als Teil eines modernen, parlamentarisch kontrollierten Frühwarnsystems unserer Demokratie. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass zwischen der Berliner Verfassungsschutzbehörde und dem Bundesamt für Verfassungsschutz eine „**Arbeitsgemeinschaft Sicherheitsläge in der Hauptstadt**“ eingerichtet wird. In der Arbeitsgemeinschaft sollen politisch motivierte Bedrohungen aller Phänomenbereiche, die Berlin betreffen, von den Sicherheitsexperten vor Ort gemeinsam bewertet und die erforderlichen Maßnahmen abgestimmt werden.

4576

4577 **Kapitel 4: Ein starker Rechtsstaat braucht eine starke Justiz**

4578

4579 Die SPD Berlin steht für eine **moderne, leistungsfähige und starke Justiz**, der die Menschen vertrauen, ihre Konflikte in einem geordneten und fairen Verfahren zu lösen. Effektiver Rechtsschutz muss professionell, in angemessener Zeit und unabhängig vom Einkommen gewährleistet werden. Das Justizmonopol des Staates ist für uns nicht verhandelbar. Es garantiert die Gleichheit aller vor dem Gesetz unabhängig von wirtschaftlicher oder persönlicher Macht. Wir lehnen sogenannte „Friedensrichter“ ab, die das staatliche Gerichtsverfahren unterlaufen.

4589

4590 Wir setzen vorrangig auf **Gewaltprävention**, um Straftaten im Vorfeld zu verhindern, aber wir wissen, dass 4591 sich damit allein Straftaten nicht verhindern lassen. Deshalb brauchen wir eine **konsequente Strafverfolgung**, die 4592 zeitnah nach der Tat zur Anklage und zur Verurteilung 4593 führt. Hierzu gehört auch die **Ausweitung der Vermögensabschöpfung und die Bekämpfung der Geldwäsche** im 4594 Bereich der organisierten Kriminalität. Zu besseren Bekämpfung der Kriminalität wollen wir zusätzliche **Schwerpunktstaatsanwälte und -anwältinnen für kriminalitätsbelastete Orte** schaffen, die eng mit dem Landeskriminalamt Berlin und den Strafgerichten täterorientiert zusammenarbeiten.

4603

4604 Dazu brauchen wir mehr, qualifizierte und amtsangemessene bezahlte Beschäftigte in der Justiz und Verwaltung 4605 sowie eine moderne räumliche und technische Ausstat-

4607 tung. Es ist nicht akzeptabel, dass Gerichtsverfahren auf-
4608 grund mangelhafter Personalplanung und -ausstattung
4609 und fehlender Räume/IT-Ausstattung Jahre brauchen und
4610 Strafverfahren im Sande verlaufen. Wir wollen die **Arbeits-**
4611 **bedingungen in der Justiz für die Beschäftigten attrak-**
4612 **tiver gestalten und Aufstiegschancen** in der Justiz ver-
4613 bessern. Familiengerechtes und mobiles Arbeiten in und
4614 für die Justiz und eine **wertschätzende Personalentwick-**
4615 **lung** stehen bei uns im Vordergrund. Angesichts des an-
4616 gespannten Wohnungsmarktes in Berlin werden wir für
4617 Auszubildende in der Justiz Angebote für Unterkunfts-
4618 möglichkeiten schaffen. Wir werden prüfen, ob wir für
4619 Rechtsreferendar:innen und Rechtspfleger:innen ein neu-
4620 es Berufsfeld als Richterassistenz einführen, die richterli-
4621 che Entscheidungen vorbereiten oder Streitfälle mit gerin-
4622 gem Streitwert selbständig entscheiden oder vergleichen.
4623

4624 4.1. Unsere Justiz – modern und effizient

4625 Wir wollen eine bürgernahe und moderne Justiz. Die
4626 Gerichtssäle werden wir mit **Digital-technik** ausstatten
4627 und Zahlungen und Kommunikation online ermöglichen.
4628 Wir werden die bestehenden gesetzlichen Möglichkei-
4629 ten einer digitalen mündlichen Verhandlung mit den
4630 Parteien deutlich ausbauen und die **e-Akte in der Jus-**
4631 **tiz** und den elektronischen Rechtsverkehr zügig und flä-
4632 chendeckend einführen. Die Rechtsantragstellen sollen
4633 zu Service-Stellen umgebaut und gestärkt werden, um
4634 den Zugang zu den Gerichten und der Staatsanwaltschaft
4635 zu erleichtern. Wichtige Informationen sollen online zur
4636 Verfügung gestellt werden. Dafür werden wir ein **zen-**
4637 **trales Justizportal** einrichten, auf dem alle wichtigen In-
4638 formationen (Anträge, Rechtsgrundlagen, Verfahrenshin-
4639 weise, wichtige gerichtliche Entscheidungen, Ansprech-
4640 partner:innen) anwenderfreundlich zur Verfügung ste-
4641 hen. Wir werden ein **Innovationszentrum Berlin für „Legal**
4642 **Tech Anwendungen“** schaffen und damit Vorreiter moder-
4643 ner digitaler Justiz in Deutschland sein. Die Gerichts- und
4644 Staatsanwaltsstrukturen und das Verfahrensrecht sollen
4645 überprüft und bei Bedarf angepasst werden, um die Ver-
4646 fahren zu beschleunigen. Wir werden ein **Justizzentrum** in
4647 Berlin schaffen, in dem unter anderem die beiden Land-
4648 gerichtsstandorte für Zivilsachen zusammengeführt wer-
4649 den.

4650

4651 4.2. Sicherheit durch Strafvollzug und Resozialisierung

4652 Wir setzen auf einen **modernen, sicheren und effekti-**
4653 **ven Strafvollzug**, der konsequent und nachhaltig auf Si-
4654 cherheit und Resozialisierung ausgerichtet ist. **Intensivtä-**
4655 **ter:innen** werden wir im geschlossenen Vollzug belassen,
4656 um die Sicherheit der Berlinerinnen und Berliner zu ge-
4657 währleisten. Radikalisierungen in der Haft werden unter-
4658 bunden. Ein offener Vollzug ab Beginn der Haftzeit soll nur
4659 zugelassen werden, wenn sich Täter:innen freiwillig zum

4660 Strafantritt stellen und eine positive Sozialprognose ge-
4661 stellt wird. Eine vorzeitige Entlassung von Straftäter:innen
4662 darf nur erfolgen, wenn es unter Abwägung der Risiken
4663 vertretbar ist. Wir wollen die bestehenden sozialen Dienst-
4664 te und Bewährungshilfen durch Vollzugslots:innen ergän-
4665 zen, die Straftäter:innen bereits zu Beginn der Haft und
4666 des offenen Vollzuges begleiten und sozial unterstützen.
4667 Wir werden die Resozialisierung durch Ausbildung und
4668 Arbeit verbessern und den Täter-Opfer-Ausgleich stärken.
4669 Weitere Investitionen in die bauliche Substanz für ei-
4670 ne menschenwürdige Unterbringung sind notwendig. Die
4671 Beschäftigten im Justizvollzug leisten mit ihrer Arbeit ei-
4672 nen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft und sollen
4673 angemessen ausgebildet und bezahlt werden.

4674

4675 **Jugendliche Straftäter:innen** sollen in einem beschleunig-
4676 ten Verfahren schnell zur Verantwortung gezogen und
4677 resozialisiert werden. Wir werden die Zusammenarbeit
4678 von Polizei, Strafverfolgungsbehörden, Gerichten, Schu-
4679 len, Jobcentern und Jugendhilfeeinrichtungen täterorientiert
4680 organisieren und intensivieren, um jugendliche Straf-
4681 täter:innen in ein straffrees Leben zu begleiten. Ein wichti-
4682 ges Ziel ist der Erwerb von Schul- und Berufsabschlüssen,
4683 um eine Integration in den Arbeitsmarkt zu fördern.

4684 Kapitel 5: Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum
4685

4686 5.1. Eine sichere Stadt für alle

4687 Berlin ist eine weltoffene Stadt, in der sich die Berline-
4688 rinnen und Berliner und ihre Gäste überall sicher fühlen
4689 sollen. Das gilt gleichermaßen für die privaten und öff-
4690 entlichen Räume. Die SPD wird ein **Veranstaltungssicher-
4691 heitsgesetz** erarbeiten, das verbindliche Regelungen zum
4692 Schutz der Besucherinnen und Besucher der zahlreichen
4693 Veranstaltungen im öffentlichen Raum festschreibt.

4694

4695 Bei der Neu- und Umgestaltung öffentlicher Plätze, von
4696 Grünanlagen oder Bahnhofeingängen müssen dunkle
4697 Ecken und **Angsträume** vermieden oder beseitigt werden,
4698 beispielsweise durch bessere Beleuchtung oder bauliche
4699 Einsehbarkeit. Bei jeder solchen Planung sollen von An-
4700 fang an die Grundsätze der städtebaulichen Kriminalprä-
4701 vention und der feministischen Stadtplanung beachtet
4702 werden.

4703 Für die Verfolgung und Verhinderung von Kriminali-
4704 tät brauchen die Sicherheitsbehörden entsprechende Be-
4705 fügnisse fördern. **Videoüberwachung** nutzen wir nur
4706 temporär und anlassbezogenen. Eine dauerhafte Video-
4707 Überwachung öffentlicher Plätze und den Einsatz von Ge-
4708 sichtserkennung lehnen wir ab. Die Höchstdauer des poli-
4709 zeilichen **Unterbindungsgewahrsams** wird auf sieben Ta-
4710 ge erhöht, wenn damit terroristische Straftaten verhin-
4711 dert werden können. Analog zur Regelung bei Demons-
4712 trationen sollen **Übersichtsaufnahmen** zur Lenkung von

4713 Polizeieinsätzen auch bei Großveranstaltungen möglich
4714 sein, um die Gesundheit und das Leben der Teilnehmen-
4715 den besser zu schützen.

4716

4717 **5.2. Die saubere Stadt**

4718 Die Lebensqualität in unserer Stadt wird auch von der
4719 Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum bestimmt. Des-
4720 halb wollen wir **nicht nur eine sichere, sondern auch ei-**
4721 **ne saubere Stadt**. Mit einer Sauberkeitsoffensive haben
4722 wir es der BSR ermöglicht, auch eine Vielzahl von **öffent-**
4723 **lichen Parks und Grünanlagen** zu reinigen und Müll zu
4724 beseitigen. Über 100 sogenannte **Waste-Watcher** sind für
4725 Berlins Ordnungsämter unterwegs, um das achtlose Weg-
4726 werfen von Müll konsequent zu bekämpfen. Diesen Weg
4727 der zentralen und konsequenten Reinigung von Straßen
4728 und Plätzen werden wir weitergehen. Um Berlin zu einer
4729 noch sauberer Stadt zu machen, sind alle Berlinerinnen
4730 und Berliner und auch die Gäste unserer Stadt gefragt.
4731 Denn: Das beste Mittel gegen Müll ist die Vermeidung von
4732 Müll. Wir unterstützen Initiativen und Geschäfte, die auf
4733 Verpackungen verzichten.

4734

4735 **5.3. Katastrophenschutz**

4736 Technologischer Fortschritt, zunehmende Digitalisierung
4737 und globale Vernetzung erhöhen die Lebensqualität,
4738 aber auch die Verwundbarkeit unserer Gesellschaft. Die
4739 Auswirkungen des Klimawandels, terroristische Bedro-
4740 hungen sowie gesundheitliche Gefahren können schnell
4741 zu außergewöhnlichen Großschadeneignissen werden.
4742 Um daraus resultierende Krisen erfolgreich zu bewälti-
4743 gen, benötigen wir eine widerstandsfähige Stadt. Die SPD
4744 wird die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Institu-
4745 tionen weiter stärken: Mit dem System der sogenannten
4746 Katastrophenschutzelchttürme werden wir für ganz Ber-
4747 lin im Schaden- oder Katastrophenfall Anlaufstellen für
4748 die Bürgerinnen und Bürger schaffen. Die Information und
4749 Steuerung der Bevölkerung in außergewöhnlichen Lagen
4750 ist für die Bewältigung von Krisensituationen unerläss-
4751 lich. Die SPD unterstützt den Bau der Kooperativen Leit-
4752 stelle von Polizei und Feuerwehr.

4753

4754 **Kapitel 6: Wir modernisieren die Feuerwehr und Ret-** 4755 **tungsdienste**

4756

4757 **6.1. Mehr Personal, gute Ausbildung und moderne** 4758 **Löschfahrzeuge**

4759 Die Berliner Feuerwehr ist Teil der Berliner Sicherheits-
4760 behörden. Ihre haupt- und ehrenamtlichen Angehörigen
4761 leisten rund um die Uhr Hilfe für Menschen in Not.
4762 Brandbekämpfung, Technische Hilfeleistung, Notfallret-
4763 tung und Katastrophenschutz gehören zu den Kernaufga-
4764 ben der Feuerwehr. Wir stellen sicher, dass die Feuerwehr
4765 für ihre Aufgaben entsprechend gut aufgestellt und aus-

4766 gestattet wird. Wer uns hilft, muss auch von uns geschützt
4767 werden. Wir verurteilen Angriffe auf Rettungskräfte auf
4768 das Schärfste und fordern die strafrechtliche Verfolgung
4769 jeder Tat. Das Gesetz zur Stärkung des Schutzes von Voll-
4770 streckungsbeamten und Rettungskräften bietet dafür die
4771 Möglichkeiten.

4772

4773 Durch den **Neubau von Feuer- und Rettungswachen** wer-
4774 den Versorgungslücken geschlossen und Hilfsfristen ver-
4775 kürzt. Die Sanierung bestehender Standorte sorgt für zeit-
4776 gemäße Arbeitsbedingungen in allen Dienststellen und
4777 Wachgebäuden.

4778

4779 Das Sanierungs- und Neubauprogramm für die Feuerwa-
4780 chen setzen wir kontinuierlich fort. Wir führen den **Perso-**
4781 **nalaufwuchs** weiter und sichern so die erforderliche Leis-
4782 tungsfähigkeit. Dafür ist es notwendig, dass langfristig al-
4783 le in der Ausbildung befindlichen Angehörigen der Berli-
4784 ner Feuerwehr nach erfolgreicher Laufbahnprüfung in ein
4785 **festes Dienstverhältnis** übernommen werden können.

4786

4787 Die SPD unterstützt die zeitgemäße Aus-, Fort- und
4788 Weiterbildung durch die **Berliner Feuerwehr- und**
4789 **Rettungsdienst-Akademie** (BFRA) am Standort TXL.
4790 Die BFRA muss entsprechend finanziell, personell und
4791 organisatorisch ausgestattet sein. Unser Ziel ist es,
4792 die BFRA am Standort TXL als anerkannte Feuerwehr-
4793 Bildungseinrichtung in Deutschland und Europa zu
4794 etablieren.

4795

4796 Digitale Veränderungen, Forschung für die zivile Sicher-
4797 heit und die Entwicklung innovativer Konzepte zur Ge-
4798 fahrenabwehr kennzeichnen die Berliner Feuerwehr. Beim
4799 **Umbau des Fuhrparks** achten wir auf Klimaschutz und
4800 Nachhaltigkeit.

4801

4802 **6.2. Freiwillige Feuerwehren stärken**

4803 Die freiwilligen Feuerwehren sind ein fester Bestandteil
4804 der Feuerwehr und übernehmen eine wichtige gesell-
4805 schaftliche Position. Wir unterstützen und stärken das Eh-
4806 renamt. Auch die freiwilligen Feuerwehren müssen zeit-
4807 gemäß ausgestattet sein – das gilt für den Fuhrpark ge-
4808 nauso wie für Feuerwachen.

4809

4810 **6.3. Rettungsdienste und Notarztversorgung**

4811 Die SPD unterstützt die zeitgemäße Ausrüstung mit Fahr-
4812 zeugen und Einsatzgeräten, die den besonderen Anfor-
4813 derungen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes entspre-
4814 chen. Wir werden Versorgungslücken auch durch den
4815 Neubau von Feuer- und Rettungswachen schließen. Wir
4816 werden die Prozesse der präklinischen Versorgung (Not-
4817 fallrettung – Krankentransport) weiter optimieren und so
4818 zu einer sicheren Versorgung der Berlinerinnen und Berlin

4819 beitragen.

4820

4821 AUSBLICK: Berlin – Hauptstadt im Bund, Stadt des Frie-
4822 dens in Europa und der Welt Berlin hat in den vergange-
4823 nen Jahren eine beeindruckende Entwicklung durchlau-
4824 fen. Berlin hat vielen Menschen eine neue Heimat ge-
4825 geben und ist wie kein anderes Bundesland gewachsen.
4826 Berlin hat gebaut und Wohnraum geschaffen. Berlin hat
4827 durch den Aus- und Neubau von Kitas und Schulen un-
4828 zählige neue Bildungsorte geschaffen. Berlin ist Wissen-
4829 schaftsstandort Nummer Eins. Berlin hatte zuletzt das
4830 stärkste Wirtschaftswachstum aller Bundesländer. Berlin
4831 hat die Arbeitslosigkeit deutlich gesenkt. Berlin hat seine
4832 Verwaltung modernisiert. Berlin hat in die innere Sicher-
4833 heit investiert. Berlin ist nach 25 Jahren unter sozialdemo-
4834 kratischer Führung auf einem sehr guten Weg und kann
4835 sich mit seiner Bilanz im bundesweiten Vergleich sehen
4836 lassen. Berlin ist Hauptstadt und Regierungssitz. Berlin ist
4837 der zentrale Ort der deutschen Demokratie. Berlin hat ei-
4838 ne bewegende Geschichte. Berlin beheimatet die dunkels-
4839 ten Orte der deutschen Vergangenheit. Berlin ist die Stadt
4840 der Mauer. Berlin ist die Stadt der Wiedervereinigung. Ber-
4841 lin ist Ost und West. Berlin ist Sehnsuchtsort. Berlin ist
4842 die Stadt des Friedens. Berlin hat Verantwortung. Die SPD
4843 Berlin hat in der Vergangenheit stets eine besondere Rolle
4844 in der Bundesrepublik eingenommen. Die Geschichte der
4845 Bundesrepublik wäre ohne den Einfluss von Kurt Schuma-
4846 cher oder Willy Brandt anders verlaufen. Ernst Reuter und
4847 Klaus Wowereit haben die Stadt sicher durch schwierige
4848 Zeiten gelenkt. Wir wollen daran anknüpfen und beken-
4849 nen uns als Hauptstadt SPD zu unserer bundesweiten Ver-
4850 antwortung. Wir wollen mitgestalten.

4851

4852 Wir wollen als SPD auch in Zukunft die **besondere Rolle**
4853 **Berlins im Bund** betonen. Die Berliner:innen profitieren
4854 vom bundesweiten Interesse an ihrer Stadt durch Arbeits-
4855 plätze und Ansiedlung, Kultur und Tourismus. Gleichzei-
4856 tig übernimmt Berlin Verantwortung für die Funktionsfä-
4857 higkeit der Hauptstadt und muss dafür auch Infrastruktur
4858 bereitstellen. Wir werden diese besondere Rolle im Ver-
4859 gleich mit anderen Ländern auch in Zukunft im Bund mit
4860 Nachdruck voranbringen. Wir werden noch gezielter als
4861 bislang Bundesfördermittel für Infrastrukturprogramme
4862 abrufen und einsetzen. Berlin ist auch **Teil Ostdeutsch-
4863 lands und Teil der Metropolregion Berlin-Brandenburg**.
4864 Wir werden uns in Zukunft gemeinsam mit Brandenburg
4865 und den anderen ostdeutschen Bundesländern noch stär-
4866 ker für die Interessen des Ostens im Bund einsetzen. Wir
4867 wollen gemeinsam den Strukturwandel gestalten. Gleich-
4868 zeitig wollen wir uns verstärkt mit den anderen deut-
4869 schen Großstädten für die besonderen Belange urbaner
4870 Regionen einsetzen. Dafür werden wir Netzwerke ausbau-
4871 en. **Gemeinsam mit den Berliner Bundestagsabgeordne-**

4872 **ten der SPD** werden wir uns in den kommenden Jahren
4873 im Bund für sozialpolitische Reformen und einen star-
4874 ken Neustart nach der Pandemie einsetzen. Wir werden
4875 mit den Wirtschaftshilfen auf Bundesebene dafür sorgen,
4876 dass die Berliner Unternehmen gut durch die Krise kom-
4877 men, Arbeitsplätze sichern und neue Arbeitsplätze schaf-
4878 fen. Wir werden uns für eine Reform der sozialen Siche-
4879 rungssysteme einsetzen, dafür, Hartz IV durch ein echtes
4880 Bürgergeld zu ersetzen und eine echte Kindergrundsiche-
4881 rung einzuführen. Wir werden uns dafür einsetzen, eine
4882 Vermögenssteuer einzuführen und die Bekämpfung von
4883 Steuerflucht zu verstärken. Wir wollen gemeinsam mit ei-
4884 ner **SPD-geführten Bundesregierung unter Führung von**
4885 **Olaf Scholz** unser Land weiter modernisieren.

4886

4887 Als europäische Metropole Berlin werden wir uns auch
4888 in der Europäischen Union für die Themen der SPD Ber-
4889 lin stark machen. Wir wollen gemeinsam mit Branden-
4890 burg die Zusammenarbeit in der **Oder-Partnerschaft** mit
4891 unserer Nachbarregion in Polen entwickeln und dafür eu-
4892 ropäische Fördermittel nutzen. Für Berlin sind die **EU-
4893 Strukturfonds** seit vielen Jahren ein wichtiges Finanzie-
4894 rungsinstrument für wichtige Projekte in unserer Stadt.
4895 Wir setzen uns für einen Erhalt dieser Mittel in der
4896 EU ein. Die SPD Berlin tritt für qualitative Kriterien
4897 und eine **Stärkung der Menschenrechtsdimension** in EU-
4898 Handelsverträgen ein und wird diese auch in Zukunft ver-
4899 stärkt einfordern. Klimaschutz ist kein Thema das auf un-
4900 sere Stadt begrenzt ist. Wir wollen einen „**Social Green
4901 Deal**“ nicht nur in Berlin, sondern auch in der EU veran-
4902 kern. Berlin ist ein **sicherer Hafen für Geflüchtete**. Wir wer-
4903 den uns daher in der EU für eine humane Geflüchteten-
4904 und Migrationspolitik einsetzen. Gemeinsam mit ande-
4905 ren europäischen Städten wollen wir bürokratische Hür-
4906 den abbauen und Geflüchteten ermöglichen, in Berlin an-
4907 zukommen. Wir setzen uns für die **Ausweitung des Mehr-
4908 heitsprinzips in den Institutionen der EU** ein. Wir wol-
4909 len Verstöße gegen EU-Recht insbesondere im Bereich
4910 der Grundrechte stärker sanktionieren. Die SPD Berlin will
4911 die Zukunft Europas mitgestalten. Deshalb wollen wir die
4912 **Konferenz zur Zukunft Europas** bewerben und durch ei-
4913 ne zielgerichtete Kampagne Berliner Bürger:innen für eu-
4914 ropapolitische Prozesse sensibilisieren und zur Teilnahme
4915 motivieren. Wir wollen dabei auch die Rolle der Regionen
4916 in der EU stärken.

4917

4918 Wie kaum eine andere Stadt stand Berlin über viele Jah-
4919 re im Mittelpunkt des Weltgeschehens. Als Ursprungsort
4920 zweier Weltkriege und als Frontstadt im Kalten Krieg. Die
4921 Welt hat Berlin in diesen Jahren nicht vergessen. Dass Ber-
4922 lin heute Sehnsuchtsort für viele Menschen aus der gan-
4923 zen Welt ist, haben wir unseren vielen **Freund- und Part-
4924 nerschaften** zu verdanken. Wir wollen die Chance der Prä-

4925 sidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten nutzen,
4926 die transatlantischen Beziehungen unserer Stadt neu auf-
4927 leben zu lassen und weiter auszubauen. Wir wollen unse-
4928 re 17 Städtepartnerschaften stärken. Dabei werden wir ei-
4929 nen besonderen Fokus auf die Partnerschaften in Ländern
4930 des globalen Südens legen und den sozial-ökologischen
4931 Austausch stärken. Berlin bleibt Stadt des Friedens und
4932 der Solidarität als aktives Mitglied von Städtenetzwerken
4933 wie „Solidarity Cities“, „Mayors for Peace“ und „Städte für
4934 das Leben – Städte gegen die Todesstrafe“. Wir wollen Ber-
4935 lin als **Stadt des Friedens in der Welt** entwickeln.

¹<http://www.service.berlin.de/>



Landeswahlprogramm 2021 · Leitantrag für den Landesparteitag

SPD Landesverband Berlin · Kurt-Schumacher-Haus · Müllerstraße 163 · 13353 Berlin
Telefon 030-4692-222 · berlin@spd.de · <https://spd.berlin>

Titelfoto: Adobe Stock/Maurice Tricatelle

Stand: 15.03.2021